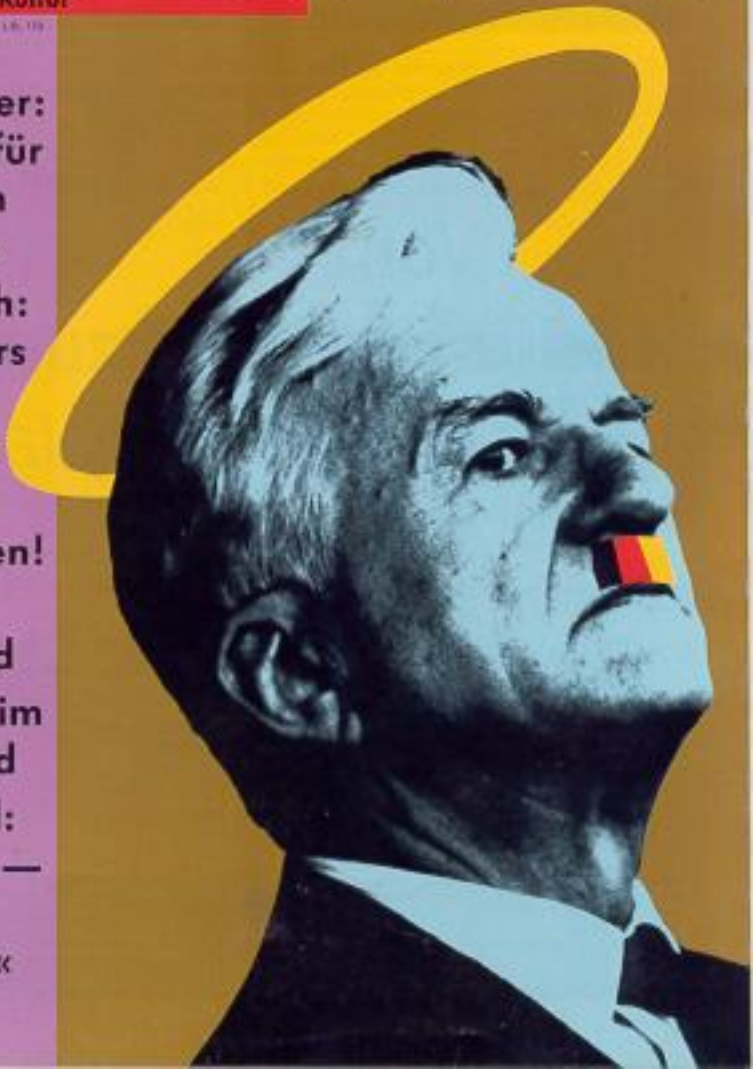
Heft 8 August 1991 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Weizsäcker: Freispruch für die Truppen des Führers
- Österreich: Jörg Haiders attraktiver Faschismus
- Serbien muß sterbien!
- PDS für Deutschland
- Radioten im Dreyeckland
- Ernst Kahl: »Allerdings — Punkrock, zum Teufel!«



in konkret August 1991

von konkret

an konkret

Serbien muß sterbien von Hermann L. Gremliza

Für Führer und Vaterland von Otto Köhler
Als junger Offizier hat Richard von Weizsäcker vor 50 Jahren am Überfall auf die Sowjetunion teilgenommen. Von den Verbrechen, die seine Division während des Vormarsches beging, will er allerdings nichts bemerkt haben. Dafür redet er heute von »fürchterlichen Wunden«, die »beide Völker einander geschlagen« hätten. In einem Brief versucht Otto Köhler, den Bundespräsidenten daran zu erinnern, wer damals Opfer und wer Täter gewesen ist

Mehr Toleranz! von Thomas Ebermann
Der Berliner Parteitag der PDS Ende Juni hat bestätigt, daß das politische Streben der Partei wesentlich darauf gerichtet ist, »salonfähig« (Gysi) zu werden. Durch nationalistische Propaganda und Hymnen auf den Kapitalismus, beispielsweise

Buch des Monats: Josef W. Marx von Georg Fülberth
Thomas Neumann: Die Maßnahme. Eine Herrschaftsgeschichte der SED. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1991, 174 Seiten, 9.80 Mark

Schreiber und Schläger von Wolfgang Pohrt
In der Nachsicht und Milde, welche sogenannte Experten für Rechtsextremismus den Neonazi-Banden in der ehemaligen DDR entgegenbringen, drückt sich die innere, wesenhafte Verwandtschaft politisch rivalisierender Gruppen aus

Der Aufstieg des Goiserers von Erwin Riess
Wer aus der Geschichte gelernt hat, darf sie wiederholen, und die Österreicher lieben Wiederholungen - in der Person des FPÖ-Chefs Haider beispielsweise, der angetreten ist, den Beweis zu führen, daß der Faschismus zeitgemäß, attraktiv und möglich ist

Haute Cuisine von Otto Köhler
Ein Menü-Vorschlag, den der Münchner Koch Klaus Hubig auf einem Plakat publizierte, veranlaßte den Münchner Amtsrichter Steigenberger, eine Beschlagnahmeaktion anzuordnen, bei der rund fünfzig dieser Plakate eingezogen wurden. Otto Köhler hat versucht, die Motive des Richters zu ergründen

»Stringente Ethik« von Barbara Ritter
Die organisierten Abtreibungsgegner können zufrieden sein: Alle gegenwärtig kursierenden Vorschläge zur Reform des Paragraphen 218 wollen das »ungeborene Leben noch besser« vor den Frauen »schützen«

Die Elixiere des Dr. Schatalin von Ernst Lohoff; Johanna W. Stahlmann
Nichts geht mehr: Selbst die radikalsten Umbauprogramme können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sowjetische Wirtschaft vor einer Katastrophe steht, der sie weder durch eine Rückkehr zum Diktat des Plans, noch durch eine totale Kapitulation vor den Kräften des ‘freien Markts` entkommen kann. Vom Standpunkt des Weltmarktes aus ist die Sowjetunion stillzulegen

Zähmen gilt nicht von Ernst Kahl
Ein Bericht über Musik im allgemeinen und im besonderen: über die Goldenen Zitronen, die letzte Mohikaner-Band Deutschlands

Radioten im Dreyeckland von Initiative Sozialistisches Forum
Südbaden, nach dem Golfkrieg: Die Auseinandersetzungen um die antizionistische Propaganda des links-alternativen »Radio Dreyeckland« - vgl. KONKRET 7/91 - zeigen die wiedergutgemachte Nation im Maßstab eines kommunalen Biotops

»Wir sind auch da« von Oliver Tolmein
Die große Ausstellung zum 100. Geburtstag John Heartfields gibt Anlaß, über das defizitäre Bild nachzudenken, das der antifaschistische Künstler sich (und uns) über Deutschland und den Nationalsozialismus gemacht hat

Ein deutsches Klassentreffen von Wolfgang Schneider
Zu den Veranstaltungen, mit denen die IG Metall Anfang Juni ihren 100sten Geburtstag feierte, gehörte auch ein bunter Abend, der einen Rückblick auf die letzten 100 Jahre deutscher (Gewerkschafts-)Geschichte bieten sollte. Herausgekommen ist dabei ein grotesker Versuch, die Geschichte des Deutschen Reichs zum Gegenstand der Bewunderung und des Amüsements zu machen. Das ZDF hat am 19. Juni eine Aufzeichnung dieser Veranstaltung ausgestrahlt, Wolfgang Schneider hat sie protokolliert und kommentiert

Sozialplanung und Völkermord»Vordenker der Vernichtung« von Angela Vogel
Über ein Jahr sind Götz Alys und Susanne Heims Thesen über den Bedingungszusammenhang von ökonomischer Rationalität und nazistischer Vernichtungspolitik in KONKRET diskutiert worden (vgl. Nr. 10/89-11/90). Jetzt haben die beiden Autoren eine umfangreiche Studie zum Thema vorgelegt, in der sie die Ergebnisse ihrer Forschung ausbreiten und ihre Überlegungen präzisieren. Im Folgenden beschäftigt sich zunächst die Frankfurter Politologin Angela Vogel mit den für Aly/Heim zentralen bevölkerungsökonomischen Argumenten der NS-Planer. Daran anschließend formuliert der Konstanzer Historiker Ernst Köhler drei Einwände gegen die Schlußfolgerungen, die Aly und Heim aus ihren Untersuchungen gezogen haben

Sozialplanung und VölkermordEs bleibt ein Unbehagen von Ernst Köhler
Über ein Jahr sind Götz Alys und Susanne Heims Thesen über den Bedingungszusammenhang von ökonomischer Rationalität und nazistischer Vernichtungspolitik in KONKRET diskutiert worden (vgl. Nr. 10/89-11/90). Jetzt haben die beiden Autoren eine umfangreiche Studie zum Thema vorgelegt, in der sie die Ergebnisse ihrer Forschung ausbreiten und ihre Überlegungen präzisieren. Im Folgenden beschäftigt sich zunächst die Frankfurter Politologin Angela Vogel mit den für Aly/Heim zentralen bevölkerungsökonomischen Argumenten der NS-Planer. Daran anschließend formuliert der Konstanzer Historiker Ernst Köhler drei Einwände gegen die Schlußfolgerungen, die Aly und Heim aus ihren Untersuchungen gezogen haben

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Wer hat Angst vor Madonna? von Corinne Schelbert
Anmerkungen zum »misogynen Müll«, den die männliche Filmkritik angesichts eines weiblichen Stars produziert, der ein ziemlich genaues Bewußtsein seiner Macht hat und diese gezielt einsetzt

»Quatsch mit Soße« von Rainer Hachfeld
Eine »beklemmende Bild- und Phantasiedichte« und »die Eindringlichkeit einer finsteren Metapher« hat der »Spiegel« dem Film »Europa« des dänischen Regisseurs Lars von Trier bescheinigt. Alles Tinnef. Der Film lohnt nicht mal, daß man sich über ihn ärgert

Die Seele eines Truthahns, bspw. von Dietrich Kuhlbrodt

Je überschießender, desto wahrer: »Time of the Gypsies«, der neue Film des jugoslawischen Regisseurs Emir Kusturica, zeichnet trotz allen Kunstaufwands ein gänzlich ungekünsteltes Bild vom Leben und von den Träumen der slowenisch-kroatischen Roma

DER ANHANG von Diedrich Diederichsen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/91, S. 4

von konkret

»KONKRET kurios« ist ein ellenlanger Beitrag in der Juli-Ausgabe des »ak« (vormals »Arbeiterkampf«) des mittlerweile aufgelösten »KB« überschrieben, in dem ein relativ anonymer »max.« seine Ergebnisse zur neueren KONKRET-Forschung präsentiert:

Die Parteinahme der KONKRET-Redaktion im Golfkrieg war kein punktueller Verzicht auf Opposition, sondern der Kulminationspunkt für politische Neuorientierung. Im Namen eines linken, sich auf die Traditionen der Frankfurter Schule berufenden Antifaschismus und Antinationalismus wird seither in KONKRET der Anti-Antiimperialismus einer »TAZ« - auf gehobenem sprachlichen Niveau, versteht sich - glatt überboten... KONKRET (ist) die einzige linke Zeitschrift der BRD mit Massenauflage und insofern zu bedeutsam, als daß uns ihre politische Metamorphose kalt lassen könnte.

Gerne würde man des Autors Belege »für die Neupositionierung der Hamburger Zeitschrift« und den »ebenso elitären wie reaktionären Konservatismus des deutschen Intellektuellen, den das Flaggschiff aus der Osterstraße neuerdings als Galionsfigur zu transportieren bereit ist«, prüfen und die These vom Anti-Antiimperialismus auf gehobenem sprachlichen Niveau (Achtung: kein Lob, sondern Zeichen besonderer welscher Perfidie!) diskutieren. Das aber erweist sich als leider unmöglich, denn es stellt sich heraus, daß der Autor fast jeden seiner »Belege« entweder gefälscht oder frei erfunden hat. »max.« beginnt seinen Text mit dem Satz:

Der Dresdner Naziaufmarsch, so HLG, sei eine unüberhörbare Warnung: endlich die Linke »zurück ins Seminar zu schicken...«

»max.« hatte die Kolumne aus KONKRET 7/91, aus der er hier abschrieb, vor sich. Er vertat sich nicht, als er mit dem wörtlichen Zitat erst bei dem Wörtchen »zurück« begann. Er wußte ganz genau, was er tat, denn in dem Text, der vor ihm lag, kam »die Linke« nicht vor sondern:

Dieser größte Nazi-Aufmarsch seit 1945 war eine unüberhörbare Warnung: endlich diese politisierenden Zonenpfaffen und ihren westdeutschen Anhang zurück ins Seminar zu schicken...

Aus den politisierenden Zonenpfaffen und ihrem westdeutschen Anhang, aus Herrn Ullmann, Frau Vollmer und ihren Mitläufern, die Gremliza gemeint und beim Namen genannt hatte, machte »max.«: »die Linke«. Er fälschte, vorsätzlich. Er tat das an einem Dutzend weiterer Stellen, die aufzuführen hier kein Platz vergeudet werden soll. Die KONKRET-Redaktion, die vor über einem Jahrzehnt den KB nicht ohne jede Sympathie als eine radikal linksmaoistische Spielart der Sozialdemokratie diagnostiziert hatte, hat den »Arbeiterkampf« dennoch bis gestern für eines der wenigen seriösen Blätter der früh verkommenen 68er Szene gehalten. Das scheint nun, wie der Kommunistische Bund, vorbei zu sein. Schade.

Der Streit um die antizionistische Propaganda des links-alternativen »Radio Dreyeckland«, die im Mai zur Besetzung des Senders führte - s. die Erklärung der Besetzer in KONKRET 7/91 , ist weiter eskaliert. Einige der Besetzer fühlen sich mittlerweile durch Drohungen aus dem linksradikalen Freiburger Spektrum auch körperlich bedroht. So hat etwa die Redaktion des Autonomen-Blattes »Ausbruch«, die den Radio-Kritikern »deutsche Überheblichkeit« und »extrem rassistischen und arroganten Schwung« attestierte, dazu aufgerufen, Konsequenzen zu ziehen und den Kampf gegen derartige »nach vorne drängende rassistische und nationalistische ... Strukturen zu verstärken...« Einige Seiten weiter werden die verheißungsvollen Pünktchen dann konkretisiert: »Das Recht auf physische Unversehrtheit für sich haben die Schweine verspielt.« Die Initiative Sozialistisches Forum, die an der Besetzung von »Radio Dreyeckland« beteiligt war, gibt in diesem Heft (S. 40ff.) einen Überblick über die längst noch nicht abgeschlossenen Auseinandersetzungen innerhalb der Freiburger Politszene - »einem Vivarium aller links von der Mitte vorkommenden Kuriositäten«.

Einige Aufregung hat der Beitrag über die Verbreitung der sog. Linkspresse in KONKRET 7/91 ausgelöst (Chris Toffel: »Der Letzte macht das Licht an«). Von »Nestbeschmutzung« war die Rede, aber auch davon, daß es nötig sei, noch genauere Angaben über die Situation der linken Presse-Infrastruktur zu gewinnen. Da KONKRET jedoch kein Marketing-Blättchen ist, wird der Verlag zur Buchmesse eine gesonderte Broschüre zum Thema herausbringen.

Entschuldigen müssen wir uns allerdings bei der Redaktion der Zeitschrift »Prokla« (und dem Rotbuch-Verlag, in dem diese erscheint). Im Vertrauen auf den »Banger«, das jährlich erscheinende Verzeichnis aller deutschsprachigen Zeitschriften, hatte Chris Toffel die Einstellung der »Prokla« gemeldet. Diese Information ist falsch. Wie seit bereits 21 Jahren wird »Prokla« auch weiterhin regelmäßig erscheinen. Gerade ist die Nr. 83 (»Migrationsgesellschaft«) herausgekommen.

Daß Dieter Kunzelmann am 6. Dezember 1971 durch ein Westberliner Schwurgericht zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, wie in KONKRET 7/91 auf Seite 17 (Bildunterschrift) mitgeteilt, entspricht dagegen zwar der Wahrheit, ist aber unvollständig: Der Bundesgerichtshof hat dieses Urteil aufgehoben. In dem anschließenden Verfahren wurde Kunzelmann rechtskräftig freigesprochen.

4 KONKRET 8/91

Konkret 08/91, S. 4

an konkret

Ein Abschied von Radio Dreyeckland

KONKRET 7/91: »Volksempfänger im Logo«; Erklärung zur Besetzung des alternativen Radio Dreyeckland

Offener Brief an das Radio

Nach der Mitgliederversammlung vom 26.6. frag' ich mich wirklich, wie ich jemals RDL-Mitglied werden konnte. Nicht genug, daß auf dieser Mitgliederversammlung in einem fort die gängigen Sprüche der Reaktion geklopft wurden, z.B. beim Thema Israel müsse man sich auf die Zunge beißen, die Besetzung der Golanhöhen sei vergleichbar mit dem Rußlandfeldzug der Nazis usw., nicht genug, daß ein RDL-Mitarbeiter die Kritik am Antisemitismus in RDL als bloße »Anpisse« diffamieren und der BWK sich an die »Pressezensur« des 3. Reichs erinnert fühlen durfte. Christian M. erklärte schließlich öffentlich, daß der Antisemit Spehl kein Antisemit sei. Letztenendes wurde dann ein Arbeitskreis gebildet, um sich sachkundig zu machen. Jemand erklärte noch, das Material in der Dokumentation der BesetzerInnen zu Spehl reiche ja nicht aus, um sich eine Meinung dazu zu bilden usw. Wo aber blieb der Aufschrei des Protests, der spätestens nach Christians Bekenntnis zum Antisemiten Spehl hätte kommen müssen? – Die Frage lautet darum nicht mehr, ob der Antizionismus, wie er in RDL produziert wird, »Anrecht auf die Gnade des alternativen Pluralismus« (Erklärung zur Besetzung) hat, sondern vielmehr, wozu der Linkspluralismus des Radios eigentlich nicht fähig ist. Wo ist eigentlich eure Grenze? Habt ihr überhaupt eine?

Aber jetzt habt ihr ja endlich einen Arbeitskreis, könnt die Kritik dem Bürokratenverfahren unterordnen und diskutieren, bis alle Konsequenzen ausbleiben. Derweil darf dann im Äther weitergehetzt werden. Wie schon in der Sexismus-Debatte passiert wieder nichts. Mag aber der Vergleich des Papstes von Abtreibung mit Judenvernichtung (wodurch er sich zum obersten Hirten aller Antisemiten stempelt) auch nahelegen, Sexismus und Antisemitismus seien das Gleiche, so bleibt nach Auschwitz und dem Nationalsozialismus doch ein uneinholbarer Abstand, der diese Verfahrensweise des Radios bei diesem Thema nun gänzlich unerträglich macht. Denn was sich hinter dem RDL-Harmonievorhang abspielen kann, ist ein Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz – beißen wir uns auf die Zunge, es fällt uns ja so schwer, endlich »die Wahrheit« über Israel zu sagen. Was anderswo tabuisiert wird oder in den Philosemitismus einer BILD-Zeitung umschlägt, in RDL darf es gesagt werden. Praktische Befreiung, RDL macht's möglich! Den Segen des Papstes habt ihr.

Es ist sogar noch möglich damit Mitglieder zu werben: Nachdem ihr euch also um mindestens ein BWK-Mitglied vergrößert habt, dürft ihr euch auch gleich wieder verkleinern. Ich bitte darum, meinen Namen aus der Mitgliederliste zu streichen und die Konto-Einzugsermächtigung mit sofortiger Wirkung zu stornieren. Ich gedenke dies Geld in Zukunft sinnvoll in einem KONKRET-Abo anzulegen und habe keine Lust mehr, ein Projekt zu unterstützen, das nichts ausgrenzen will und daher alles einschließen muß, eben auch einen Spehlschen Antisemitismus und seine antizionistischen Apologeten. Nachdem ich als desorientierter Metropolenbürger »mühelos« alle antiimperialistischen Kategorien verloren und »mühsame Kampfziele, genaue Erfahrungszusammenhänge, damit verbundene praktische Ansätze« »gekippt« habe (»Ausbruch« 21/91, S. 37), bleibt mir aber dennoch ein kleiner Rest linken Gewissens und dieses sagt: »Es gibt eine Grenze. Keinen Fußbreit dem Antisemitismus.«

Dierk Spreen

Freiburg

Ordnung muß sein

KONKRET 7/91: »Ein Fall von Panik« von Georg Fülberth

Eine »historische Logik« bzw. »ein zeitgeschichtlicher Grund«, wie sie der Experte in linken Abgängen zu entdecken vermag, sind im Fall der Marxistischen Gruppe (MG) für Fülberth auf den ersten Blick nicht sichtbar. Der zweite Blick verrät dann jedoch den Meister. Fülberths Kennerschaft zeigt sich schon darin, daß er die Theorie der MG vorab formal (»strengste Marx-philologische Orthodoxie«) und zeitlich genau (»einer recht frühen Periode des Historischen Materialismus«) einzuordnen weiß – Ordnung muß sein. Daß vor allem in den Schriften zum Staat und Imperialismus die MG gerade nicht einfach »das alte Besteck« von Marx-Zitaten verwendet hat, paßt da nicht in die Schublade und wird unterschlagen.

Zwar kennt und zitiert Fülberth die vom Bundesminister des Innern veröffentlichte Schrift gegen die MG und müßte auch um die praktischen Formen wissen, die »die staatliche Intervention« (nicht nur »wie gehabt« !) angenommen hat . Aber die

will er als Grund für die Auflösung nicht gelten lassen, denn schließlich »führt sich hier die Exekutive nur (!) so auf, wie sie von der MG immer beschrieben wurde«. Na bitte: kein Anlaß also zur Beschwerde. Herr Fülberth, hätte die MG mit ihrer richtigen Beschreibung besser gar nicht antreten dürfen, oder soll sie sich mit Ihrem hämischen Kompliment trösten, doch keinen Realitätsverlust gehabt zu haben?

Offenbar sind es für Fülberth letztlich gerade die richtigen Argumente der MG (doch nicht verrückt?), die ihr eine Sinnkrise bereiteten (»rennt mit ihren Argumenten mittlerweile offene Türen ein«) und den Garaus machten (»totgesiegt«). So gesehen, ist dann der Abgang der Gruppe für unseren Experten doch keine Überraschung, sondern eben »Normalität«, und in dem Fall von Panik kommt auf wunderbare Weise nun die historische Logik wieder zur Geltung. Es mußte so kommen: Fülberth als Prophet des Welt- bzw. Zeitgeists und Schäuble als dessen Exekutor.

Martin Rott

Hannover

In Gefahr

KONKRET 7/91: »Sociéte Allemande (SA)« von Hermann L. Gremliza

Wolfgang Ullmann will: »Jeder schuldet jedem Gleichheit.« Er will das in eine Verfassung. Das ist/wäre natürlich erstmal eine Proklamation. Aber waren »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, »Proletarier aller Länder vereinigt Euch ! « nicht auch Proklamationen bzw. Losungen? Du siehst unglaublich einseitig hin, Gremliza! Der Ost-Pfaffe Stolpe hat mal im Fernsehen die unglaubliche Bemerkung gemacht, in Bezug auf das Eigentum habe Karl Marx recht gehabt! Warum also nicht anstatt Deiner ewigen Tiraden mal Interviews mit Ullmann und Stolpe, bei denen Du ihnen auf den Zahn fühlen kannst!

Du hast einen abstoßenden geltungsgeil-misanthropisch-zynischen Charakterzug, der Dir oftmals wichtiger zu sein scheint als die Beförderung von Fortschritt! Kein Wunder, daß Du von Psychologie nichts hältst! Du könntest sonst in Gefahr kommen, einmal die Losung am Tempel der Alten ernst zu nehmen: Erkenne Dich selbst! Wenn intellektuell Dir unterlegene Leute Dich manchmal Faschist oder Stalinist schimpfen, dann, weil sie diesen Charakterzug spüren. Du kannst sie dann natürlich prima intellektuell überfahren...

Thomas Steinforth

Bonn

Worauf nur läßt es schließen, wenn einer mit geradezu teutonischem Stolz stets und ständig durchblicken läßt, daß er eine deutsche Oberschule erfolgreich durchlaufen hat und wohl auch noch ein Germanistik-Studium schaffte mit womöglich deutschem Staats(!)-Examen als Krönung?? Stoßen wir hier vielleicht auf tiefsitzenden Sprach-Nationalismus, auf Deutschtümelei oder gar auf latenten Rassismus?

Ich komme nur darauf, weil der Wort-Virtuose sich doch recht eigentlich über jene freuen müßte, die mit der Deutschsprachigkeit nicht zurecht kommen, zeigt sich bei ihnen womöglich ein tiefer Widerwille gegen alles Deutsche schlechthin?! Stattdessen müssen alle, die nicht im Vollbesitz der deutschen Sprachgewalt sind, mit übelster Ab-Meierei rechnen. Wäre es denn nicht möglich, nun, nachdem der Austritt aus der deutschen Sozialdemokratie geschafft ist, endlich auch der deutschen Hoch- und Herrensprache den Rücken zu kehren? Einem, dem alles Deutsche so zurecht verhaßt ist, stünde es doch an, seine Glossen und Kolumnen demnächst in der Sprache der Befreier vom Faschismus oder doch zumindest in gepflegtem Esperanto zu verfassen!

In great expectations li legadon, sinjoroi

Eike Pulpanek

Münster

Waschecht

KONKRET: an sich

Die letzten Nummern von KONKRET haben mir gut gefallen. Es ist wichtig, das schrecklich gute, antizionistische Gewissen vieler »Linken« im Verhältnis zu Israel als das zu entlarven, was es ist: Zumindest eine besonders kaltblütige

Form der Vergangenheitsbewältigung, bei vielen aber auch waschechter deutscher Antisemitismus, auf der Suche nach einer Ausdrucksform.

Dr. Joseph Maran

Heidelberg

Lieper Ernst Kaal!

Wann gips denn wider Konkretchen? Wier warten!

Werner und Suse

Lohfelden

Konkret 08/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Serbien muß sterbien

Spiel, Satz, Sieg Deutschland!
»Bild am Sonntag«-Schlagzeile, 7. Juli 91

Wir haben keinen Anlaß mehr, uns als »underdogs« zu empfinden. Wir sind jetzt schon die dritte und werden in absehbarer Zeit die zweite Wirtschaftsmacht der Welt sein.
»Spiegel«-Herausgeber R. Augstein

Was nicht alles haben gewisse, wenn auch nur kleinste Teile der Linken, »die wütenden Volksverächter« nämlich, die nicht weinen mochten, als die Mauer fiel, dem vierten Reich der Deutschen vorhergesagt ! Keine Unterstellung war ihnen zu frech, wenn sie nur geeignet schien, das Zusammenwachsen der Zusammengehörigen in Verdacht zu bringen. Von deutschen Herrschaftsgelüsten über Europa war die Rede, vom deutschen Wesen, an dem einmal mehr die Welt genesen solle, von der Erfüllung all der Träume gar, um die ihr letzter großer Führer die Deutschen hatte betrügen müssen. Nicht von heute auf morgen zwar werde es so kommen, hieß es hier und anderswo (wo?), aber doch früher als die blöden Nachbarn erwarteten.

Selten so geirrt! Es kam so von jetzt auf gleich. Gerade neunzehn Monate seit dem 9. November 1989, dem Tag der Reichspromillnacht, ist es her, da reklamieren die ergrauten Hitlerjungen und NS-Leutnants, die heute in den Selbstverständigungsblättern der deutschen Bourgeoisie, in »FAZ«, »Welt« und »Spiegel«, das Wort führen, ein deutsches Recht auf slowenisch-kroatische Selbstbestimmung und verlangen stürmisch, nein: stürmerisch, die Wiederherstellung Europas in den Grenzen von 1941. Als einer für alle spreche hier der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen«, Johann Georg Reißmüller, der sich rühmen kann, im Verlauf der jüngsten deutschen Balkankrise die Bonner Regierung auf den richtigen nationalen Kurs gebracht zu haben:

Die Kroaten fühlten sich 1918 schwach und gefährdet. Sie hatten im Lager der Mittelmächte (Deutsches Reich und Österreich – HLG) gekämpft und standen nun auf der Verliererseite. Eine Rettung sahen die meisten ihrer Führer nur in einer Verbindung mit dem Kriegssieger Serbien. Den Slowenen ging es ähnlich. . . Daß (der Staat Jugoslawien 1941) unter dem Stoß der Aggression Deutschlands wie ein Kartenhaus zusammenfiel, konnte niemanden wundern. Unter dem kommunistischen Regime, das sich schon in der Kriegszeit festsetzte, wurde das Übel noch größer. Tito begründete seine Herrschaft auf Menschenvernichtungsaktionen, vor allem gegen Kroaten, Albaner, Slowenen.

Goebbels war bekanntlich der Ansicht, Lügen würden umso leichter geglaubt, je dreister sie seien. Und doch scheint fraglich, ob der oberste Lügner des Dritten Reichs vor diesem Propagandisten des Vierten nicht schamrot in den Boden gesunken wäre. Er wußte ja wie dieser, daß Jugoslawien nicht »wie ein Kartenhaus« zerfallen war, sondern Slowenien und Kroatien sich mit Begeisterung Hitlers Krieg gegen die slawischen Untermenschen (Serben, Russen etc.) angeschlossen hatten; er kannte jenen kroatischen »Poglavnik« (Führer) Ante Pavelic und sein selbstbestimmtes Ustascha-Regime, in dem »für Serben, Juden und Zigeuner« kein Platz sein sollte, weshalb in Kroatien, das aus dem »Völkergefängnis Jugoslawien« (Reißmilller) befreit war, nach Schätzung von Hitlers Sonderbeauftragtem Neubacher 750.000 serbische Zivilisten abgeschlachtet wurden. Daß der Kroate Tito seine Herrschaft damit begründete, Reißmüllers Ustascha-Freunde zum Teufel zu jagen, ist freilich wahr, und wenn er ein paar von denen einen Kopf kürzer gemacht hat, so habens die Belgrader nach 45 besser getroffen als, beispielsweise, die Frankfurter, weshalb die Geschichte in der Völkischen Allgemeinen wie folgt ihren rassebiologischen Fortgang nimmt:

Niemand soll sich darüber wundern, daß die Slowenen und die Kroaten, zwei mitteleuropäische Völker, sich dem Zugriff eines solchen orientalischen Despoten (des Generalstabschefs der jugoslawischen Volksarmee) entziehen wollen... Die ganze diplomatische Aktivität der westlichen Länder hat nur dann einen Sinn, wenn ihr Ziel ist, den Slowenen und Kroaten schnell Unabhängigkeit und Sicherheit zu geben... Vor den Vereinten Nationen muß Jugoslawien als menschenrechtsfeindlicher Staat angeklagt werden... Die zivilisierte Welt muß die serbische Nation mit allem Ernst und auch mit dem Ankündigen von Konsequenzen mahnen... Gegen Slowenien hat die »Jugoslawische Volksarmee« einen barbarischen Krieg geführt...

woran immerhin wahr ist, daß zwei Drittel der 85 Kriegsopfer Barbaren waren, nämlich Angehörige der jugoslawischen Volksarmee, die von slowenischen und kroatischen Freiheitshelden erschossen wurden. Daß die jugoslawischen Städte Ljubljana und Maribor nur noch »Laibach« und »Marburg« genannt werden, versteht sich, da für die »FAZ« seit dem 26. Juni »der Vielvölkerstaat Jugoslawien am Ende« ist, ganz von selbst. Und in dazu passendem Ton berichtet der Wiener

Korrespondent des Blattes über Österreichs Verteidigungsminister Fasslabend, der die Anerkennung Sloweniens gefordert hatte:

Die Stimme Fasslabends gewinnt besonderes Gewicht im Hinblick auf diefür heute angesetzte Sitzung des Verteidigungsrates. Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers sollen dort die Experten dringlich über die Bewaffnung des Bundesheeres, vor allem der Luftwaffe, beraten. Die jüngsten Erfahrungen mit dem balkanisch-jugoslawischen Konflikt, der nicht beendet sei, zeigen österreichischen Fachleuten, daß die Regierung vor allem die Luftwaffe radikal modernisieren müsse. Bisherige Rücksicht auf veraltete Bindungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag gelte es zu vergessen.

Jugoslawien, als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs einer der Signatare des österreichischen Staatsvertrags, soll, unterm Beifall der »FAZ«, nach der Fetzen-Papier-Doktrin behandelt werden. Und ebenfalls unterm Beifall der »FAZ« darf Otto Habsburg, der Sproß jener verfluchten Sippe, die 1914 mit dem Ruf »Serbien muß sterbien« Europa in ein Blutbad gestürzt hat, »die so große Verpflichtung« beschwören, »die wir gerade als Europäische Gemeinschaft den Slowenen gegenüber haben« . Und falls sich wieder mal ein US-Präsident mit vierzehn Punkten oder sowas sollte aufspielen wollen, fügt »der Kaiserenkel« hinzu: »Das geht die Amerikaner einen Schmarrn an. Sie verstehen nichts davon und sollen sich da nicht einmischen.«

Nun könnte eingewandt werden, daß die »Frankfurter Allgemeine«, auch wenn sie durch ihren für Osteuropa zuständigen Herausgeber spricht, nichts als ein Ausdruck der Meinungsfreiheit, ein Teil der Meinungsvielfalt sei. Kein Einwand abwegiger als dieser. Die »Zeitung für Deutschland« ist keine Zeitung unter anderen, sie ist eine Art reziproke »Prawda«: in ihr steht nicht, was die Politik der Gesellschaft zu sagen hat, in ihr steht, was die gesellschaftliche Herrschaft den Politikern zu sagen hat. Der Ton, den ihre leitenden Redakteure dabei anschlagen, wird in besseren Familien gegenüber dem Personal gebraucht: Hans-Dietrich, Sie können jetzt den Balkanspieß auftragen!

Den Kinderteller darf der Hilfskellner von der »Tageszeitung« servieren, bitte, Klaus Hartung: »Ignoriert wurde und wird, was auf der Hand liegt: daß von Slowenien bis zum Baltikum der politische und gesellschaftliche Emanzipationsprozeß über die Wiederentdeckung der Nation und über die Rückkehr zu den Landesreligionen läuft. Der Begriff der Demokratie ist damit unlösbar verbunden.«

Der Unterschied zwischen »FAZ« und »TAZ« besteht darin, daß bei den Herren Eltern der Kongreß tanzt und beim Nachwuchs der Prozeß läuft, wenn die Rückkehr zu Nation und Religion, zu Fascho und Kleriko, als Befreiung bzw. Emanzipation verkauft werden soll, weil sie hilft, die wirtschaftliche und politische Dominanz des vierten deutschen Reichs über das ganze christliche Osteuropa auszudehnen. Daß dies in propagandistischer, das heißt lügnerischer und betrügerischer Absicht geschieht, sei zur Ehre nicht nur der ergrauten, sondern auch der nur verfetteten Pimpfe unterstellt. Denn sogar ein Hartung müßte wissen, daß die Kroaten im »jugoslawischen Völkergefängnis«, wie die Balten unter Breschnews Diktat und erst recht die Deutschen im geteilten Land, die ersten halbwegs anständigen, unblutigen Jahre ihrer neueren Geschichte verbracht haben; und daß es kein Zufall ist, wenn das neue deutsche Reich jetzt vor allem die »Befreiung« jener Völker verlangt, die vor 50 Jahren an der Seite seines Vorgängers standen.

Konkret 08/91, S. 10

Otto Köhler

Für Führer und Vaterland

Als junger Offizier hat Richard von Weizsäcker vor 50 Jahren am Überfall auf die Sowjetunion teilgenommen. Von den Verbrechen, die seine Division während des Vormarsches beging, will er allerdings nichts bemerkt haben. Dafür redet er heute von »fürchterlichen Wunden«, die »beide Völker einander geschlagen« hätten. In einem Brief versucht Otto Köhler, den Bundespräsidenten daran zu erinnern, wer damals Opfer und wer Täter gewesen ist

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, aber Ihr Biograph und damaliger Sprecher Friedbert Pflüger bezeugt es: Sie gingen am 6. September 1985 über die Funkausstellung in Berlin, und da kam aus dem Gedränge ein kleines Mädchen namens Stephanie auf Sie zu, hielt Ihnen ein Mikrophon unter die Nase und fragte: »Was würdest du denken, wenn du abends nach Hause kommst und ein Elefant liegt in deiner Badewanne?«

Es soll ein großes Gelächter gegeben haben, berichtet Friedbert Pflüger, Sie aber, Herr Bundespräsident, seien ernst geblieben, hätten die Brauen zusammengezogen und geantwortet: »Ich würde mich freuen, daß ich eine so große Badewanne habe.«

Sie taten, sehr geehrter Herr Bundespräsident, gut daran, ernst zu bleiben, obwohl Sie damals noch nicht wissen konnten, was am 13. Juni 1991 geschehen würde. Da erschien der »Stern« und hatte auf die Seiten 58 bis 82, die für Sie und Ihre Kameraden reserviert waren, 35 Elefanten gepackt. Elefanten nämlich, so teilte der »Stern« seinen Lesern mit, »blicken in eine Welt, die keinen Platz mehr für sie hat«.

Dort, wo jetzt plötzlich so viel Platz für Elefanten frei wurde, sollte ursprünglich eine lang geplante und vorbereitete Reportage stehen zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Ulrich Völklein, der »Stern«-Redakteur für Zeitgeschichte, hatte die Idee, auf einer Reportagereise bis kurz vor Moskau den Spuren jenes berühmten Eliteregiments zu folgen, dem Sie, Herr Bundespräsident, seit Oktober 1938 angehörten, dem Potsdamer Infanterieregiment 9.

Ein aufregender Einfall. Graf 9, wie Ihr Regiment hieß wegen der vielen Adelsleute, die ihm angehörten, gilt heute als ein Hort des Widerstands gegen Hitler, viele Männer des 20. Juli gehörten ihm an, standen mit ihm in Verbindung. Und dazu Sie, Herr Bundespräsident, der Sie die berühmte Rede zum vierzigsten Jahrestag des 8. Mai 1945 gehalten hatten, nach der nahezu alle Welt an die Möglichkeit eines besseren Deutschland zu glauben begann.

Ulrich Völklein fuhr mit dem »Stern«-Fotografen Wilfried Bauer in die Sowjetunion, verfolgte die Spuren Ihres Regiments bis kurz vor Moskau und legte seiner Chefredaktion ein Manuskript auf den Tisch, das sie - mutmaßlich mit Interesse - gelesen haben muß. Dann gab es eine, wie mir der stellvertretende »Stern«-Chefredakteur Michael Seufert erklärte, »interne Entscheidung«. Er bat mich um Verständnis, daß er darüber keine öffentliche Erklärung abgeben könne. Ich versicherte ihm, daß ich kein Verständnis habe, und er präzisierte, es sei »ein unglaublicher Kappes«*, daß es bei dieser Entscheidung um Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, gehe.

Auch Ihr eigener Sprecher Horst-Henning Horstmann erklärte mir, daß weder Sie, Herr Bundespräsident, - und das wäre in der Tat seltsam , noch Ihre Umgebung irgendeinen Einfluß ausgeübt hätten, der verhinderte, daß die Geschichte von Ulrich Völklein im »Stern« erschien. Ihr Sprecher hatte dabei ein sonst ungewohntes Zögern in der Stimme, das ihn nicht unsympathisch macht.

Tatsache ist: Auf der Farbstrecke von acht Doppel- und drei Einzelseiten, die für die umfangreiche Völklein-Reportage vorgesehen waren, nahmen die freundlichen Dickhäuter Platz. Immerhin: Es gab auch acht Doppelseiten: »50 Jahre nach dem Angriff auf die Sowjetunion: Die deutsche Schuld«. Es waren eindrucksvolle Fotos mit ganz wenig - rund hundert schmale Zeilen - Text. Verfaßt vom Fotografen Wilfried Bauer. Sie, Herr Bundespräsident, sind nur kurz erwähnt unter einem kleinen Foto, daß Sie zu Pferde zeigt: »Mit dabei: Richard von Weizsäcker als junger Offizier«.

Es war, wie die »Stern«-Chefredaktion versichert, »keine politische Entscheidung«, daß Völkleins Text gekippt wurde. Er durfte ihn inzwischen in der Ostberliner »Wochenpost« veröffentlichen, die in der Altbundesrepublik nicht vertrieben wird.

Gewiß, Herr Bundespräsident, Sie sind kein Hitler-Tagebuch, nicht einmal ein gefälschtes, aber auch eine »Stern«-Chefredaktion müßte begreifen, daß es nicht nur eine legitime journalistische Recherche ist, die Spuren des Präsidenten der Bundesrepublik, des Mannes, der die Rede zum 8. Mai gehalten hat, auf dem Vormarsch in der Sowjetunion zu verfolgen. Es ist auch - ich liebe das Wort nicht - ein journalistischer Knüller, für den man Seiten freischaufelt und nicht mit Dickhäutern dicht macht. Doch die Chefredaktion redet sich - wie redaktionsintern zu hören ist - damit heraus, der Abdruck der Völklein-Geschichte hätte einen Zylinderwechsel - viel zu teuer! - nötig gemacht, und überhaupt sei die

Elefantengeschichte bei der sinkenden »Stern«-Auflage eine sichere Bank, wer interessiere sich schon noch für die alten Geschichten...

Aber zurück zu Ihnen, Herr Bundespräsident, und zu dem, was Ulrich Völklein über den Vormarsch Ihres Infanterieregiments 9 innerhalb des Verbandes der 23. Infanteriedivision herausfand. Es geht dabei nicht nur um Sie, es geht um das Verhalten jener militärischen Einheit, der man bis heute nicht nur Distanz zum Hitler-Regime nachsagt, sondern auch Widerstand. Und es geht um die Frage: Gab es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Wehrmacht und den Mordbanden der SS?

Anfang Juni 1941 wurde die Infanteriedivision 23 an die Grenze nach Ostrow-Mazowiecka verlegt - ursprünglich eine gefährliche Gegend: Ein halbes Jahr zuvor mußten dort zur Vermeidung von Anschlägen 159 jüdische Männer vor die Stadt geführt und erschossen werden, und danach auch noch 196 jüdische Frauen und Kinder. Doch jetzt konnte sich die 23. Infanteriedivision in Ruhe und Sicherheit auf die kommende Aufgabe vorbereiten.

Am 22. Juni 1941, nachts um 3.15 Uhr, drangen Sie, Herr Bundespräsident, zusammen mit der 23. Infanteriedivision von Ostrow-Mazowiecka aus in das sowjetische Gebiet ein, Ihr Divisionsnachschubführer Gercke begrüßte den neuen Krieg mit einer Flasche Champagner. Sie eroberten am ersten Tag die Gegend um Biel, das nahe Treblinka wurde damit gesichert, wo bald danach das Vernichtungslager entstand und eine Dreiviertelmillion Menschen ermordet wurden - das haben Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, damals nicht gewollt. Als Sie Anfang Juli in Slonim einmarschierten, lebten dort noch 30.000 Juden. Sie wurden - SS war nicht dabei - von der Wehrmacht in einem Ghetto konzentriert. Heute gibt es dort keinen Juden mehr. Sie, Herr Bundespräsident, haben mit Ihren Kameraden die Stadt erobert, damit später die Einsatztruppen der SS 42.000 Menschen vor den Toren der Stadt erschießen konnten.

Das ahnten Sie natürlich vorher nicht. Das Massengrab ist 100 mal 200 Meter groß. Ulrich Völklein entdeckte dort die Aufschrift: »Keiner ist vergessen, nichts wird vergeben.« Wir sind großzügiger. Jeder dort ist vergessen, wem also sollten wir vergeben? Am 15. Juli überschritten Sie - dachten Sie an Napoleon? - die Beresina bei Ossowo. Sie erinnern sich nicht? Mit klingendem Spiel - das Musikkorps an der Spitze - zog Ihre Infanteriedivision in die Stadt. Als Sie, verehrter Herr Bundespräsident, mit der I.9 die Stadt wieder verließen, war Ossowo ausgeplündert. Das bringt der Krieg so mit sich - Sie erinnern sich nicht. Vorwärts ging es, vorwärts! Am 20. Juli bekamen Sie wegen Tapferkeit bei der Überquerung des Flußes Narew knapp vier Wochen zuvor das Eiserne Kreuz.

Sie haben so mitgeholfen, Bialystok zu erobern, in das gleich darauf das Einsatzkommando 8 einzog und zu wirken begann. Schon bei seiner ersten Aktion Anfang Juli erschoß es 800 Juden, aber das war nur der Anfang.

Sie dagegen waren tapfer, Herr Bundespräsident. Ihr Vormarsch führte Sie in die Schlacht um Mogilev. Sie bekamen dort am 22. Juli einen leichten Heimatschuß in den Arm: Genesungsurlaub in Berlin. So erlebten Sie nicht, wie vorbildlich sich Ihr Major Felix Hannig zwei Tage später beim Sturm auf Mogilev das Ritterkreuz verdiente. Aus der Regimentsgeschichte: »Hierbei traf Major Hannig, wie viele seiner Soldaten, die feindliche Kugel. Er hatte einen Beinschuß erhalten, wodurch seine Bewegungen gehemmt wurden. Trotz dieser Verwundung blieb er im Angriff und bewegte sich aufrecht und langsamen Schrittes dem ihm dicht gegenüberliegenden Feinde entgegen. Hierbei traf ihn eine zweite Kugel, die ihn schwer verwundet zu Boden streckte. Übereinstimmend sagten die Soldaten, die ihn haben liegen sehen, aus, daß er mit dem Gesicht nach unten fortwährend auch jetzt noch seine Soldaten mit den Worten `Vorwärts' und `Ran an den Feind' aufgemuntert habe. Diesen Worten gab er durch Armbewegungen den nötigen Ausdruck und zwar so lange, bis er durch zwei weitere Schüsse in den Kopf den Tod gefunden hatte... Major Hannig ist - und das ist die Überzeugung aller Soldaten des Regiments - einen Soldatentod gestorben, wie er heldenhafter und vorbildlicher für alle Offz., Uffz. und Mannschaften nicht gefunden werden kann.«

Ja, Herr Bundespräsident, Sie und Major Hannig sind tausend Kilometer weit in fremdes Land marschiert, haben eigenes und fremdes Blut vergossen, um Mogilev zu erobern, wo gleich darauf Einsatzgruppenchef Arthur Nebe (45.467 liquidierte Personen, nach offiziellen Angaben selbst wegen Teilnahme am 20. Juli hingerichtet) für Offiziere Fortbildungskurse über die »Zusammenarbeit von Truppe und SD« bei der »Partisanenbekämpfung« veranstaltete. Zeithistoriker Helmut Krausnick: »Es konnte zumindest niemanden überraschen, wenn die Hörer dieser Vorträge als deren Quintessenz ihren Einheiten die `Lehre' übermitteln würden: `Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan' - wie Kursteilnehmer bezeugt haben. Hierauf ist sogar zurückgeführt worden, daß ein (später gefallener) Bataillonskommandeur des Infanterieregiments 691 im folgenden Monat zweien seiner Bataillonskommandeure den Befehl erteilt hat, die in ihrem Standort wohnenden Juden zu erschießen.« Natürlich einschließlich Frauen und Kinder.

Als das geschah, sehr geehrter Herr Bundespräsident, waren sie genesen und zurück an der Front. Aber mit dieser Einheit hatten Sie nichts zu tun. Sie erschossen keine Judenkinder, Sie kämpften an der Front einen sauberen Kampf gegen den Bolschewismus. Beispielsweise mit Ihrer 23. Infanteriedivision bei der »Säuberung des Raumes um Wjasma« (Regimentsgeschichte), Mitte Oktober 1941. Erinnern Sie sich, Herr Bundespräsident? »Bandenbekämpfung« nannte man

das. Nein, durch Ihren Sprecher ließen Sie mir erklären, Sie wüßten nichts über das Dorf Pekarjowo bei Wjasma, das in der zweiten Oktoberwoche 1941 niedergebrannt wurde - 26 Frauen und Kinder kamen dabei um.

Im November 1941 zeigte die offizielle Vormarschkarte der 23. Infanteriedivision vom 21. bis zum 23. November den Ort Jaropolez, nordwestlich von Moskau. Nahebei, etwa zehn Kilometer südwestlich vom Standort Jaropolez, also in dem Umkreis, den die Infanteriedivision absichern mußte, liegt die Stadt Wolokolamsk. Ulrich Völklein berichtet in seinem vom »Stern« nicht gedruckten Beitrag, der in der »Wochenpost« erschien: »In Wolokolamsk, 90 Kilometer nordwestlich von Moskau, treffen wir Ludmilla Iwanowa Bachomenko. Die Frau ist Rentnerin, die Witwe eines Offiziers. Sie weiß noch genau Bescheid: `Das war im November 1941. Da haben die Deutschen acht Komsomolzen gehenkt, und vier weitere Leute, denen sie vorwarfen, mit den Partisanen Kontakt zu haben.' Ludmilla Bachomenko führt uns in einen oberhalb des Stadtplatzes gelegenen Ehrenhain: `Hier bei dem Denkmal sind sie begraben worden. Aber nicht alle, die von den Deutschen ermordet wurden', fährt sie fort, `liegen hier. Im Stadthaus waren einige hundert Gefangene. Vor Ihrem Abzug haben die Deutschen die Fenster und die Türen des Hauses mit Stacheldraht versperrt und das Gebäude in Brand gesteckt. Alle, die noch zu fliehen versuchten, wurden von außen abgeschossen. Die übrigen sind mit dem Haus verbrannt.'«

So wurden an die 600 Gefangene ermordet. An welchem Tag das geschah, geht aus den Worten der Frau nicht hervor. Vermutlich vier Wochen später, als die 23. Infanteriedivision am 18. und 19. Dezember auf dem überstürzten Rückzug zwei Tage im unmittelbar benachbarten Kaschino die Stellung hielt.

Sie, Herr Bundespräsident, wissen, wie mir Ihr Sprecher erklärte, nichts von den Vorgängen in Wolokolamsk. Andere hoben sich ihre Andenken auf. In der Hinterlassenschaft eines deutschen Soldaten, der mit der 23. Infanteriedivision gekämpft hatte - wie Sie, Herr Bundespräsident - fand Ulrich Völklein Fotos einer Hinrichtung: Vier Zivilisten, zwei Männer und zwei Frauen, werden auf einem Stadtplatz gehenkt - Soldaten schauen zu.

Die Regimentsgeschichte verzeichnet so etwas auch nicht. Doch man liest in ihr, 1985!, wie auf diesem Rückzug der Major Hans Georg von Haeften - aus Ihrem vornehmen Infanterieregiment 9, Herr Bundespräsident - zu seinem verdienten Heldentod kam: »Herr Major versuchte, die zurückflutenden Soldaten aufzuhalten und zurückzurufen. Es war vergebens - es gab kein Halten mehr. Eine kleine Schar sammelte sich um unseren 'Vater' und Bataillonskommandeur, wie wir ihn nannten, um ein Eindringen der Russen zu verhindern. Die Hölle war los. Herr Major übernahm selbst die Feuerleitung und ließ sich von jedem Schützen melden, wie er abgekommen sei und was er getroffen habe. `Einen Russen umgelegt' - so kam es von allen Seiten. Herr Major antwortete jedem: `Gut mein Junge - jeder Schuß ein Russ'. Aber wir waren zu schwach, kein Haus war verschont geblieben. Da faßte Herr Major den Entschluß und befahl, die Häuser anzustecken und dann im Schutze der Rauchwolken auszuweichen. Herr Major wies uns den Weg. Er sprang als Erster vor, um über die Straße zu kommen. Da traf Herrn Major eine Kugel an die Schläfe.«

Ihr erzwungener Rückzug, Herr Bundespräsident - und das Tagebuch Ihres Vaters verrät, wie bedauernswert Sie es fanden, daß Hitler nicht energischer nach Moskau griff , hatte schon am 7. Dezember 1941 begonnen. Sie hatten die Ehre gehabt, mit Ihrem Regiment dem Kreml am nächsten zu kommen - 33 Kilometer vor Moskau lagen Sie im Dorf Oserezkoje, wo in einer Schule auch ein Lazarett eingerichtet wurde. Doch Sie konnten sich nur eine Woche halten, und dann geschah, schrieb Ulrich Völklein in der »Wochenpost«, dies: »Als sichdie deutschen Truppen nach sieben Tagen aus dem Dorf absetzten, brannten sie die 360 Häuser nieder. Die Kirche blieb erhalten und an ihrer Südseite ein Grabfeld, auf dem zuvor etliche deutsche Soldaten und Offiziere beerdigt worden waren. Schlimmer als der Verlust des eigenen Hauses, erzählt Nina Kusmezowa, sei für sie allerdings gewesen, als sie damals bei der von den Deutschen kurz vor dem Rückzug gesprengten Schule Arme, Beine und andere zerfetzte Körperteile deutscher Soldaten gefunden habe. `Die haben ihre Verwundeten aus dem Hospital nicht mitgenommen, sondern umgebracht, bevor sie abmarschieren mußten.'«

Sie, Herr Bundespräsident, ließen mir durch Ihren Sprecher sagen, daß Sie davon keine Kenntnis haben.

Zweifellos besserten sich, sehr geehrter Herr Bundespräsident, Ihre Kenntnisse ganz allgemein, als Sie im März 1942 in das Oberkommando des Heeres, das »Lager Mauerwald«, zwanzig Kilometer von der »Wolfsschanze« des Führers entfernt, berufen wurden. Als Ordonnanzoffizier und Bürochef des Oberquartiermeisters IV, Gerhard Matzky, zuständig für Spionage, hatten Sie Einblick in die einlaufenden Agentenmeldungen und die Verhörprotokolle aus den Gefangenenlagern. Eine Vertrauensstellung, Herr Bundespräsident, die Sie damals besaßen. Auch der Spionage-Chef der Abteilung Fremde Heere Ost, Oberstleutnant Reinhard Gehlen, tauschte sich morgens mit Ihnen aus, wenn er in Ihrem Büro darauf wartete, bei Generalmajor Matzky zum Rapport vorgelassen zu werden. Daß Matzky unter einer demokratisch gewählten Regierung Chef des Bundesgrenzschutzes wurde und Gehlen Chef des Bundesnachrichtendienstes und intimer Freund des bundesdeutschen Extremistenführers Gerhard Frey (»Deutsche Volksunion«, »Deutsche Nationalzeitung«) - das wissen Sie wohl, Herr Bundespräsident.

Was immer Sie und Ihr Regiment damals getan oder nicht getan haben, auch für Sie gilt das Wort von Norbert Blüm, daß Hitlers Konzentrationslager nur so lange standen, wie die Front hielt. Sie wissen, daß Blüm mutig diese Wahrheit

zurücknahm, als Ihr gemeinsamer Parteifreund, der wegen seiner Menschenversuche an KZ-Insassen verurteilte Generalarzt Professor Gerhard Rose, seinen Ausschluß aus der CDU forderte.

Aber nein, Sie wissen nichts, Sie haben nichts gesehen, Sie haben nichts gehört, Sie sind uns ein guter Bundespräsident.

Einer, der manches am Infanterieregiment Graf 9 zu kritisieren hatte, bestätigte ihm gleichwohl die Lauterkeit seines Wollens: »Keiner von diesen Offizieren verstand den Antisemitismus der spezifischen `Nazi-Art', den sie für verrückt erklärten. Den Rosenbergschen `Christenkoller' verspotteten sie als `geistige Entwicklungsstörung'. Himmler war für sie der 'blutige Dschersinsky' Hitlers, Göring ein `eitler Hanswurst', Heß ein `Mondkalb'. Da hatte ich es oft schwer, für eine gerechte Auffassung zu wirken, der nur aus rein gesellschaftlicher Höflichkeit, nicht aus Überzeugung zugestimmt wurde. Die Offenheit des Kasinotons war übrigens eine altpreußische Einrichtung und Gewohnheit... Ich fand jedenfalls, daß diese Potsdamer Männer prächtige Kerle waren, die zwar am Dritten Reich kaum ein gutes Haar ließen, aber doch ihre Pflicht für den Staat und auch für Hitler genauso eifrig und erfolgreich erfüllten wie jemals sonst in ihrer Geschichte.«

Der Mann, der Ihrem Regiment, Herr Bundespräsident, dieses um Wahrheit und Gerechtigkeit bemühte Kompliment machte, war - kurz bevor er gehenkt wurde - der Massenmörder, Reichsminister und Generalgouverneur Hans Frank, der aus intimer Kenntnis urteilte - er diente im Herbst 1936 seinen achtwöchigen Offizierskurs im Infanterieregiment 9 ab. Sie revanchierten sich drei Jahre später, indem Sie ihm pflichtgemäß sein Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete eroberten. Auch Hans Frank erfüllte in seinem Bereich seine Pflicht, so gut er nur konnte: »Wir können diese 3,5 Millionen Juden nicht erschießen, und wir können sie nicht vergiften, aber wir können Schritte ergreifen, die auf die eine oder andere Weise zu ihrer Ausrottung führen, dies in Verbindung mit den Maßnahmen großen Stils, die im Reich zur Debatte stehen.«

Ich würde Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, solche Mordbekenntnisse Ihres Regimentskameraden nicht vorhalten, wenn es von Ihnen eine Rede, einen Satz gäbe, der die Verbrechen der Wehrmacht anklagt. Einen Satz, der sich mit der vorzüglichen, ja herzlichen Zusammenarbeit beschäftigt, die es zwischen den massenmordenden Einsatzkommandos des SD und der Wehrmacht gab. Ich habe Ihren Sprecher ausdrücklich danach gefragt. Er meinte, vielleicht gebe es einen solchen Satz in der Rede zum 8. Mai. Aber es gibt ihn auch dort nicht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*) Kappes: umgangssprachlich für Kohl, Kohlkopf, übertragen auch: dummes Zeug

Kasten auf Seite 12 »Dementi 1984«

1984 wurde bekannt, daß der Chemie- und Gift-Konzern C.H. Boehringer in Ingelheim zumindest in den Jahren zwischen 1962 und 1965 Wirkstoffe und Verfahren für die Herstellung von Agent Orange über die bekannte Boehringer-Vertriebs-Firma Cela an den US-Konzern Dow Chemical lieferte. Agent Orange wurde von den USA in Vietnam für einen völkerrechtswidrigen Chemie-Krieg benutzt. Folgen: Tödliche Krebserkrankungen, Fehlgeburten, Mißbildungen. Richard von Weizsäcker war vom 1. Mai 1962 bis zum 30. Juni 1966 Mitglied der Geschäftsführung von C. H Boehringer und sollte die Nachfolge von Ernst Boehringer antreten. Nach Weizsäckers Wahl zum Bundespräsidenten erbat Otto Köhler eine Stellungnahme zu den Agent-Orange-Vorwürfen. Der damalige Sprecher des Präsidenten: Richard von Weizsäcker wisse nichts von dem Vorgang, und es sei auch nicht in seine Zuständigkeit gefallen, er sei am Abschluß vonVerträgen nicht beteiligt gewesen, ja er wisse »von gar nichts«. Der Sprecher des Präsidenten: »Er meinte, ob es überhaupt Boehringer Ingelheim gewesen sei, es gebe auch noch Boehringer Mannheim. Und diese Firma Cela sagt ihm auch nichts Besonderes.«

*

»Keine wichtige Unternehmensentscheidung fiel ohne Weizsäckers Einwilligung... Er sollte Ernst Boehringer, auf den als entscheidenden Mittelpunkt der Firma alles zukam, entlasten. Dies in den Jahren der stärksten Entwicklung der Firma in Deutschland und der Welt.«

Aus der von Werner Filmer und Heribert Schwan herausgegebenen offiziösen Präsidenten-Biographie »Richard von Weizsäcker«, 1984/1991

Kasten auf Seite 12 »Dementi 1991«

Am 12. Juli 1991 stellte Otto Köhler dem Sprecher des Bundespräsidenten Fragen zu den Verbrechen, die auf dem Vormarschweg der 23. Infanteriedivision in der Sowjetunion begangen wurden. Richard von Weizsäcker ließ durch seinen Sprecher Hans-Hennig Horstmann mitteilen:

»Über die 23. Infanteriedivision im Ganzen hatte der Bundespräsident zu keinem Zeitpunkt des Krieges einen Überblick. Er war vom 22.6.41 bis zu seiner ersten Verwundung (ungefähr 20.7.1941), von ungefähr Mitte September 41 bis Ende

Januar 42 und ab Spätherbst 42 beim Infanterieregiment 9 als Zugführer, Ordonnanzoffizier und Adjutant eingesetzt. Von keiner der Untaten, die in den Fragen beschrieben sind, hatte er Kenntnis.«

*

»...übernahm er die Schlüsselposition des Regiments. Er leitete den Regimentsstab, vertrat den Regimentskommandeur und besetzte den Regimentsgefechtsstand. Er war Personalchef von rund zweieinhalbtausend Mann (drei Bataillone, jedes Bataillon hatte vier Kompanien, zusätzlich einen Pionierzug und eine Panzerabwehrkompanie). Weizsäcker hatte Befehle im Gefechtsstand zu formulieren und an die Bataillone weiterzugeben. Bei schwachen Kommandeuren war der Regimentsadjutant eigentlicher Führer der Truppe. Kommandeure kamen und gingen... Es war ungewöhnlich, daß er überhaupt in die Schlüsselposition des Adjutanten gekommen war. Normalerweise wurden nur aktive Offiziere und keine Reserveoffiziere für eine so herausragende Position innerhalb eines Regiments herangezogen.«

Aus der von Werner Filmer und Heribert Schwan herausgegebenen offiziösen Präsidenten-Biographie »Richard von Weizsäcker«, 1984/1991

Otto Köhler schrieb in KONKRET 7/91 über den rassistischen Entdecker der »Scheinkranken«

Konkret 08/91, S. 14

Thomas Ebermann

Mehr Toleranz!

Der Berliner Parteitag der PDS Ende Juni hat bestätigt, daß das politische Streben der Partei wesentlich darauf gerichtet ist, »salonfähig« (Gysi) zu werden. Durch nationalistische Propaganda und Hymnen auf den Kapitalismus, beispielsweise

Eigentlich wollte ich mich an der Diskussion, ob die PDS eine erfolgreiche Zukunft hat oder nicht, niemals beteiligen. Aber um den Druck rauszunehmen, gebe ich meinen Senf auch dazu: sie hat keine. Nach den Kriterien ihrer Mitglieder hätte sie auch dann keine, wenn sie alle Kritik, die von unsereins formuliert worden ist, beherzigen würde. Aber das ist absurd. Denn die zentrale Fragestellung, die alles, was in der PDS rumturnt, bewegt, lautet: »Mit welcher Masche sind wir erfolgreich?«

Die PDS ist nicht erfolgreich, am deutlichsten sieht man das in den ‘alten Bundesländern’. Wäre das anders, hätte sie hier also gute Wahlergebnisse erzielt, gäbe es keine Schrumpfung oder Auflösung der Landesverbände, sondern Mitgliederzuwachs und wenig Querelen. Im Westen und im Osten, pardon: in den alten und den neuen Bundesländern kann die PDS ihren Mitgliedern und Anhängern nicht bieten, was denen Bedingung ist: einen leicht oppositionellen, aber angesehenen Platz in dieser Gesellschaft, also die Verwirklichung des Gysi-Wortes, wonach es gelte, *salonfähig zu werden*.*

Es gäbe eigentlich keinen Grund, die PDS zu verlassen. Sie ist politisch und theoretisch weder besser noch schlechter geworden. Mir ist weder eine Gruppe oder auch nur eine einzelne Person bekannt, die sich von dieser Partei schriftlich nachvollziehbar verabschiedet hätte, weil sie mit dem vorherrschenden Bekenntnis zum Großen Deutschland, zum Nationalismus, zur Marktwirtschaft, zum Grundgesetz (all das war Gegenstand linker Kritik an der PDS, wie auch der Rassismus, nachzulesen z.B. in diversen Artikeln von KONKRET) politisch nicht einverstanden gewesen wäre. Man verläßt die PDS, »weil das nichts bringt«, wie man in sie eingetreten ist (speziell im Westen), »weil das endlich was bringt«. Der Anspruch, »endlich Massenpolitik zu machen«, speziell der Verweis auf »die vielen Arbeiter« (die sich nun allerdings als Rentner entpuppen) ersetzte, solange der Traum von der erfolgreichen PDS blühte, jeden halbwegs ernsthaften Umgang mit politischer Kritik an der Partei, beziehungsweise transformierte ihn in eine Formel, die bei mir inzwischen Brechreiz auslöst: »Da mag ja viel Wahres dran sein, aber mir kommt das sektiererisch vor.«

Wer die PDS noch nicht verlassen hat (ich weiß jetzt schon, wer es tun wird und mit welch mieser Begründung!), übt sich derweil in der Kunst der parteiinternen Taktik. Zum Beispiel berichteten mir Kandidaten (oh nein, nicht nur einer) der PDS zur Hamburger Bürgerschaftswahl, sie hätten wie die Löwen gegen eine Kandidatur der PDS gekämpft, dann aber selbst kandidiert, weil es ein schwerer Fehler gewesen wäre, dies den Befürwortern der Wahlbeteiligung zu überlassen. Man hätte jenen damit die Möglichkeit gegeben, ihnen die Schuld am schlechten Wahlergebnis zuzuschreiben. Um das zu vereiteln, war es notwendig, daß diejenigen, die gegen die Wahlbeteiligung waren, auf alle Fälle die Mehrheit der Kandidaten stellten. - Der Schachzug gelang! Brillant!

Zurück zu meiner These. In der PDS wird nur über die Fragen gestritten, die dem öffentlichen Ansehen (der Wählergunst) der Partei abträglich sind, der Rest, sei er einfach nur blöde oder sogar reaktionär, wird von allen Teilen der Partei für so unwichtig gehalten, da er augenscheinlich nicht erfolgsschmälernd ist, daß über ihn eine Kontroverse nicht lohnt.

Das erste Indiz:

Nehmen wir als schlichtes Beispiel, was so ein Parteivorsitzender redet, wenn er gerade mal nicht darauf hinweist, die PDS brauche *Diskussionen von Geschichte, Programm, Politik und Profil*, aber auch *Achtung, Toleranz, Inhaltlichkeit, Akzeptanz von Minderheitspositionen ... wie die Fähigkeit zu Mehrheitsentscheidungen ... breiten Erfahrungsaustausch ... Verbesserung der Information und Kommunikation, Transparenz ... aktive Öffentlichkeitsarbeit, ... Werbestrategie ... Offenheit in den Wohngebieten, Kommunen und sozialen und anderen Bewegungen ... ohne Parteiegoismus ... Solidarität und Achtung Andersdenkender ... kulturvollen Umgang;* wenn er den Delegierten - ebenfalls in seiner Rede zur Eröffnung des letzten Parteitags - nicht gerade rät: *Machen wir es uns so schwer, wie es ist, aber nicht schwerer, als es ist;* wenn er also nicht unsäglich labert, sondern sich ein politischer Gedanke plötzlich Bahn bricht. Dann stellt er fest: *Wir müssen begreifen, daß durch die Art des Wahlsystems* (ach daran liegt es!) *im Deutschen Bundestag weder Kompetenz (!) noch Wahrnehmung von Zukunftsinteressen ausreichend gesichert ist.* Darum müssen neue Parlamente geschaffen werden: *So wäre z. B. an ein Parlament der Kinder, ein Jugendparlament, ein Frauenparlament, ein Parlament von Rentnerinnen und Rentnern, ein Parlament für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und ein Parlament für Menschen mit Behinderungen zu denken. Darüber hinaus könnte es Umweltparlamente, Kultur- und Wissenschaftsparlamente geben.*

Ich weiß nicht, was die Delegierten denken, wenn ihnen ein parlamentarischer Kretinismus geboten wird, der alles übertrifft, was Lenin mit Spott überzog. Vielleicht denken einige über Ergänzungen nach: ob Sportler, Hundehalter, Briefmarkensammler und Nichtraucher nicht auch ihr Parlament brauchen. Vielleicht denken andere: »Hauptsache, er tritt

nicht zurück«, und fragen sich, für welches Parlament sie kandidieren müßten. Aber alle wissen, daß *Abfälligkeit, Ignoranz und deutliche Mißfallensbekundungen stets von Intoleranz zeugen* (Gysi), und sehen daher (vorerst) von diesen Freveln ab. Zumal der Vorsitzende der Meinung ist, *daß der Versuch der Institutionalisierung von Gegenmächten* - nicht etwa der Befriedung von Konflikten dient, sondern *viel revolutionärer ist, als es die alten Revolutionen waren*.

Wenn so ein Schwachsinn keine Debatte auslöst, kann das nur zwei Gründe haben. Entweder sind alle bekloppt, oder ein Teil kalkuliert, daß die PDS mit diesem Quatsch jedenfalls keinen (Medien-)Ärger kriegt und sogar ein Stück *Erneuerung* beweist. Beide Möglichkeiten sind gleich schrecklich; ich tendiere zur zweiten. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß niemandem etwas auffällt, wenn Gysi (zum wievielten Mal eigentlich?) die Krise der CDU bespricht und als deren Ursache diagnostiziert, sie habe *keine Antwort auf Zukunftsfragen und Führungsschwäche des Bundeskanzlers.* Die Kritik ist erstens falsch und zweitens, wo sie einen führungsstarken Kohl einklagt, reaktionär. Aber sie wird der PDS keinen Ärger einbringen, denn auch CSU, FDP, SPD, GRÜNE und Teile der CDU beklagen periodisch des Kanzlers Führungsschwäche.

Das zweite Indiz:

Ich kenne den Einwand: »Das hat Gregor gesagt, ist aber nicht Meinung der Partei.« Also beschäftigen wir uns mit einem Beschluß des Parteitags. Das Ding heißt *Für ein zukunftsorientiertes Sofortprogramm*, ist rund dreißig Seiten lang, von denen die ersten 27 unumstritten waren. Der ganze Gehalt dieses Dokuments ist der (extrem eng an die sozialdemokratische Entsprechung angelehnte) Versuch, der Bundesregierung ein fehlerhaftes Vorgehen nachzuweisen und sich selbst die Attitüde der besseren Regierung zuzulegen. Die Regierung *ignoriert, daß es selbst unter rein ordnungspolitischen Gesichtspunkten eines besonderen gesamtwirtschaftlichen wie regionalen strukturpolitischen Instrumentariums bedarf, um die vor sich gehende Transformation einer 'administrativen Zentralverwaltungswirtschaft' in eine 'Marktwirtschaft' ohne wirtschaftliche Zusammenbrüche zuwege zu bringen.* Das ist leider falsch. Die Bundesregierung vertritt die Meinung und das Interesse, das besagte Transformation sich über besagte Zusammenbrüche zu vollziehen hat.

Neue Fehler der Regierung drohen: *Es besteht die reale Gefahr, daß die Regierung zu einer weiteren Erhöhung der Massensteuern bzw. zu Methoden der Geldschöpfung Zuflucht sucht und damit die Inflation fördern wird.* Weiter: *Gegenwärtig ist die Entwicklung von Kapitalverhältnissen und -strukturen in vollem Gange.* Das ist nicht schlecht, aber leider - wieder so ein Fehler! - sieht die Regierung *in der Attraktivität für private Investoren den Angelpunkt für die Lösung der Probleme*, was zwar *Beschränktheit* erzeugt, nicht aber *das Anliegen linker Oppositionspolitik, auch die damit verbundenen Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Lage der Menschen und der Umweltsituation aufzugreifen*, in Frage stellt. Wie also nutzt man die *Möglichkeiten*, die die *Kapitalverhältnisse und -strukturen* so mit sich bringen? Natürlich indem man entschieden unterstreicht: *Die PDS unterstreicht die Verpflichtung für alle neuen Eigentümer der Industrieunternehmen, Investitionen zur Modernisierung der Unternehmen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorzunehmen und eine weitgehende* (wie realistisch!) *Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter* (Mitarbeiter - man beachte den wirklich jede Orthodoxie überwindenden Terminus!) *sicherzustellen.*

Wo unterstreichen nicht reicht, obwohl es eine scharfe Waffe ist, die die PDS von der CDU unterscheidet, muß zur schwersten Keule gegriffen werden: der Konzertierten Aktion. *Durch Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und von Bürgerinitiativen betroffener Regionen sind Branchenausschüsse zu bilden, die beratend* (auch das ist realistisch) *bei der Umstrukturierung und Modernisierung des jeweiligen Zweiges wirken.* Und wenn selbst das nicht hilft? Dann muß die Treuhand an die Kandarre genommen werden, ohne jede Nachsicht: *Die Aufsicht der Treuhandanstalt erfolgt durch die ostdeutschen Länderparlamente und den Bundestag.*

Das soll genügen. Das ganze Programm ist eine einzige Absage an (Klassen-)Kämpfe und eine Verarschung all derer, die aus gegebenem Anlaß begreifen wollen, wie Kapitalismus funktioniert. Der Vollständigkeit halber will ich erwähnen, daß das Schlußkapitel dieses Dokuments nicht völlig unstrittig war, sondern nur mit großer Mehrheit angenommen wurde. Hier geht es um die *Perspektiven*, also die eher langfristigen Zielsetzungen. Strittig gewesen sein soll die *Utopie*, in der *der Markt sehr unterschiedliche individuelle und soziale Interessen koordiniert und nicht mehr Erscheinungsform antagonistischer Herrschaftsverhältnisse ist*. Ob auch jemandem aufgefallen ist, daß unter der Überschrift *Umorientierung der Wirtschaftspolitik* als erste Forderung *Entwicklung des europäischen Binnenmarktes einschließlich Osteuropa* gestellt und wie reaktionär diese ist, weiß ich nicht.

Ärger wird das *Sofortprogramm* der PDS nicht einbringen, Gegenstand von Diskussionen war es dementsprechend (fast) nicht, und überhaupt hat Gysi recht, wenn er die Differenzen, die es hier und da noch über die Beurteilung des Kapitalismus gibt, so klassifiziert: *Ich glaube nicht, daß sich die Geister daran so scheiden, daß diese Frage von existentieller Natur für die PDS wären* (»Neues Deutschland«, 20.6.). Das beruhigt.

Das dritte Indiz:

Keine Partei hat so einheitlich und geschlossen für Berlin als Hauptstadt gekämpft wie die PDS. Das nenne ich Handlungs- und Politikfähigkeit! An Bravour und nationaler Phrase war kein Mangel. *Deutschland ist schön, seine Landschaften typisch, seine Bauwerke weltberühmt*, heißt es in der Werbung für Erdinger Weißbier, und da das Produkt sich nicht schlecht verkauft, muß Gysi die Masche einfach auch versuchen: *Aber wer würde sich denn hier hinstellen und sagen, daß es eine Stadt in diesem Land gebe, die man nicht als liebenswürdig bezeichnen und die deshalb ausscheiden würde. Das kann ja nicht das entscheidende Kriterium sein* (Bundestagsrede).

Da also ganz Deutschland *liebenswürdig* ist, kann man sich auf das Große, das ganz Große konzentrieren: *Mein entscheidendes Argument für Berlin ist eigentlich eine Frage nicht nur der nationalen Glaubwürdigkeit, sondern auch der internationalen Glaubwürdigkeit. ... Damit können wir, glaube ich, national und international Signale setzen.* Gysis Parteifreund Dietmar Keller variiert diese Idee, wenn er auf die *erhebliche Symbolkraft* verweist, die in der Hauptstadtentscheidung liege, *nicht nur für das vereinigte Deutschland, sondern auch für die Völker Europas und der Welt*. Die Welt braucht die Hauptstadt Berlin, und die PDS hat einiges dafür getan, daß der Diepgen nicht schwankt. *Deshalb fordern wir Sie, Herr Diepgen, auf: Gehen sie als Opposition (!) nach Bonn. Berlin hat in Bonn um nichts zu bitten, sondern Berlin muß fordern, was ihm zusteht. Bei einem derartigen Gang nach Bonn werden Sie auch unsere massenhafte Rückendeckung haben. Auf die sollten Sie auf keinen Fall verzichten!* (Gesine Lötzsch, PDS-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus). Mit dem Berlin-Votum ist zwar *eine erste Schlacht gewonnen*, aber Wachsamkeit ist weiter nötig, denn *nach der großen Debatte im Wasserwerk hat die Kleingeisterei in der Etappe* (ein alter Vorwurf deutscher Frontsoldaten!) *erneut begonnen* (»Neues Deutschland«, 25. 6.)

Das soll genügen, um einen Einblick in die Kampagne der PDS für Berlin zu geben, und Gysi hat recht, wenn er unter dem Beifall des Parteitags feststellt, *daß die Gruppe PDS/Linke Liste* an der Bundestagsmehrheit *nicht unbeteiligt war*. Es verdient Erwähnung, daß die beiden Abgeordneten, die vom KB kommend für die PDS im Bundestag sitzen, für Berlin gestimmt haben. Ob mehr der nationalen oder der internationalen Glaubwürdigkeit wegen, weiß ich nicht. Schlecht angekommen bei den Wählern ist dies jedenfalls nicht, dann schon eher die einzige Gegenstimme, die Ulrich Briefs zu verdanken ist, trotz aller Appelle Hans Modrows zum *Schulterschluß*.

Ein Konzept setzt sich durch in der PDS, das ganze Agieren in der Hauptstadt-Frage scheint der Regie geschuldet, die ein Sebastian Texter im »Neuen Deutschland« auf dem Höhepunkt der Pro-Berlin-Kampagne brillant zusammengefaßt hat: *Deutschland wurde (von der Weltöffentlichkeit) ein Recht abgesprochen, ohne das - so scheint es - Länder wie Frankreich und Großbritannien nicht existieren könnten. Die Linken Deutschlands übernahmen diese Haltung, die noch gestützt wurde durch die Erfahrungen aus zwölf Jahren Faschismus. Verhängnisvoll, wie ich meine, wird doch damit das Feld des Nationalgefühls einzig für rechte und rechtsradikale Interpretationen freigegeben. Man stelle sich einen französischen Sozialisten vor, der sich schämt, sich einen Franzosen zu nennen und die Feiertage seiner Nation peinlichst meidet. Die Schlußfolgerung aus den beiden Weltkriegen und der neuerlichen Renaissance faschistoider Gedanken kann nicht die Abkehr vom deutschen Nationalgefühl sein, sondern muß endlich seine Ausprägung in gesunden Relationen bedeuten. Da hierzu sicherlich nicht die Rechte fähig ist, müssen die Linken Deutschlands es tun. Üben wir also Konkurrenz zu rechten Angeboten und ziehen somit national gesinnte (was nur selten eine wirklich rechtsradikale Haltung bedeutet) Jugendliche zu uns heran.*

Beinahe hätte ich mich hinreißen lassen, diesen nationalistischen Dreck auch so zu nennen, da fällt mir ein, daß *Abfälligkeit, Ignoranz und deutliche Mißfallensbekundungen stets von Intoleranz zeugen* (Gysi), was mich sachlich, tolerant und solidarisch umformulieren läßt: Der Mann denunziert den deutschen Nationalismus nicht, und er hat gute Chancen, mit den Nazis ins Geschäft zu kommen, wenn er seine Parteizugehörigkeit verschweigt.

Auf dem PDS-Parteitag war Nationalismus kein Diskussionsgegenstand.

Hurra - eine neue Strömung

Nun gibt es also eine Strömung/Plattform in der PDS, die auf dem Parteitag für viel Aufsehen gesorgt hat. *Es dürfte für große Teile der Partei spürbar sein, daß es sich hier nicht nur um ExotInnen handelt, sondern um eine aktive Gruppe, die auch in der praktischen Politikgestaltung eine bedeutende Rolle spielt* (»AK«, 1.7.). Also Prominenz hat eine Strömung gegründet. Die mir bekannte-sten Vertreter sind die Präsidiums- und Parteivorstandsmitglieder Rainer Börner, Hel-ga Adler, Christine Ostrowski, der »Archi-tekt« der Berliner AL-SPD-Koalition und Kreuzberg-Befrieder Harald Wolf, Thomas Klein von der Vereinigten Linken, Detlef Schulze von der »Prowo«, Heinrich Eckhoff vom KB ... Die Strömung wird vom »AK« folgendermaßen charakterisiert: *Triebfeder für diesen Schritt an die Öffentlichkeit istweniger die Formulierung von alternativen politischen Vorstellungen zum Kurs der PDS* (der ist also in Ordnung!), *als vielmehr die Unzufriedenheit mit der Vergangenheitsaufarbeitung und dem Oppositionsverständnis.*

Nun liegt auf der Hand, daß ohne *alternative politische Vorstellungen zum Kurs der PDS* jede Unzufriedenheit mit dem *Oppositionsverständnis* sich lediglich auf Image-Fragen beziehen kann. Also auf einen etwas *verantwortungsvolleren* oder

kämpferischeren Gestus. Mit dem (unstrittigen) Sofortprogramm der PDS mehr oppositionelle Haltung vorzuspiegeln, wäre lediglich eine Steigerung der Verarschung der Menschen. Also vergessen wir das.

Kommen wir zum eigentlichen Grund der Gründung dieser neuen Strömung: *Solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die PDS als die alte SED im neuen Gewand sieht, können wir noch so gute (!) Vorschläge zu den drängenden sozialen Problemen machen - sie werden sich nicht in politische Mobilisierungsfähigkeit und Unterstützung der Partei bei Wahlen* (darum geht's!) *umsetzen lassen.* Mir genügt dieser eine Gedanke - »Geschichtsaufarbeitung« zum Zwecke des Wahlerfolgs , um mit dem Pack nichts zu tun haben zu wollen, und um zu wissen, welche Vergangenheitsbewältigung da rauskommen wird. Ich bin wahrlich kein Freund von Modrow und seiner Verwandtschaft, deren Motive, das Vergangene ruhen zu lassen, leicht durchschaubar sind. Aber ich weiß auch, was rauskommen wird, wenn diese Sorte Erneuerer sich der Aufgabe widmet, den *grundlegend repressiven und antiemanzipatorischen Charakter des Realsozialismus* weder zu *relativieren* noch zu *verdrängen*. Es wird eine Orgie der Begriffe »Abscheu« und »Entsetzen« geben, ganz wie von den DKP-Erneuerern vorgeführt, und ohne Interesse für historisches Verständnis. Das reicht dem Wähler, so die Hoffnung.

Übertreibe ich? Gilt das für alle Vertreter dieser Plattform? Jedenfalls haben sich alle in einer Strömung mit Frau Ostrowski versammelt. Und die exerziert vor, wie sie sich Aufarbeitung von Geschichte vorstellt: *Ich halte es für notwendig, sowohl zum (ganzen) Marx zurückzukehren, als auch ihn zu verlassen.* Na denn mal los! *Betrachtet man die Erste, Zweite und Dritte Welt unter dem Aspekt Marktwirtschaft, kommt man nicht umhin, anzuerkennen, daß die Marktwirtschaft eine große zivilisatorische Errungenschaft ist. Ein adäquates oder sogar überlegenes ökonomisches Regelwerk hat die Menschheitsgeschichte bisher nicht hervorgebracht. Man kommt weiterhin nicht umhin festzustellen, daß das Maß an Sozialität einer Gesellschaft direkt mit der Ausprägung des Marktmechanismus zusammenhängt ... Soziale Defizite, wie in den Ländern der Dritten Welt, sind nicht einem 'zuviel', sondern einem 'zuwenig' an Markt geschuldet. Wer nichts weiter anzubieten hat als Rohstoffe und Arbeitskräfte, kann in keine entwickelte Marktwirtschaft eintreten ... Selbst in den entwickelten Industriestaaten verschärfen direkte Eingriffe zur Untergrabung des Marktes die sozialen Negativwirkungen. Deutlich nachweisbar ist das bei der Reagonomik. Dort wo der direkte Eingriff vermieden, durch ein System von wettbewerbsfördernden, marktkonformen, marktentsprechenden Rahmenbedingungen und Instrumentarien ersetzt wurde, fehlen diese sozialen Negativwirkungen bzw. wurden die sozialen Elemente sogar gestärkt ... Wir müssen zu den konsequentesten Einforderern der Entwicklung und des Ausbaus der Marktwirtschaft werden!* (zitiert nach »Sozialismus« 6/91; - die Frau sitzt im Parteivorstand).

Mir sollen drei Anmerkungen genügen. Die *konsequente Opposition* wird auf dieser Linie schwierig, aber nicht unmöglich. Man kann schließlich der Bundesregierung zuviel Keynesianismus vorwerfen. Zweitens: Die Abgrenzung von der alten SED läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Drittens: mehr Toleranz!

*Alle kursiven Passagen sind Zitate

Thomas Ebermann stellte in KONKRET 7/91»die ganz neue SPD« vor

Konkret 08/91, S. 18

Georg Fülberth

Buch des Monats: Josef W. Marx

Thomas Neumann: Die Maßnahme. Eine Herrschaftsgeschichte der SED. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1991, 174 Seiten, 9.80 Mark

Viele Abrechnungen mit der kommunistischen Bewegung sind von ehemaligen KP-Mitgliedern verfaßt. Diese müssen - zumindest implizit - die Frage beantworten, weshalb sie einer Organisation, die sie nun so vernichtend kritisieren, freiwillig, aktiv und ergeben angehört haben.

Thomas Neumann ist 1984 dem Ausschluß aus der Deutschen Kommunistischen Partei, deren Funktionär er gewesen war, durch Austritt zuvorgekommen. Es handelte sich um einen Konflikt, bei dem der Apparat so reagierte, wie es - nach der heutigen Auffassung des damals von ihm Gebeutelten - seinem Wesen entspricht. 1991 hat Neumann, als rororo-Sachbuch, den Band »Die Maßnahme. Eine Herrschaftsgeschichte der SED« veröffentlicht.

Seine zentrale These lautet, »daß Stalin eine Möglichkeit der marxistischen Praxis gewesen ist« (S.8). Diese Aussage wird dann zusehends dahingehend verengt, daß der Historische Materialismus ein Irrtum war und nur als Stalinismus überhaupt eine Chance der Realisierbarkeit gehabt habe.

Zu prüfen ist, was Neumann unter beidem versteht: Marxismus und dessen Fehlerhaftigkeit.

Auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie trifft er einen wunden Punkt: Sozialistische Planwirtschaft ist darauf angewiesen, daß sie ohne Dazwischenkunft des Marktes über ein »generelles Wertmaß« (S.67) verfügt. Wo dieses in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, tritt an die Stelle der kapitalistischen Teil-Rationalität die vollendete bürokratische Willkür.

Das ist ein wichtiges Problem, welches von Thomas Neumann jedoch nur nebenbei behandelt wird, ebenso wie ein zweites: »Zwischen der Erfahrung des aktuellen Arbeiterelends und der analytischen Erkenntnis kapitalistischer Produktionsgesetze besteht aber kein logischer Zusammenhang, die ‘Gesetzmäßigkeit’ ist eine Konstruktion« (S.39). Zutreffend wird hier die von Marx während der industriellen Revolution vorgenommene geschichtsphilosophische Projektion der sozialen Frage kritisiert. Aber auch das geschieht nur am Rande.

Zentral behandelt Neumann dagegen einen dritten Aspekt: die historische Teleologie, die von den Kommunisten für sich in Anspruch genommen und vollstreckt werde. Das gebe es schon bei Marx, und seitdem sei denen, die sich als die Wissenden verstehen, jedes Mittel recht, zum Beispiel die Parteidiktatur.

Hierfür hat er keinen Beleg. Bei Marx und Engels findet sich nirgends jene Theorie von der Staat gewordenen Partei, die so typisch für Stalin ist. Selbst Lenins Schrift »Was tun?« eignet sich dafür nicht. Die dort konzipierte Organisation war eine um die Macht kämpfende illegale Partei, kein staatsförmiger Apparat.

Der Verfasser belegt seine irrige Auffassung durch ein zumindest problematisch verwendetes Zitat: Marx und Engels hätten vorhergesehen, daß die Diktatur des Proletariats die Form der stalinistischen Verfolgung - hierfür nennt er Beispiele aus der DDR der fünfziger Jahre - annehmen könne, seiner Meinung nach haben sie dies gleichsam billigend in Kauf genommen: »Wenn die Revolution quasi im Handstreich von einer kleinen revolutionären Minderzahl veranstaltet wird, ‘folgt von selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen: der Diktatur, wohlverstanden, nicht der ganzen revolutionären Klasse, des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger weniger organisiert sind’« (S.56). Schlägt man nach, MEW 18, S. 529 f., ergibt sich, daß Engels - er ist der Autor - hier nicht seine eigene Auffassung referiert, sondern die des französischen Revolutionärs Louis-Auguste Blanqui. Anschließend kritisiert er sie. Dies geschieht unmittelbar nach dem von Thomas Neumann zitierten Satz und geht so: »Man sieht, Blanqui ist ein Revolutionär der vorigen Generation. Diese Vorstellungen vom Gang revolutionärer Ereignisse sind wenigstens für die deutsche Arbeiterpartei längst veraltet und werden auch in Frankreich nur bei den weniger reifen oder bei den ungeduldigeren Arbeitern noch Anklang finden können.«

Vermutlich wird dieser philologische Hinweis Thomas Neumann nicht von seiner Ansicht abbringen. Seine Kritik zielt nämlich letztlich nicht auf diktatorische Neigungen von Marx und Engels, sondern auf die philosophische Voraussetzung, welche er dahinter vermutet: die bereits in der Aufklärung formulierte und in der elften Feuerbach-These in eine Aufforderung zur Aktion transformierte Überzeugung, es sei möglich, die historische Realität kausal zu begreifen und damit auch prognostizierend zu gestalten: »Die Praxis also erzeugt ein Gebilde von schrecklicher und faszinierender Gestalt, eine Partei allwissender Menschen, die glauben, naturwissenschaftlich getreu die Gesetze der Ökonomie erfassen zu können, und sich selbst als einen Vorgriff auf die Allseitigkeit verstehen, eben ‘politische Moralisten’. Der Partei geht es stets um die Sache, die wissenschaftlich richtige Einsicht in den Lauf der Dinge. Bei ihr ist die Sache in den besten Händen der geschultesten, diszipliniertesten, ihr mit Leib und Seele ergebenen Genossen. Die Sache ist verkörpert im Individuum, im weisen Führer, Unterführer und Unterunterführer, der Stalin, Ulbricht oder Reimann heißen kann, und zugleich ist das

Individuum im Namen der Sache austauschbar, eine austauschbare Sache« (S. 79 f.). Die hier von Thomas Neumann vorgenommene Wiedergabe impliziert Kritik, deren Maßstab nicht genannt wird. Ich vermute: Wo es um Herrschaftspraxis geht, ist sie totalitarismus-theoretisch, wo sie agnostisch auf Marx verweist, postmodern.

Die Annahme, über absolutes Wissen zu verfügen, das in der eigenen Praxis weniger experimentell als exekutierend sich durchsetzt, hat häufig geisteswissenschaftlich trainierte Intellektuelle zu Omnipotenz-Phantasien verführt. Lutz Niethammer stellte 1989 in einem anderen Rowohlt-Buch - »Posthistoire« - eine ganze Galerie solcher Ideologen auf. Einige von ihnen waren zeitweilig Stalinisten und wurden später teils Zyniker, teils EG-Bürokraten oder beides. Zweifellos haben sie sich nach wie vor für die Größten gehalten. Marx und Engels gehören wahrscheinlich nicht dahin. Hannah Arendts Analyse dessen, was sie totalitäre Herrschaft nennt, ist von einem Maß bestimmt, das sie nicht im Gegenstand ihrer Betrachtung findet, sondern in einem Humanismus, den man bürgerlich nennen mag. Es besteht ein Unterschied zwischen der Kritik an Omnipotenz-Vorstellungen und der Ernüchterung darüber, daß diese ein leeres Versprechen waren.

Nach Auffassung von Thomas Neumann ist Walter Ulbricht ein Amalgam aus Marx und Stalin. Zum Schluß nennt er ihn fast liebevoll den »alten Mann«, als er nämlich sein Scheitern feststellt. Ulbricht habe noch gewußt, was er sich unter Kommunismus vorzustellen habe. Er sei von der marxistischen Utopie vorangetrieben worden - jenem Zweck, der bei ihm, wie bei Stalin, alle Mittel geheiligt habe. Ende der sechziger Jahre habe er erkennen müssen, daß es nicht geht. Ausdruck der Kapitulation sei der aktuelle Verzicht auf das kommunistische Endziel gewesen. Konsequenz dieser Tatsache war, dies stellt der Verfasser zutreffend fest, eine theoretische Umformulierung. Der Sozialismus, also die aktuelle DDR-Gesellschaft, wurde als »relativ selbständige Gesellschaftsformation« definiert und als »sozialistische Menschengemeinschaft«. Merkwürdigerweise zitiert Thomas Neumann nicht den letzteren, für Ulbrichts späte Abweichung so typischen Begriff, sondern einen anderen, weit weniger charakteristischen: »entwickelte sozialistische Gesellschaft«.

Erich Honecker habe die Niederlage seines Vorgängers praktisch umgesetzt: eine Konkursmasse, die nicht mehr kommunistisch werden konnte, habe er auf dem Weltmarkt verkauft. Hat Thomas Neumann in diesem Punkt recht, dann folgt aber doch das eine aus dem anderen, und der kalte Haß, mit dem er den Nachfolger charakterisiert, ist nicht durch seine sachliche Aussage gedeckt. Es scheint, als gelte seine Verachtung der nun offensichtlich gewordenen Schwäche. Marxismus hat stark zu sein wie Stalin, oder er ist nicht - das wäre dann die Botschaft.

Neumanns Hohn trifft alle, die das anders sehen, zum Beispiel Bloch, dann Peter Ruben. »Aber Demokratie, der demokratische Sozialismus gar, im Sinne des gleichberechtigten Streits verschiedener Meinungen und mehrheitlicher Entscheidungen ist innerhalb marxistischer Politik im Grunde eine Absurdität« (S.80 f.). So ist es empirisch-historisch gewesen. Die Bürgerlichen und auch Thomas Neumann sagen, dies liege an der totalitären Lehre selbst. (Daß er das Adjektiv nicht seinerseits benutzt, ist eine Differenz, die er beibehält.) Für Marx und Engels ist die Diktatur dasselbe gewesen, was sie in allen Klassengesellschaften war und auch heute noch ist, vom alten Rom bis zu den Notstandsgesetzen der BRD: die Regelung des Ausnahmezustands für einen Staat, der sich anders nicht mehr zu helfen weiß. Wird sie zur Permanenz-Verfassung, ist dies ein sicheres Zeichen dafür, daß ein solches Gemeinwesen keine Dauer haben kann, denn es fehlt ihm die Fähigkeit zur Selbstregulation. Dies ist materialistisch erklärbar: durch das Ensemble der gesellschaftlichen, auch außenpolitischen und militärischen Verhältnisse, welche eine Gesellschaft in einen solchen zuschlechterletzt aussichtslosen Zustand versetzen. Thomas Neumann verfährt idealistisch.

Völlig fremd ist ihm offensichtlich der Gedanke, daß Marx auch ein Gelehrter im Schlafrock gewesen sein könnte. Dann gälte diesem allerdings nicht dieselbe Faszination, welche Neumann für Stalin und Ulbricht aufbringt, sondern Geringschätzung wg. Schlappheit.

Das Buch »Die Maßnahme. Eine Herrschaftsgeschichte der SED« ist nützlich durch Informationen. Diese sind nicht neu, auch die Interpretation ist es nicht. Beides ist hier zusammengeführt in einer kompakten essayistischen Form, welche vielleicht die vom Autor beabsichtigte wichtigere Leistung jenseits des auch andernorts Vorfindbaren darstellt.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 7/91 einen Nachruf auf die Marxistische Gruppe (MG)

Konkret 08/91, S. 20

Wolfgang Pohrt

Schreiber und Schläger

In der Nachsicht und Milde, welche sogenannte Experten für Rechtsextremismus den Neonazi-Banden in der ehemaligen DDR entgegenbringen, drückt sich die innere, wesenhafte Verwandtschaft politisch rivalisierender Gruppen aus

Eine die Zeiten überdauernde Eigenschaft der Deutschen scheint es zu sein, daß Schwäche nicht ihr Mitglied weckt oder sie wenigstens gleichgültig läßt, sondern ihren Verfolgungseifer reizt. Ob es Feigheit ist, oder ob es damit zusammenhängt, daß sie am anderen ausrotten müssen, was sie selbst im Übermaß haben, ohne es sich eingestehen zu dürfen, nämlich Unlust, Unfähigkeit, Unlebendigkeit, kurz alle Attribute des Untergangs und des Todes - jedenfalls können sie keinen am Boden liegen sehen, ohne nach ihm treten zu wollen. Wie schon der hiesige Antisemitismus eine Reaktion auf die vorangegangene gesellschaftliche und ökonomische Entmachtung der Juden war, auf die Bedeutungslosigkeit der Zirkulationssphäre im Zeitalter der Monopole, bildet sich heute, wo ein Honecker ins Moskauer Exil flüchten mußte, in Deutschland ein Antikommunismus heraus, der mit seinem ideologischen Vorgänger zweierlei teilt, zum einen die Funktion, als jeweils volksfremd zu deklarieren, was die Landsleute gerade an sich selber nicht mögen, zum anderen die Neigung, selbst vor den absurdesten Tatsachenverdrehungen nicht zurückzuschrecken.

So rühren etwa nach neuester Lehrmeinung alle gravierenden ökonomischen Probleme daher, daß ums Jahr 1918 herum, mitten in einer satten, glücklichen und zufriedenen Zeit, die russischen Arbeiter sich aus lauter Übermut auf den marxistischen Irrweg begaben und ihn später auch anderen Nationen aufzwangen. Doch schwerer noch als die materiellen Folgen der kommunistischen Mißwirtschaft wiegt besonders in der ehemaligen DDR die seelische Altlast, denn wie der Kettenhund mit der Zeit bissig wird, wurde dort unter der Knute von SED-Funktionären ein gutartiges Volk böse. Über die SA-Banden, die heute in der Zone Andersfarbige und Ausländer terrorisieren, schreibt Richard Szklorz im Westberliner »Freitag«: »Die Skin-Banden ... sind auf dem Mist der DDR gewachsen: In der Trostlosigkeit der Satellitenstädte, in der Atmosphäre einer totalitären Ideologie, die sich in den pubertären Köpfen von Jugendlichen geradezu das faschistische Konterpart schuf. ... Was liegt für solche Menschen näher, als auf die Schwächsten in der Gesellschaft einzuschlagen und so die Minderwertigkeitsgefühle abzureagieren!« Detlev Claussen in der »Frankfurter Rundschau« mit der gleichen Leier: »Der Westen mit seiner Demokratie ohne Antifaschismus machte es dem Osten leicht, Antifaschismus ohne Demokratie zu praktizieren. ... Die realsozialistische Verfassung schürte Fremdenfeindlichkeit, an der alle Volkspädagogik internationaler Solidarität scheitern mußte.«

Ob Regierungsmitglieder die Wirtschaftsmisere im ehemaligen Ostblock erklären, oder ob Linksintellektuelle um Verständnis für die in der Zone praktizierte Verfolgung von Ausländern werben, stets meint man im ersten Augenblick, da habe jemand was anderes als Hirn unter seiner Schädeldecke, oder er lebe in einer anderen als der wirklichen Welt. Denn simple Dummheit allein bietet keine hinreichende Erklärung dafür, daß Leute, die es besser wissen müßten, den Kommunismus als Ursache von Rückständigkeit, Armut, Massenelend und Faschismus denunzieren, als Ursache von Dingen also, die er vorfand und die abzuschaffen oder zu verhindern sein Ziel war. So naiv kann einer kaum sein, daß er gar nicht fragt, warum es wohl im Westen Demokratie ohne Antifaschismus gab, und so blöde nicht, daß er ernsthaft meint, Antifaschismus ließe sich mit Demokratie bei einer Bevölkerung kombinieren, die sich per demokratischer Abstimmung für den Faschismus entschieden und bis zu dessen militärischer Niederlage für ihn gekämpft hatte. Daß es den kommunistischen Regimes in der DDR wie anderswo nicht gelang, die Menschen wirklich vernünftiger zu machen, ist leider wahr. Der SED aber die Schuld an der Entstehung jenes Sozialcharakters zu geben, der sie am Ende scheitern ließ, ist nur der Versuch, von aller Verantwortung für ihre Schäbigkeit eine Bevölkerung zu entbinden, die als linientreueste im ganzen Ostblock schon so widerlich war, wie sie heute widerlich und gefährlich ist, wo sie nun die radikalste Gemeinschaft von Kommunistenfressern und Ausländerhassern im ganzen ehemaligen Ostblock bildet.

Im unendlichen Zartgefühl, in der Nachsicht und Milde, welche die Schreiber ihren schlagenden Landsleuten in der Zone entgegenbringen, wenn sie die Menschenschinder als die eigentlichen Opfer beweinen, als Opfer der seelischen Grausamkeiten, welche die Kommunisten am deutschen Volk begingen, drückt sich nicht nur Parteilichkeit aus, sondern die innere, wesenhafte Verwandschaft politisch rivalisierender Gruppen hier. Sie mögen einander nicht bloß, sie bringen füreinander nicht nur Verständnis auf, sondern sie zeigen die gleiche Haltung, die gleichen Reflexe und Instinkte, die deutschen Rechtsradikalen einerseits, die sich zu vielen den verlorensten unter den vereinzelten armen Teufeln schnappen, und andererseits diese deutschen Linksintellektuellen, die es ausgerechnet jetzt dazu drängt, sich gegen den Kommunismus stark zu machen, was ihnen wenn schon nicht der Verstand oder die politische Moral, dann wenigstens der simpelste Sinn für Fairness, die Selbstachtung oder der gute Geschmack verbieten müßte, eben jene unter normalen Menschen fortentwickelte und zivilisierte Hemmung, die selbst einen Hund daran hindert, dem kranken oder offensichtlich und eingestandenermaßen schwächeren Artgenossen nachzustellen, weshalb das Tier im Unterschied zum deutschen Menschen den gleichstarken Rivalen als Gegner bevorzugt.

Daß es bei der bloß wesenhaften Verwandschaft nicht bleibt, sondern das Wesen zunehmend auch zur Erscheinung kommt, mit dem Effekt, daß die Linksintellektuellen, während sie die Rechtsradikalen noch zu kritisieren meinen, faktisch schon deren Propagandisten und Vordenker sind, das zeigen exemplarisch die Aufsätze eines Wilhelm Heitmeyer, der in der »taz« wie in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« publiziert, als Experte für Rechtsradikalismus gilt und auch schon im TV zu sehen war. In der Tradition der neuen Wehleidigkeit stehend, tischt er gern Tiraden auf, welche sich um Vokabeln wie »Verunsicherungen«, »Verletzungen«, »Fremdheitsgefühle«, »Minderwertigkeitsgefühle«, »Ohnmachtserfahrungen«, »Vereinzelungserfahrungen«, »Modernisierungsschock« etc. ranken, und bei flüchtiger Lektüre könnte man denken, daß er wohl von den Asylbewerbern schwarzer oder gelber Hautfarbe sprechen muß, die es über tausende von Kilometern und viele Klimazonen hinweg zu den Krauts verschlagen hat, wo sie nun, fern von Freunden, Verwandten, Sprache und gewohnten Lebensmitteln, wirklich fremd, vereinzelt, ohnmächtig und verunsichert sind, und wo sie außerdem wirklich verletzt werden. Das ist nicht der Fall, Heitmeyer spricht vielmehr von der Leidensvorgeschichte ortsansässiger, bodenständiger, einheimischer rechtsradikaler Schlägerbanden, welche sich der Duldung durch die Polizei und der Sympathie bei der Bevölkerung erfreuen: »Doch die Hauptursachen (für die Entstehung der Banden) liegen in den DDR-spezifischen Umständen des Aufwachsens und Lebens in autoritären und repressiven Verhältnissen, die in hohem Maße mit Minderwertigkeitsgefühlen und Verletzungen einhergingen.«

Wie Heitmeyer nicht den Opfern der rechtsradikalen Schlägerbanden, sondern deren Mitgliedern ‘Verletzungen’ attestieren kann, ohne daß dies Stichwort ihm die Verwechslung, die groteske Tatsachenverdrehung, den Wirrwar in seinem Kopf zu Bewußtsein brächte, so ist er generell nicht um eine wenigstens in sich schlüssige Kette von Vorwürfen bemüht. Vielmehr kommt in seiner Argumentation bald der Punkt, wo die Verstöße gegen elementarste Grundsätze der logischen Beweisführung so massiv werden, daß man sich an das Formgesetz nationalsozialistischer Propaganda und deren Produkte erinnert, etwa an die vom internationalen jüdischen Finanzkapital gesteuerte bolschewistische Weltverschwörung. Gleichsam auf offener Bühne findet unbemerkt ein Kostümwechsel statt, bruchlos geht der Antikommunismus über in antikapitalistische oder antiwestliche Ressentiments. War die autoritäre, repressive Zentralverwaltungswirtschaft für die Landsleute schon ein Grund, nicht etwa im Widerstand gegen sie einen unbändigen Freiheitswillen, sondern mittels Anpassung daran vielmehr Autoritarismus zu entwickeln, so leistet die Auflösung repressiver Vehältnisse noch mehr der Faschisierung der Deutschen Vorschub, die also, wie Heitmeyer sagt, ohne daß er den Sinn seiner Rede im mindestens verstünde, die geborenen Mitläufer und Untertanen sind, weil sie auf Unterdrückung mit Unterwerfung und auf Freiheit mit Rebellion reagieren. Denn, so Heitmeyer nun, »zur Eskalation des Rechtsextremismus trägt bei, daß westdeutsche Politik massiv an der Zerstörung von Lebenszusammenhängen mitwirkt. Dies betrifft vor allem auch die Schließung von Betrieben. Deren Bedeutung als sozial integrierender Faktor war im DDR-Alltag größer als in Westdeutschland. Es geht um mehr als Arbeitsplatzverlust, der für sich genommen schon schlimm genug ist. ... Veränderungen, zumal abrupte Einbrüche von Lebenszusammenhängen, bringen verstärkt Handlungsunsicherheiten in beruflicher Hinsicht, Ohnmachtserfahrungen durch Auflösung von familiären oder Firmenzusammenhängen hervor. ... Ohnmachtserfahrungen werden vor allem ausgelöst, beziehungsweise verstärkt durch neuartige Konkurrenzerfahrungen, die den Eindruck erwecken, man könne keine Kontrolle über die eigene Lebensplanung erhalten.«

Nicht mehr nüchtern und distanziert ist die Rede von repressiven Verhältnissen, sondern mit viel Wärme in der Stimme wird nun von Lebenszusammenhängen gesprochen, deren Auflösung durch die erzwungene Übernahme kapitalistischer Spielregeln den Rechtsradikalismus überhaupt erst hervorbringe. Eben noch rührten Minderwertigkeitsgefühle und Verletzungen der Landsleute von der Planwirtschaft her, nun, wo ihnen keine Bürokratie mehr vorschreibt, welchen Beruf sie ergreifen und wo sie arbeiten müssen, leiden sie erst recht. Eben noch galt die DDR als Zucht- und Zwangsanstalt, nun wird ausgerechnet der Sektor, wo sie dies wirklich war, nämlich die gesellschaftliche Produktion, eben das ‘Reich der Notwendigkeit’ (Marx), welches auf ein unvermeidbares Minimum zu reduzieren das leider nicht eingehaltene Versprechen der Kommunisten blieb, als wertvoller ‘sozial integrierender’ oder gemeinschaftsbildender Faktor gepriesen.

Keineswegs also zielt Heitmeyers Antikommunismus darauf, daß faktisch auch in den sozialistischen Ländern der Mensch dazu verurteilt war, sein ganzes Leben lang stumpfsinnig immerfort seinen Brötchen hinterherzurennen und es hauptsächlich in der Fabrik oder im Büro zu verbringen, bei der Ausübung von Tätigkeiten im Regelfall, welche eine fortgesetzte schwere Beleidigung seiner menschlichen Potenzen sind. Keineswegs auch richtet sich Heitmeyers Kritik an der DDR, wenn man sie nun im Spiegel seiner antiwestlichen Ressentiments betrachtet, gegen solche Phänomene, von denen ein Marxist sich nur angeekelt abwenden konnte, weil sie, wie das gräßliche neuheidnische Ritual der sogenannten Jugendweihe zum Beispiel, nichts als völkischer Hokuspokus waren. Nicht an der traurigen, aber mächtigen Realität reibt er sich, sondern am winzigen Rest vergangener besserer Hoffnungen und Ansprüche. Nicht die wirkliche DDR ist das Ärgernis, sondern das, was dort seit 45 Jahren im fast aussichtslosen Kampf gegen 17 Millionen auf verlorenem Posten stand, der Antifaschismus und Internationalismus einer Handvoll Kommunisten, die aus dem Exil kamen. Eigentlich wirft er der DDR nur vor, daß sie in ihrem deutsch-völkischen Erscheinungsbild nicht restlos aufging, sondern als Relikt aus den Tagen ihrer Gründung wie ein großer, langer Schatten die Idee einer solidarischen Menschheit, eines Vereins freier Individuen mißbilligend über der Datschen-Geselligkeit, den Eine-Hand-wäscht-die-andere-Beziehungen und dem FDJ-

Klimbim lag, über all diesen muffigen Kumpaneien, die Heitmeyer als Lebenszusammenhänge bezeichnet, womit über die Keimzellen von Fremdenfeindlichkeit und Faschismus fast schon das Notwendige gesagt wäre, gäbe es noch ein Publikum, welches sich auf das Wort den richtigen Reim macht.

Kaum verwunderlich daher, daß die Forderungen des Antikommunisten sich lesen wie ein rechtsradikales Rumpf- oder Musterprogramm: »Es muß eine Politik betrieben werden, die soziale Lebenszusammenhänge stiftet und nicht zerstört. Dies bedeutet, daß verstärkt soziale Einbindungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, man nicht durch hochgradige Konkurrenz jede Möglichkeit von Gemeinsamkeit und Solidarität von vornherein verunmöglichen darf, so daß nur wieder Niederlagen und Vereinzelung übrig bleiben. Dazu gehört auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, damit auch die gesellschaftliche Nützlichkeit dokumentiert wird. Doch reicht selbst das heute nicht mehr aus. Jugendliche müssen das Gefühl gewinnen, daß sie durch ihre Tätigkeit ausgefüllt sind und ihre Zukunft unbeschädigt ist.«

Mittels Schaffung sozialer Einbindungsmöglichkeiten soziale Lebenszusammenhänge stiften heißt, daß die Ortsgruppen künftiger Massenorganisationen sich als Gemeinschaften erleben und die zwangsvergesellschafteten Menschen sich als frei assoziierte begreifen sollen. Die Einheimischen vor der Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt schützen bedeutet, daß Ausländer draußen bleiben müssen, zumal das Eindringen Fremder gewachsene Lebenszusammenhänge wie Nachbarschaften oder Betriebskollektive zersetzt. Durchs Sozialarbeitervokabular nur dürftig verbrämt, ruft Heitmeyer schließlich nach nichts anderem hier als nach dem Reichsarbeitsdienst, wo einer beim Torfstechen seine gesellschaftliche Nützlichkeit dokumentieren durfte.

So appellativ allerdings, wie Heitmeyer im letzten Satz der zitierten Passage, verlangt den Massenbetrug nur, wer ihn selber nicht begehen kann, und es scheint, als wirke die fast schon leichenschänderische Art, das Unterlegene, Niedergeworfene weiter zu hetzen, sich bei den Deutschen auf die Dauer dergestalt aus, daß den Verfolgern, den Schreibern wie den Schlägern, die Kraft zu größeren Taten abhanden kommt.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 7/91 über »deutsche Streitkultur

Konkret 08/91, S. 22

Erwin Riess

Der Aufstieg des Goiserers

Wer aus der Geschichte gelernt hat, darf sie wiederholen, und die Österreicher lieben Wiederholungen - in der Person des FPÖ-Chefs Haider beispielsweise, der angetreten ist, den Beweis zu führen, daß der Faschismus zeitgemäß, attraktiv und möglich ist

»Goiserer: 1) genagelter Bergschuh, trittfest und langlebig; 2) Bewohner von Bad Goisern, Geburtsort Jörg Haiders«
Neues Österreichisches Wörterbuch

» ...denn unsere Seele ist für das geschaffen, was sich wiederholt und nicht für das, was ganz aus der Reihe tritt.«
Robert Musil

Die Österreicher sind ein Volk, das sich in feudalen Fesseln räkelt. Nicht nur, daß sie jegliche Form von Aufklärung leidenschaftlich bekämpfen und am Althergebrachten bedingungslos festhalten - sie werden auch nicht müde, darüber zu lamentieren, daß der historische Fortschritt ihren Landstrich seit altersher verschont.

Österreich ist der einzige Staat, in dem der Absatz von Kondomen seit dem Auftreten von Aids und der ersten landesweiten Aufklärungskampagne dramatisch zurückging. In Österreich vermeldet die Polizei nach Aufrufen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit neue Rekorde an Unfalltoten. Nach Aufdeckung des Weinskandals wurden die Lebensmittelgeschäfte, die den mit Glykol versetzten Wein führten, gestürmt.

Die Österreicher schätzen das Bekannte und lieben Wiederholungen. Ihre vornehmste Lebenshaltung ist Abwarten. Das geschichtliche Erbe lastet nicht, wie Fremde meinen könnten, als Alb auf den Lebenden, sondern es wird von diesen als Ansporn erkannt, den Vorvätern, was deren Verheerungen betrifft, in nichts nachzustehen.

1848 vom Absolutismus, 1866 von Preußen, 1918 von den eigenen Völkern, 1938 von einem Auslandsösterreicher, 1945 von der ganzen Welt und 1990 von den Faröer-Inseln besiegt, entwickelten die Österreicher mit den Jahren eine tiefe Sehnsucht, das schmerzlich Erlittene noch einmal durchleben zu dürfen, um keine Einzelheit der Katastrophe zu versäumen. Die Morbidität und der Drang zur Wiederholung haben längst alle Bevölkerungsschichten, vom Leichtgläubigen bis zum Misanthrop, vom Mieselsüchtigen bis zum Häuselbauer erfaßt; sie bestimmen den Alltag der Österreicher ebenso wie der tägliche Weg vom Branntweiner übers Kaffeehaus ins Beisel.

Die Österreicher sind gegenwärtig im Begriff, vom Herrenvolk der Monarchie über das Ständevolk des Austrofaschismus, der Volksgemeinschaft und der Sozialpartnerschaft zum europäischen Beobachtervolk voranzuschreiten. Rings um Österreich, der dunklen Sonne des Kontinents, bewegt sich Europa, vereinigen und trennen sich die Völker, indem sie aufeinander einschlagen. In dieser Situation tut Österreich, was es kann: Es steht unter Anspannung aller Kräfte still.

Diese Kunst ist schwer erlernt worden; erst in den letzten Jahrhunderten der Neuzeit haben die Österreicher sich an Ihresgleichen gewöhnt, ungefähr so wie ein Hund am Kropf seines Herren nach einiger Zeit keinen Anstoß mehr nimmt. Die blutigen Kämpfe zwischen Tirolern und Wienern, Kärtnern und Steirern wurden erst mit der Entdeckung der Psychoanalyse einer Deutung zugänglich. Bis heute liefern sie unerschöpflichen Stoff für Operetten, Anamnesen und Hirtenbriefe. Geblieben sind den Österreichern gewisse Eigentümlichkeiten, deren Kenntnis die österreichische Innenpolitik und ihre Darsteller zwar nicht verständlich, wohl aber erklärbar machen.

Jörg Haiders Einschätzung, seine Partei (die FPÖ), sei nicht die NSDAP, denn wäre sie es, hätte sie die Mehrheit im Land, wird von vielen Österreichern geteilt, besonders aber von der Regierung, die Haider, als er neulich die Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches gegen die der Zweiten Republik in Schutz nahm, ermahnte, dies aber mit der zaudernden Entschlossenheit eines Trunkenbolds, der sich mit beiden Händen am Glas festhält, seit Stunden einen Drang verspürt und sich einredet, die Lache zu seinen Füßen sei nur verschütteter Wein.

Die Mehrheit der Österreicher steht Haider mit einiger Sympathie gegenüber, denn er verkörpert jene Gegensätzlichkeiten, die Österreich im Laufe der Geschichte klein machten: Er ist rebellisch und reich, will, daß alles so bleibt, wie es ist, aber unter seiner Führung, verteidigt bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Nazis und erweist sich auch sonst als guter Patriot. Er betrachtet die bürgerliche Demokratie als leicht dümmliches Gesellschaftsspiel, dessen Reiz erst erkennbar wird, wenn die Regeln von ihm festgelegt werden: eine Sichtweise, die dem historischen Phlegma seiner Landsleute entgegenkommt.

Weil sie dies weiß, steigt mit jeder öffentlichen Selbstdarstellung der Österreicher die Angst der Regierung vor ihren Wählern. Der Bundeskanzler tritt in immer kürzer werdenden Abständen kreidebleich vor seine Schäfchen und nimmt sie vor sich selbst in Schutz, indem er sie inständig bittet, seiner Beurteilung, daß es sich bei ihrem nicht enden wollenden Stakkato faschistischer Eruptionen um bedauerliche Einzelfälle handle, nicht typisch für das Land und schon gar nicht hilfreich für die nächste Wintersaison, doch bitte nähertreten zu wollen.

Auf den Österreich von den Alliierten nahegelegten Antifaschismus, der am Staatsfeiertag gern an die Sonne geführt wird, ist die Bevölkerung mittlerweile ebenso stolz wie auf die heimischen Berge, Seen und Knödel, erlaubt er ihr doch die Aufrechterhaltung jener psychischen Parallelaktion, die Robert Musil am Vorabend des ersten Weltkriegs spielen läßt: Opfer und Täter in einer Person nörgelnd zu vereinen. Das ist auch der einzige Grund dafür, daß der österreichische Antifaschismus, der staatsrechtlich als Gesetz ohne Durchführungsverordnung gefaßt werden kann, sich in der Öffentlichkeit in sybellinischen Erklärungen ergeht, die, von Stammtischwitzen unterbrochen, in wolkigen Beschwörungen der gemeinsamen Leidensgeschichte gipfeln. Nicht selten enden derartige Ansprachen mit Aufrufen zur Wiedergutmachung des den Landsleuten im Zuge der »Kriegswirren« zugefügten Leids.

In den Österreichern erwuchs der Welt das erste reinrassige Volk von Antifaschisten. Den größten Anteil stellen die 536.000 registrierten NSDAP-Mitglieder im Verein mit zehntausenden SS-Angehörigen, gefolgt von tausenden Funktionären der von den Nazis integrierten Austrofaschisten. Der Widerstand von Sozialisten und Kommunisten hingegen wurde und wird als unpatriotisch und liederlich, mit einem Wort: als stalinistisch, beiseite gewischt.

Während KZ-Opfer um die Anrechnung ihres Martyriums für die Pension jahrzehntelang kämpfen mußten, geben sich ihre ehemaligen Wärter auf den kanarischen Inseln den pensionsrechtlichen Segnungen des »Kriegsteilnehmern« zustehenden Ruhegenusses hin. Die tiefe Betroffenheit der vielen Nazis über das von ihnen verschuldete Leid drückt der Umstand aus, daß neunzig Prozent der verzeichneten Parteigenossen 1947 um Streichung in der Registrierungsliste ersuchten. Die antifaschistische Sendung der Bundesregierung wird erkennbar, wenn man in Rechnung stellt, daß der von ihr ausgearbeitete Entwurf eines NS-Gesetzes von allen vier Alliierten im Dezember 1946 als völlig ungenügend zurückgewiesen wurde. Die Ernsthaftigkeit, mit der die Großparteien um den Aufbau eines nicht belasteten Staatswesens bemüht waren, läßt sich ermessen, wenn man ihre Versuche betrachtet, die »Ehemaligen« politisch zu organisieren.

So räumten sich die Parteien sogenannte Rehabilitationskontingente ein, die es vormaligen Nazis erlaubten, einer Maßregelung zu entgehen, wenn sie einer der staatsgründenden Parteien beitraten. Der »Bund Sozialistischer Akademiker«, die Konkurrenzorganisation des katholischen »Cartellverbandes«, entwickelte sich dadurch, vor allem in Kärnten, zu einer einflußreichen Vereinigung. Auf diese Weise wurde zwar das politische Nachfolgelager des Dritten Reiches aufgesplittert, gleichzeitig setzte mit der Wiederzulassung der Registrierten zur Nationalwahl 1949 ein heftiges Buhlen um ihre Stimmen ein, was dazu führte, daß die Nazipartei zwar keine Mehrheit, wohl aber ein von ihr ideologisch geprägtes Parlament zustande brachte. Antisemitische Ausfälle der führenden Politiker, auch solcher der SPÖ, standen bis in die sechziger Jahre auf der Tagesordnung. Die neuerdings zugänglichen Ministerratsprotokolle aus den fünfziger Jahren lesen sich über weite Strecken wie Mitschriften von Herrenabenden ehemaliger Parteigenossen, ein Eindruck, der bei näherem Studium der Lebensläufe seine Bestätigung findet. Die dreizehn Jahre währende absolute Mehrheit der SPÖ unter Bruno Kreisky befestigte diese Verhältnisse. Im Kabinett Kreisky I fanden sich gleich fünf »Ehemalige«; Kreiskys Haßtiraden gegen Simon Wiesenthal, seine Kumpanei mit dem oberösterreichischen FPÖ-Chef Friedrich Peter, einem dringend der Beteiligung an Kriegsverbrechen verdächtigen ehemaligen Mitglied einer SS-Mordeinheit, bewies, daß es das »Rosenthal-Phänomen« - überlebende Juden müssen, wenn sie in der Öffentlichkeit erfolgreich sein wollen, die Peiniger ihrer Eltern und Verwandten im doppelten Sinn des Wortes unterhalten - auch in der Politik gibt.

Kreisky versöhnte die Ehemaligen, indem er sich bei den Nazis nicht nur wortreich für die ihnen durch die Geschichte auferlegte Außenseiterrolle entschuldigte, er gewann darüber hinaus ihre Herzen und die zur absoluten Mehrheit erforderlichen Stimmen durch seine antiisraelische Politik. Er war es, der, eine alte Idee seiner politischen Ziehväter Renner und Schärf aufgreifend, mit der Rehabilitierung der FPÖ das bürgerliche Lager in Österreich so nachhaltig spaltete, daß die Volkspartei, die seit 1945 in allen Regierungen vertreten war, erst 1987 als schwindsüchtiger Juniorpartner wieder der Großen Koalition angehörte. Der Jude Kreisky wußte, daß Österreich auf Dauer gegen die alten und jungen Nazis nicht regiert werden kann. Seine Nachfolger rückten von dieser Strategie ab und sind nun mit einem bürgerlichen Lager konfrontiert, in dem eine rechtsextreme FPÖ innerhalb von fünf Jahren ihren vormaligen Bestand vervierfacht hat, seit Jahren bei allen Wahlen gewinnt und derzeit, Umfragen zufolge, bei rund zwanzig Prozent der Stimmen hält. Der Abstieg der ehemaligen Regierungspartei ÖVP hat dramatische Formen angenommen, in einigen Bundesländern ist die FPÖ jetzt schon dabei, die ÖVP zu überholen.

Die ÖVP ist im wahrsten Sinne des Wortes bedient. Im Österreichischen hat dieses Wort ja eine doppelte Bedeutung: Einerseits drückt es eine zugefügte Unbill aus, andererseits bezeichnet es die Tatsache, daß jemand in fremdem Dienst steht. Während die Kärntner ÖVP also bedient ist, feilscht die Bundes-ÖVP noch um den Preis der Übergabe. Während die Kärntner ÖVP in einem heroischen Akt Haider als Landeshauptmann stürzte, um ihm wenige Tage später als Landeshauptmannsstellvertreter, ausgestattet mit den wichtigsten Ressorts, zuzujubeln, hat der neue Obmann der Bundes-ÖVP, Busek, seinen bedingungslosen Antifaschismus dadurch unterstrichen, daß er Haider als Unterhaltungskünstler abtut, dessen Ausflüge in den Faschismus nur Jux und Tollerei seien. Da der Faschismus laut Busek also zum Fach der Folklore zählt, ist er bei dem für Belange des Fremdenverkehrs zuständigen Landesrat Haider gut aufgehoben.

Haider, den Bruno Kreisky einmal ein »talentiertes Bürscherl« nannte, ist den Wiederholungen besonders aufgeschlossenen Österreichern aber nicht genug. Sie wissen, daß die Vergangenheit nur lebendig bleibt, wenn man etwas für sie tut. Seit Monaten hält eine nicht enden wollende Kette schwerster Mißhandlungen behinderter Menschen die Behindertenorganisationen in Atem, wobei das Entsetzen über die Vorfälle durch die Berichterstattung der Tageszeitungen noch vergrößert wird. Deren Artikel lesen sich meist so, daß eine verhaltene Freude und ein leiser Appell, es dem Erzählten gleichzutun, nicht zu übersehen sind.

Aber nicht nur die einfachen Leute machen sich auf, die Verhältnisse wieder nach alten Mustern zurechtzurücken. Die renommierte Wittgenstein-Gesellschaft lädt zu ihrem Symposium den Euthanasietrommler Singer samt seinen publizistischen Schergen ein, um die durch eine Club 2-Diskussion des staatlichen Fernsehens begründete Behindertenhatz philosophisch zu radikalisieren. Die Proteste behinderter Aktivisten des »Krüppelforums« erzwingen eine Absage des Symposiums, wogegen sofort die Praktischen Ethiker der Österreich wie Hundekot überziehenden Institute für Christliche Soziallehre und Ethik aufschreien.

Da schon die Staatsphilosophen den Behinderten an die Gurgel wollen, sind die Verlautbarungen eines Kärtner FPÖ-Unterführers, Simon Wiesenthal solle sich mäßigen, er werde ihn sonst in seiner Pfeife schmauchen, nur mehr eine Draufgabe zu den täglichen Freiübungen einer verschworenen Bande von geläuterten Nazis.

Ein vormaliger KZ-Kommandant führte in Klagenfurt die beste Konditorei am Platz. Der von der FPÖ gestellte Verteidigungsminister der sozialistisch-nationalen Koalition der Jahre 1983-1985, Friedhelm Frischenschlager, begrüßte 1986 den aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrecher Reder mit kameradschaftlichem Handschlag. Der Verantwortliche für die Ermordung tausender burgenländischer Romazählte als FPÖ-Politiker bis in die achtziger Jahre zu den mächtigen Männern im Land. Daß viele einschlägig hervorgetretene Herren auf den ersten Blick nicht unbedingt gebräuchliche deutsche Namen wie Tobias Portschy und Taras Borodajkewicz trugen und tragen, ist ein Beleg dafür, daß manche Österreicher von ihrem Ziel, die besseren Nazis zu sein, nicht abrücken.

Der langjährige Leiter der psychiatrischen Klinik Klagenfurt macht sich Sorgen um die Erbgesundheit, der meistbeschäftigte Gerichtspsychiater Österreichs, bis vor wenigen Jahren Mitglied der SPÖ, nennt die weltgrößte Sammlung von Wasserköpfen sein eigen, eine Sammlung, deren Prunkstücke von seiner Tätigkeit an der Wiener Klinik »Spiegelgrund« herrühren, wo er defektes Leben tausendfach vom Leid erlöste.

Der Chef des Reichssicherheitsdienstes, Kaltenbrunner, ein Kärntner, bevorzugte die Beiziehung von Landsleuten für die Durchführung der »Endlösung«: Österreicher stellten das Gros der KZ-Mannschaften. Der Salzburger Erzbischof Hudal organisierte nach dem Krieg von Rom aus die Massenflucht »belasteter Personen« nach Südamerika, unter ihnen die Herren Barbie, Brunner und Eichmann. Er wurde dabei von der Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen ODESSA großzügig unterstützt, jener Vereinigung sonnengebräunter älterer Herren, deren weltmännische Gelassenheit vorteilhaft mit ihrer noch immer straffen Körperhaltung und den am Revers applizierten Ritterkreuzen korrespondiert und die sich jährlich zwecks Verteidigung des deutschen Aufbauwerks am Kärntner Ulrichsberg versammeln, wo sie aus dem Munde des jugendlichen Landeshauptmanns die Beförderung zu Kämpfern für Demokratie und Freiheit entgegennehmen, eine späte Ehre, die einigen Kameraden immerhin so nahegeht, daß sie ein belegtes Räuspern nicht unterdrücken können.

Das große Reich der deutschen Freiheitskämpfer fand seine Vollendung im Mai 1945 in der »Alpenfestung«. Das »Unternehmen Barbarossa« war zum Ausgangspunkt zurückgekehrt, zum sagenhaften Grab des Kaisers im Untersberg nahe Salzburg. Zwischen Dachstein und Untersberg, in den Sommerfrischeorten des Salzkammerguts und in den Sennhütten des Toten Gebirges drängten sich die überlebenden Streiter für deutsche Freiheit und totale Demokratie in Erwartung der Amerikaner, die signalisierthatten, die hervorragendsten Köpfe für künftige Aufgaben übernehmen zu wollen.

Was den Kommunisten nicht gelang, das Feuer der Revolution an die Nachgeborenen weiterzugeben, lösten die Nazis mit Bravour. 1950 im Salzkammergut, in Bad Goisern, als Sohn eines 1930 der SA beigetreten und 1933 zur »Österreichischen Legion«, der Creme de la Creme der heimischen Nazis, übergewechselten späteren Gaujugendwalters und einer Bannmädchenführerin geboren, taucht Jörg Haider tief in die Welt des untergegangenen Dritten Reiches ein, so tief, daß der zum Mann gereifte Sproß einige Jahrzehnte später, beflügelt von der fast vollbrachten deutschen Einheit, seinen frühkindlichen Neigungen mit Begeisterung nachgibt.

Wie die meisten seiner späteren Parteikameraden mit einem alten deutschen Namen versehen, - wenn FPÖ-Politiker aufeinandertreffen, glaubt man sich im Heerlager der Nibelungen vor Pöchlarn: Es wimmelt von Tassilos, Kriemhilds, Gerulfs, Siegfrieds, Gunters und Dietrichs , durchläuft der Jüngling eine Blitzkarriere in deutschnationalen Jugendverbänden. Im zarten Politikeralter von dreiunddreißig Jahren putscht er den Kärntner FPÖ-Obmann, der vom undeutschen Namen Mario Ferrari gezeichnet ist, hinweg. Vom Karawankengau bringt er seine Kanonen vorerst gegen den als »liberal« gehandelten (in Österreich gilt als liberal, wer den Nazis Auschwitz, Treblinka, Sobibor und Majdanek

durchgehen läßt, Mauthausen und Hartheim aber als Übertreibung abtut) FPÖ-Bundesobmann Steger in Stellung, um denselben 1985 in offener Feldschlacht am Innsbrucker Berg Isel vernichtend zu schlagen.

Am Tag nach dem Triumpf beginnt er die Partei von unsicheren Kantonisten zu säubern. Kampferprobte Freunde der »Aktion Neue Rechte«, der »Kameradschaft Dabenberg« und anderer einschlägiger Geselligkeitsvereine werden in Maßanzüge gesteckt und mit den seit der innerparteilichen Machtübernahme reichlich zur Verfügung stehenden Mandaten versorgt. Ein frischer Wind fährt in Österreichs Politik; der Rebell mit dem spitzbübischen Lächeln und den zornigen Augenbrauen eilt von einem Wahlerfolg zum anderen. Dabei treibt er die von ihm so genannten »Altparteien« nicht nur vor sich her, sondern auch auf sein Terrain, und dies mit der Überlegung, daß die Parteien, wenn sie ihm erst ähnlich geworden sind, über kurz oder lang kampflos das Feld räumen werden.

Haiders Erfolge sind nicht nur an seinen Wahlergebnissen abzulesen. Als ein Jungfabrikant in der Vereinigung Österreichischer Industrieller kürzlich einen Antrag auf Verurteilung der Haiderschen Äußerung über das Dritte Reich einbrachte, erntete er unflätige Beschimpfungen. Sein Ansinnen wurde nach erregten Diskussionen mit großer Mehrheit abgeschmettert.

Haiders Ziel ist die durchgreifende ‘Erneuerung’, eine Zuspitzung der Demokratie zu einem Rassismus der Tüchtigen (Werner Vogt), versetzt mit weltanschaulichen Anleihen des NS-Staates: Fremdenhaß, Ordnungswahn und Chauvinismus. Sein Haß auf alle, die aus seiner Reihe treten, ist notorisch, sein Einsatz für die Sache fanatisch. Er ist angetreten, den Beweis zu führen, daß der Faschismus zeitgemäß, attraktiv und möglich ist.

Im Grunde weiß Haider nicht nur einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung, sondern auch die gesamte Presse hinter sich. Wenn seine »schärfsten« Gegner seine Sprüche als »Entgleisung« und nicht als Fortsetzung bezeichnen, wenn seine bürgerlichen Kritiker ihn in Leitartikeln und Glossen des Populismus zeihen, antwortet er mit der bestrickenden Offenheit eines Mannes, der schon in jungen Jahren gelernt hat, die Heuchelei des Gegners für die Stärkung der eigenen Position zu nutzen: Populismus sei ja nichts Schlechtes, er, Haider, sei eben ein volksnaher Politiker.

Bei seiner Erneuerungsarbeit kommt ihm jene bereits erwähnte Neigung entgegen, die sich mittlerweile zu einer manifesten Obsession ausgewachsen hat. Er ist davon besessen, in die Fußstapfen seines Braunauer Vorgängers zu treten: Der Goiserer macht sich auf zum Gipfelsturm. Die Durchsetzung des Führerprinzips in der Partei, der von der Provinzhauptstadt vorgetragene Angriff auf die Metropole, die öffentlichkeitswirksame Unterstützung durch Weltkriegsveteranen, der Blick auf den Gegner, der nicht in die Augen trifft, sondern die Scheitelhöhe streift, wodurch dem derart Fixierten bedeutet wird, daß er einem großen Mann begegnet, der erotische Appell, den er durch seine ihn umgebenden zarten, aber frechen Bürschchen aussendet, lassen keinen Zweifel aufkommen: Dieser Mann hat sein Vorbild gründlich studiert.

Haider ist gleich jenem aber auch ein Gefangener seiner Erfolge. Eine reaktionäre Massenbewegung - und die FPÖ mutierte unter Haiders Führung von einer Partei klassischen Typs zu einer Partei der Bewegung, was auch im geringen Anteil der Stammwähler zum Ausdruck kommt - ist vom raschen Erfolg abhängig; bei Strafe des Untergangs ist sie darauf angewiesen, die Politik zu beschleunigen. Diesem Druck, der aber nur von seinem Vormarsch zeugt, kann Haider immer weniger ausweichen. Aus dem Kokettieren mit dem NS-Staat wird nun dessen Verteidigung. Wer die österreichische Nation öffentlich eine Mißgeburt nennt, kann wenige Monate später, angesprochen auf die Arbeitsmarktlage im Dritten Reich, keine Abschwächung zulassen.

Haider, der kein Minimalist des politischen Extremismus ist, wie Le Pen oder der Norweger Hagen, sondern aufs Ganze geht, inszenierte seine Abwahl als Landeshauptmann wie Hitler die Festungshaft nach dem fehlgeschlagenen Putsch. Der Märtyrer, schwankend zwischen weinerlichem Trotz und heiligem Zorn, schöpft Kraft aus der Größe des ihm zugefügten Leids. Als Hitler die Festung Landsberg verläßt, grüßt ihn die gesamte Wachmannschaft mit vorgestreckter Hand, unterm Arm trägt der Heroe die Dokumentation seines Kampfes; in der Einsamkeit der Zelle hat er beschlossen, sein Leben unlösbar mit dem des deutschen Volkes zu vereinen.

Haider wurde nicht verhaftet, seine Karriere nur um Wochen, höchstens Monate, zurückgeworfen, und selbst ein taktischer Rückzug, wie der vom Landeshauptmann auf den Landeshauptmannsstellvertreter, sieht ihn in der strategischen Offensive, hat er doch bereits angekündigt, 1992 für die Wahl zum Bundespräsidenten kandidieren zu wollen. Waldheim, der am Tag von Haiders Abwahl seine Nichtkandidatur bekannt gab, bekam von Haider noch am selben Tag sein Fett weg, weil er in seiner unnachahmlichen Art dessen Ausspruch von der »ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich« nicht in Zweifel gezogen, sondern relativiert hatte. »Der Mann hat ein Rückgrat aus Gummi«, stellte Haider fest, er, der sich noch vor wenigen Wochen als Unterstützer für eine Wiederwahl Waldheims erbötig gemacht hatte; und wieder sprach er den Österreichern aus der Seele. Immer schon hatte sie an Waldheim gestört, daß er gegenüber seinen Feinden vom Jüdischen Weltkongreß zu lasch auftrete.

Haider hat die zwischen Gletscher und Tundra, zwischen Größenwahn und Selbsthaß eingeschlossenen Österreicher in den Schwitzkasten genommen. Er baut darauf, daß seine Landsleute sich nach Wärme sehnen, weil er weiß, daß nur er

imstande ist, sie als strenger Landesvater zu spenden. Faschisten, die bei Wahlen dauerhaft mehr als fünf Prozent erzielen, treiben die bürgerliche Gesellschaft so weit vor sich her, bis diese im Faschisten den zwar rüpelhaften, aber im Kern guten und im Grunde doch zur Familie zählenden Sproß erkennt und mit der faschistischen Partei koaliert, wie es die Kärtner ÖVP vorexerziert hat.

Vor Jahren bezeichnete Peter Turrini Haider als den »Übertreiber der Großparteien«. Mittlerweile hat der also Apostrophierte sich aber weiterentwickelt; er ist nicht mehr die Übertreibung, sondern die Substanz, die dynamische Ewiggestrigkeit der österreichischen Gesellschaft. In Haider kommt die Zweite Republik zu sich selbst, sie folgt einer von Österreichs bestem Seelenarzt erstellten Diagnose: »Nur im Raptus ist er bei Trost«, läßt Nestroy den Dichter Leicht über dessen reichen Gönner urteilen. Ebenso verhält es sich mit Österreich. Je verwegener, je unglaublicher eine Idee in Österreich ist, desto größer ist die Chance, daß sie weitreichende Popularität erlangt; und welche Idee könnte verwegener sein, als das Dritte Reich in einer zeitgemäßen Neuinszenierung wieder aufzuführen?

Haider ist dazu bereit, jetzt schon ist er Opposition und Regierung in einem, seine staatstragende Allüre dient nur der Vorbereitung eines neuerlichen, noch verheerenderen Angriffs aufs Herz jener bürgerlichen Gesellschaft, die ihm zwar mit seinen Waffen gegenübertritt, dies aber ohne den Mut zu Vernichtung. Sein rabiates Gehabe wiederum hat nur das Ziel, die am nächsten Tag von ihm zur Schau getragene weltmännische Attitüde heller erstrahlen zu lassen. Haider ist sich selbst genug, mehr und mehr ödet ihn der Kampf gegen seine Widersacher an, mehr und mehr ist er gezwungen, den von den Großparteien zu einem schmalen Streifen verengten rechten Rand freizuackern, er weiß sich nah am Ziel, er registriert mit Genugtuung, daß seine Saat aufgeht. Die Fronde, der er sich gegenwärtig gegenübersieht, ist eine der Angst und der Verzweiflung. Manchmal sieht er sich aus Gründen der gesteigerten Glaubwürdigkeit sogar gezwungen, das Überborden der Fremdenfeindlichkeit, des Behindertenhasses und der politischen Kriminalität zu tadeln, mild und schalkhaft meist und mit der Haltung eines Vaters, der auf seinen gewalttätigen Sprößling stolz ist.

Erwin Riess lebt in Wien und ist Herausgeber der Schriftenreihe »der streit«. Als Nr. 39/40 dieser Reihe hat er einen Bericht »Zur Lage der behinderten Menschen in Österreich« veröffentlicht

Konkret 08/91, S. 26

Otto Köhler

Haute Cuisine

Ein Menü-Vorschlag, den der Münchner Koch Klaus Hubig auf einem Plakat publizierte, veranlaßte den Münchner Amtsrichter Steigenberger, eine Beschlagnahmeaktion anzuordnen, bei der rund fünfzig dieser Plakate eingezogen wurden. Otto Köhler hat versucht, die Motive des Richters zu ergründen

Köhler: *Wir haben hier einen Leserbrief, in dem behauptet wird, Sie hätten ein Plakat mit einem Gemüserezept verboten.*

Steigenberger: Ja was!

Ja, also irgendein Wirsing- oder Kohlrezept.

Aha! Stichwort Kohl sagt mir was. Aber wissen`s, am Telefon geb ich da keine Auskünfte drüber.

Ja, ist denn an der Sache was dran?

Sie wissen, daß der Name Kohl nicht nur ein Gemüse ist, sondern auch der Name des Bundeskanzlers.

Ach, das ist ein Plakat gegen Kohl?

Ich möcht mich zu der Sache nicht äußern, bitte haben Sie Verständnis dafür. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen. Welche Rückschlüsse Sie jetzt ziehen, die ja ziemlich auf der Hand liegen ...

Entschuldigen Sie, das verstehe ich jetzt wirklich nicht ganz - ist Helmut Kohl darauf abgebildet, auf dem Plakat?

Da würde ich ja schon zur Sache eingehen, und das möcht ich grad nicht.

Also ist es - das ist ja nun wirklich schwierig für uns, das zu beurteilen - kein Plakat, auf dem Gemüse abgebildet ist, sondern Helmut Kohl?

Ich kenne Ihren Leserbrief nicht - aber als Sie Kohl gesagt haben, da hat sich bei mir im Hinterstübchen was gerührt, da fiel mir ein, daß es ja auch einen Herrn Bundeskanzler Kohl gibt, und in diese Ecke schieb ich das jetzt momentan.

Achso, Sie meinen, daß man vom Gemüse auf den Herrn Bundeskanzler, also daß ...

Das weiß ich nicht, ich kenne Ihren Leserbrief, ich kenne auch den Vorgang nicht.

Der Leser schreibt: Der Richter Steigenberger hat ein Plakat verboten, auf dem ein Gemüserezept abgebildet ist.

Ich habe noch nie ein Plakat verboten, auf dem ein Gemüserezept abgebildet ist. Ich esse selber sehr gerne Gemüse, und das wäre ja schon von der Sache her unsinnig - warum sollte ich in der Sache überhaupt befaßt werden?

Ja, da unten steht noch, das ist natürlich etwas seltsam: Kohl mit Eiern.

Aha. Die Zusammenhänge werden langsam schon klarer.

Ja? Ich versteh nicht.

Das sind Ihre Stichworte, ich antworte nur auf Ihre Stichworte.

Ja, ja?

Dazu kann ich nichts sagen, nich?

Ja, haben Sie denn ein solches Rezept verboten? Oder ...

Ein Rezept hab ich noch nie verboten.

Oder irgendetwas mit Kohl, mit Eiern?

Das ist gerade die Frage, daß ich mich dazu nicht äußern möchte. Da müßten Sie sich an die Justizpressestelle wenden. Aber ich vermute, daß es sich um eine Sache handelt, die bereits durch die Presse gegangen ist.

Nee, da ham wir nix von gehört. Um was geht`s denn da?

Da ging es um eine Demonstration, da wurde zu Straftaten aufgefordert.

Auf dem Plakat?

Auf dem Plakat. Ich sage Ihnen das jetzt unter dem Vorbehalt, daß wir von denselben Vorgängen reden. Sie haben mir ein paar Stichworte gesagt.

Ja, aber was kann denn ein Rezept mit Kohl und Eiern mit Straftaten zu tun haben?

Ich habe Ihnen ja eben gesagt, ich schließe aus, daß ich jemals ein Gemüserezept verboten habe, haha.

Was ham Sie denn dann verboten im Zusammenhang mit - äh, mit Kohlköpfen, oder?

Ich habe nie gesagt, daß ich etwas verboten habe.

Oder beschlagnahmt oder sonstwas?

Da muß sich der Justizpressesprecher äußern, weil das eine Sache ist, da bin ich gar nicht befugt, was zu sagen.

Das heißt also, Sie haben tatsächlich ein Plakat mit einem, ja, Kohlkopf ...

Das haben Sie mir jetzt gesagt, daß ich das tatsächlich getan habe. Ich habe mich ja dazu ausdrücklich nicht geäußert. Ich habe nur gesagt: Ich habe noch nie ein Gemüserezept beschlagnahmt.

Aber im Zusammenhang mit Helmut Kohl - da haben Sie was, das entnehme ich jetzt Ihren Worten.

Das ist richtig. Ein Bericht in der »Süddeutschen« , wenn es die »Süddeutsche« war, der befaßt sich mit dem Bundeskanzler.

Und da haben Sie ein Plakat beschlagnahmt. Was ist denn auf dem Plakat drauf?

Da müssen Sie sich an den Pressesprecher wenden.

Aber Sie müssen es doch wissen, wenn Sie es beschlagnahmt haben.

Natürlich weiß ich`s. Aber dazu bin ich nicht befugt.

Sie dürfen über die Verfügung, die Sie machen, keine Auskunft an die Presse geben?

Nein, dazu haben wir einen Pressesprecher.

Also da kann ich jetzt nur entnehmen, daß es sich um ein Plakat mit einem Kohlkopf handelt, der mit Helmut Kohl in Verbindung steht - ja, war der verwechslungsfähig?

In der »Süddeutschen« habe ich jedenfalls gelesen, daß es um den Bundeskanzler geht, und daß da zu öffentlichen Straftaten aufgerufen wurde.

Aha! Also ist er abgebildet auf dem Plakat.

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das Plakat war ja in der »Süddeutschen« zumindest nicht abgebildet. Da müssen Sie sich an den Pressesprecher wenden. Ich bitte um Nachsicht, daß ich Ihnen nichts sagen kann. Aber ich kann Ihnen hundertprozentig sagen: Ich habe noch nie ein Gemüserezept verboten.

Aber ein Kohlrezept? Oder - den Bundeskanzler? Ein Plakat mit dem Bundeskanzler? Oder was?

Dazu kann ich mich nicht äußern. Aber ein Gemüserezept, das ist völlig auszuschließen. Über die konkreten Einzelheiten bitte ich, den Herrn Pressesprecher zu fragen, ob der dazu etwas sagen möchte.

***

Der Herr war eine Frau, wollte jedoch dazu nichts sagen und gab den Fragesteller an den Staatsanwalt Stocker weiter. Der wollte lieber auch nichts sagen und verwies an Oberstaatsanwalt Wick.

***

Köhler: *Wir haben ein großes Problem. Wir haben einen etwas seltsamen Leserbrief bekommen, in dem behauptet wird, der Richter Steigenberger habe ein Plakat mit einem Gemüserezept verboten. Herr Steigenberger sagt, er habe das nicht, es handle sich dabei um den Bundeskanzler, und er könne dazu nicht Auskunft geben, und er hat mich an die Pressestelle verwiesen, und die Pressestelle hat mich wiederum an Herrn Staatsanwalt Stocker verwiesen, und Herr Stocker weiß auch nur, daß der Herr Kohl darauf abgebildet sei, also nicht irgendwelches Gemüse, und weiß aber nix Genaues und sagt, ich soll mich jetzt an Sie wenden.*

Wick: Nein, der Herr Kohl, der Herr Bundeskanzler ist nicht abgebil-det dadrauf. Das ist ein Plakat, ein Kohlkopf, und darüber wird ein Ei aufgebrochen. *Was für ein Kohlkopf jetzt? Der Bundeskanzler oder ...*

Nein, Gemüsekopf.

Also doch ein Gemüserezept?

Ja, ein Kohlkopf, wie er auf dem Acker wächst.

Jaah?

Und die Schrift dazu: Auch im Westen testen: Eier auf Kohl.

Ja, das ist ja doch ein Kochrezept. Was hat denn das jetzt mit dem Bundeskanzler zu tun?

Einige Tage vor dem Erscheinen waren die Eier auf den Bundeskanzler geworfen worden, und wir sehen das vor diesem Hintergrund als Aufforderung zur Straftat.

Dann ist also doch der Bundeskanzler abgebildet auf dem Plakat ...

Nicht der Bundeskanzler.

Ja was, ein Kohl? Gemüse? Also ein Kohlgemüse? Aber wie kann man denn einen Kohl mit dem Bundeskanzler verwechseln?

Der Aussagegehalt ist für uns, für den Betrachter, vor dem Hintergrund der Vorfälle, die in Ostdeutschland waren, so zu sehen, daß aufgefordert wird, nicht nur im Osten Eier auf den Kanzler zu werfen, sondern das auch im Westen auszuprobieren.

Das ist etwas schwierig. Ist denn das Abbilden von Kohlköpfen ...

Es geht nicht um die Abbildung des Kohlkopfes, sondern es geht hauptsächlich um den Text.

Aber wie kann man denn daraus schließen, daß der Bundeskanzler gemeint ist? Wenn`s ein Kohlkopf ist, ich mein, das ist ja auch etwas beleidigend gegen den Bundeskanzler, wenn Sie jetzt sagen, da ist ein Kohlkopf abgebildet ...

Das einfachste wäre, daß Sie vielleicht mal das Plakat anschauen.

Ja, ich glaubs Ihnen gerne, daß da ein Kohlkopf drauf abgebildet ist ...

Ich hab Ihnen dargelegt, wie unsere Rechtsmeinung ist, und mehr kann ich Ihnen nicht sagen.

Sie meinen, daß man einen Kohlkopf mit dem Bundeskanzler verwechseln kann?

Also ich laß mir von Ihnen nicht das Wort im Mund umdrehen!

Ich will Ihnen nichts in den Mund legen. Es geht um die Frage: ein Kochrezept oder der Herr Bundeskanzler?

Die Wertung Kochrezept, das ist nicht unsere Wertung. Wir stellen überwiegend auf den Text ab.

Und der Text, wie war der?

»Auch im Westen testen: Eier auf Kohl«.

Ja aber, wenn da ein Kohlkopf abgebildet ist?

Ich sehe, daß Sie mir die Worteim Mund umdrehen, das bin ich bei Gesprächen mit Journalisten eigentlich nicht gewohnt.

Sie müssen entschuldigen, aber das ist ja auch ein bißchen schwer für uns, das alles zu verstehen.

Wick (hängt abrupt auf und sagt zuvor): Wiederhören.

Köhler (menschlich tief enttäuscht): Wiederhören.

Konkret 08/91, S. 28

Barbara Ritter

»Stringente Ethik«

Die organisierten Abtreibungsgegner können zufrieden sein: Alle gegenwärtig kursierenden Vorschläge zur Reform des Paragraphen 218 wollen das »ungeborene Leben noch besser« vor den Frauen »schützen«

Nein, wir haben nicht abgeschworen, und wir geben uns nicht mit dem »kleineren Übel« zufrieden. Wir wollen keine Fristenregelung, sondern die Strafgesetzbuch-Paragraphen 218 und 153 ersatzlos gestrichen haben.

Dies war die Forderung der etwa 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses »Kein § 218 in Ost und West!« im Juni dieses Jahres in Ostberlin. Feministinnen in der PDS und bei den Grünen/Bündnis 90 haben sich mit dieser Forderung gegen erheblichen Widerstand in den eigenen Parteien und Fraktionen durchgesetzt und entsprechende Gesetzesentwürfe im Bundestag eingebracht. Sogar bei der Sitzung des Deutschen Ärztetages im Mai lag ein Antrag auf Streichung des Paragraphen 218 vor.

Die Mehrzahl der überregionalen Medien erwähnte diese Aktivitäten mit keinem Wort. Selbst der »Frankfurter Rundschau« und der »Süddeutschen Zeitung« war der 218-Kongreß, organisiert von einem breiten Bündnis von Parteien und Frauengruppen unter der Federführung des Unabhängigen Frauenverbandes und der bundesweiten Koordination »Frauen gegen den § 218«, keine Zeile wert. Jede auftauchende neue Variante irgendeiner möglichen Fristenregelung mit und ohne Zwangsberatung wird von ihnen dagegen in aller Ausführlichkeit dargestellt. »Altbekannte Widerstandsrhetorik« und »Mangel an Strategiedebatte« bescheinigten dem Kongreß die »TAZ« und der »Freitag«. Was hinter diesen Urteilen steht, ist der Versuch, die Fristenregelung als die einzige »realisierbare, vernünftige oder denkbare Lösung« darzustellen oder doch zumindest als Kompromiß auch der linken Klientel anzudienen. Wenn frau sich nicht auf das »kleinere Übel« Fristenregelung - »zur Not« mit Pflichtberatung, die ja nicht als Zwang verstanden werden müsse - einlasse, drohe die Verabschiedung einer noch restriktiveren Regelung, lautet das ‘realpolitische’ Argument.

Abgesehen davon, daß diese Taktiererei jeder Grundlage in der parlamentarischen Wirklichkeit entbehrt, wird mit der Androhung des »größeren Übels« auch noch verschleiert, daß etwa die Umsetzung des FDP-Entwurfs eine massive Verschlechterung für die Frauen in der Ex-DDR und kaum eine Verbesserung für die aus dem Westen bringen würde. Allein für die Frauen in den CDU/CSU-regierten südlichen Bundesländern würde sich auf dem Papier - wohl aber nicht in der (Arzt-)Praxis - eine Erleichterung ergeben.

Das Schlimmste an allen gegenwärtig kursierenden Vorschlägen zur Fristenregelung ist aber deren Begründung: Sie wollen sämtlich das »ungeborene Leben noch besser schützen«. Sie gehen alle davon aus, daß der Embryo, zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt, durch höhere Instanzen grundsätzlich vor der Frau geschützt werden müsse. Damit geben die Befürworterinnen und Befürworter der Fristenregelung, ob gewollt oder ungewollt, dem Druck der »Lebensschützer« nach. Wenn die Straffreiheit für den Schwangerschaftsabbruch innerhalb einer bestimmten Frist mit dem Bestreben erkauft werden soll, seine moralische Ächtung gesellschaftlich konsensfähig zu machen, wird ein gesellschaftliches Klima entstehen, in dem Frauen es trotz Fristenregelung schwerer als heute haben werden, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.

In den letzten Jahren ist es üblich geworden, das Thema Schwangerschaftsabbruch in einem Atemzug mit Sterbehilfe, Eugenik und Euthanasie zu diskutieren. Der Tötungsvorwurf gegenüber abtreibenden Frauen ist zu einem umfassenden Euthanasievorwurf ausgeweitet worden. Nicht nur rechtsextreme »Lebensschützer« behaupten, »wer abtreibt, tötet auch alte und behinderte Menschen«, auch die katholische Kirche zieht mit ihrer »Woche für das Leben, ob jung, ob alt, ob geboren oder ungeboren, ob krank oder behindert« genau diese Verbindungslinie. Diese angeblich »kohärente und stringente Ethik« findet ihre Befürworter auch bei fortschrittlichen Autoren wie Götz Aly, der dem »linken, liberalen und laizistischen Lager« eine widersprüchliche Moral bis hin zu »individuellem Utilitarismus« vorwirft (»TAZ«, 17.6.91). Er hat besonders in der ehemaligen DDR ein äußerst erfolgreiches Wirken der »antikirchlichen Propaganda von 1933 bis 1989« konstatiert und ist mit der impliziten Gleichsetzung von Faschismus und DDR noch einen Schritt weiter gegangen als die CDU-Familienministerin Rönsch, die erklärte: »Leute wie die Ostdeutschen, die in einem atheistischen Staat groß geworden sind, haben noch nicht die nötige Befindlichkeit, um über ungeborenes Leben mitzureden.«

Es geht auch zukünftig darum, ob sich die christliche, patriarchale Moral durchsetzt oder ob Lebensinteressen von Frauen auch dann noch gelten, wenn sie ungewollt schwanger sind. Die gedankliche Teilung von ungewollt schwangeren Frauen in zwei »Leben« macht es möglich, im Namen der Leibesfrucht auf das Leben der Frau durchzugreifen, sie zu bürokratischen Hürdenläufen zu zwingen, vor Gericht zu zerren und ihr moralisch die ungeheuerlichsten Vorhaltungen zu machen.

Und natürlich zeigen diese Gegenüberstellung von Frau und Embryo und der daraus abgeleitete Tötungs- bzw. Euthanasie-Vorwurf bereits Wirkung. Die Diskussion um Gen- und Reproduktionstechnologien sowie um die eugenische Indikation kann davon nicht abgetrennt werden. Die außerkörperlichen Fortpflanzungstechniken und die pränatale Diagnostik haben die ‘Trennung’ der schwangeren Frau von ihrer Leibesfrucht und die Personalisierung des Embryo als Patienten technisch

längst vollzogen. Bei einer eugenisch indizierten Abtreibung wird die ursprünglich gewollte Schwangerschaft gerade durch »Qualitätsmerkmale« des Föten zur ungewollten, zur »unzumutbaren Belastung der Frau«, wie es der § 218 formuliert.

Zwar geht es auch beim Abbruch einer von Anfang an ungewollten Schwangerschaft um deren Bewertung als Belastung. Den entscheidenden Unterschied aber zu einer solchen nicht selektiven Abtreibung hat Theresia Degener herausgearbeitet: »Eine solche Bewertung orientiert sich ... nicht an individuellen Qualitätsmerkmalen des 'potentiellen Kindes', sondern an davon unabhängigen Lebensbedingungen der Frau und ihren Lebensvorstellungen.«

Das konkrete Leben und die Lebensentwürfe von Frauen spielen in der »Lebensschutzdiskussion« keine Rolle, sie haben sich als Schwangere, als fötales Umfeld, ihren biologischen Möglichkeiten zu unterwerfen. Das sehen auch sozialdemokratische Frauen so, die die angebliche Notwendigkeit eines umfassenden »Lebensschutzgesetzes« anerkennen - offen haben sich dafür Herta Däubler-Gmelin und Uschi Pausch-Gruber ausgesprochen. Rita Süssmuth erhielt mit ihrem vordergründig sachlichen Vorschlag breite Zustimmung. Dabei geht in ihren Entwurf das seit 1991 geltende Embryonenschutzgesetz ebenso ein wie ein neu zu formulierendes Gesetz über die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Erst damit sei das »ungeborene Leben« außerhalb und innerhalb des Uterus hinreichend geschützt. In weiteren noch nicht ausgeführten Gesetzes-Artikeln soll das »behinderte und sterbende menschliche Leben« unter besonderen Schutz gestellt werden, die »Schaffung eines Organtransplantationsgesetzes« und eine »gesetzliche Klarstellung der Sterbehilfe« sind ebenfalls angekündigt worden. Nur über einen völlig abstrakten Lebensbegriff, der sterbende und geistig oder körperlich behinderte Menschen in unwürdiger Weise als »behindertes Leben« entpersonalisiert, läßt sich die Scheinlogik dieses Gesetzes aufrecht erhalten.

Es ist symptomatisch, daß dieses »Lebensschutzgesetz« nur im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch in die Diskussion kommt und keineswegs etwa mit dem 'Zwangs-)Sterilisationsgesetz für Behinderte, das in den letzten Jahren fast geräuschlos über die politische Bühne gezogen wurde. Der beabsichtigte propagandistische Effekt ist bereits eingetreten, hat sich doch in den Köpfen festgesetzt, daß der Schutz »allen besonders hilfsbedürftigen Lebens« vor allem vor den Frauen gewährleistet sein muß, die sonst bedenkenlos und massenhaft aus egoistischen oder »sozialen Gründen« »menschliches Leben vernichten« würden. Diejenigen, die sich schützend vor das »ungeborene Leben« stellen wollen, wissen genau, wo sie stehen. Mitten im Leben der Frauen.

Barbara Ritter arbeitet zur Zeit an einem Buch über die Macht der organisierten Abtreibungsgegner, das im Oktober unter dem Titel »Vorsicht 'Lebensschützer`!« im Konkret Literatur Verlag erscheinen wird

Konkret 08/91, S. 30

Ernst Lohoff; Johanna W. Stahlmann

Die Elixiere des Dr. Schatalin

Nichts geht mehr: Selbst die radikalsten Umbauprogramme können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sowjetische Wirtschaft vor einer Katastrophe steht, der sie weder durch eine Rückkehr zum Diktat des Plans, noch durch eine totale Kapitulation vor den Kräften des 'freien Markts` entkommen kann. Vom Standpunkt des Weltmarktes aus ist die Sowjetunion stillzulegen

Früher wurde sie von den einen als »Vaterland aller Werktätigen« gefeiert und von den anderen als »Reich des Bösen« bekämpft. Heute, 50 Jahre nachdem sie die deutsche Kriegsmaschinerie stoppte, ist die einst glorreiche Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu einem bemitleidenswerten Sozialfall geworden, zum bevorzugten Objekt gesamtdeutscher Mildtätigkeit.

Über die ökonomischen Fakten, in denen sich der Niedergang einer Weltmacht niedergeschlagen hat, die nach dem 2. Weltkrieg bereit und fähig war, als Gegengewicht zu den USA die globale Ordnung mitzubestimmen, herrscht, trotz mangelhafter und teilweise phantasiereicher Statistiken, unter Experten weitgehende Einigkeit: Der Zerfall der Sowjetökonomie hat sich rasant beschleunigt, und das Jahr 1991 wird eine weitere Zuspitzung der Lage bringen.

Nachdem bereits 1990 das sowjetische Bruttosozialprodukt insgesamt um 3 bis 8 Prozent gefallen ist, befürchtet Jakow Urinson, ein Vertreter der staatlichen Planungsbehörde Gosplan, für dieses Jahr ein weiteres Absinken um satte 16 Prozent. Von der CIA und der Weltbank in Auftrag gegebene Berichte kommen zu ähnlichen Prognosen; sie gehen von einem 'Minuswachstum' zwischen 11 und 15 Prozent aus. Trotz massiver Preiserhöhungen und der damit einhergehenden Verelendung eines Großteils der Bevölkerung - seit der Reform im April dieses Jahres haben sich die Preise für Lebensmittel verdoppelt, zum Teil verdreifacht - verengt sich das Warenangebot zusehends weiter.

Sämtliche bisherigen Reformmaßnahmen haben die Schrumpfung und Auflösung der sowjetischen Wirtschaft nicht aufgehalten. Im Gegenteil, erst mit dem Versuch, verstärkt auf marktwirtschaftliche Stimuli zu setzen, ist aus der chronischen Misere der sowjetischen Planökonomie ein akutes Desaster geworden. Die verheerende Lage ist eben nicht allein das Produkt von 70 Jahren 'Kommandowirtschaft', sie ist gerade in ihrer katastrophischen Verlaufsform auch die Folge marktwirtschaftlich inspirierter Reformversuche. Nichts spricht daher dafür, daß ausgerechnet dem neuen, vom sowjetischen Ökonomen Jawlinski mit Beihilfe einiger amerikanischer Harvardprofessoren zusammengezimmerten Umbau-Konzept mehr Erfolg beschieden sein wird.

Für die sowjetischen Marktwirtschaftsdogmatiker und ihre westlichen Sekundanten ist die Entwicklung der Perestroika ernüchternd. Da die bürgerlichen Ideologen die Misere der sowjetischen Wirtschaft ausschließlich einer übermächtigen Bürokratie zur Last legten, erwarteten die Reformer vom »Abbau bürokratischer Hemmnisse« zumindest den *Beginn* eines Wirtschaftsaufschwungs. Bei ausreichendem Spielraum für den individuellen Egoismus, so glaubten sie, würden die »Marktkräfte« schon alles zum Guten wenden. Genau das Gegenteil ist geschehen.

Das jämmerliche Versagen der marktwirtschaftlichen Wunderwaffe kann allerdings nur diejenigen verblüffen, die den gescheiterten Realsozialismus und die Marktwirtschaft als konträre, gar antagonistische Gesellschaftsformationen betrachten und die davon ausgehen, daß einzelbetriebliche Konkurrenz und Marktformen Größen sind, die in der sowjetischen Geschichte bislang nicht existiert haben. So weit verbreitet diese Sichtweise auch ist, so wenig hatte sie je mit der Realität zu tun.

Die sowjetische Wirtschaft ist nie eine einzige, nach politischen Vorgaben funktionierende gigantische »Gesamtfabrik« gewesen. In ihrem realen Vergesellschaftungsniveau lag sie als Erbin des zaristischen Rußland im Gegenteil immer weit hinter dem Westen zurück. Zur Zeit des 1. Weltkriegs lebte das Gros der Bevölkerung in weitgehender Autarkie von der Landwirtschaft. Das Land war auf dem besten Weg, in den Rang eines peripheren und abhängigen Rohstofflieferanten herabzusinken. Die stalinistische Zwangskollektivierung und Zwangsindustrialisierung zerstörte diese selbstgenügsamen Verhältnisse und verhinderte die drohende äußere Abhängigkeit. Durch die rigorose Umleitung der gesellschaftlichen Ressourcenflüsse, zunächst vor allem auf Kosten der bäuerlichen Produzenten, gelang es der Sowjetmacht, eine eigene schwerindustrielle Basis aus dem Boden zu stampfen. Die auf diese Weise etablierte Ordnung hatte mit der von Marx einst antizipierten freien, marktlosen Assoziation aller Produzenten allerdings keinerlei Ähnlichkeit. Die politische Führung konnte die Marktbeziehungen nicht abschaffen - sie zwang stattdessen die Mehrheit der vormals bäuerlichen Massen überhaupt erst in Austauschverhältnisse hinein. Als hartes Entwicklungsregime war sie lediglich bestrebt, die »invisible hand« des Marktes zugunsten einer nachholenden Modernisierung zu kommandieren. Sie reproduzierte damit aber auch unweigerlich den für kapitalistische Gesellschaften charakteristischen Gegensatz von einzelbetrieblichem Interesse und gesamtgesellschaftlicher Rationalität.

Das Grundproblem aller Reformen und Gegenreformen in der 70jährigen Geschichte der Sowjetunion ist stets das gleiche geblieben: Wie kann eine politische Instanz die durch marktförmige Vergesellschaftung voneinander getrennten

Teilproduzenten dazu bringen, dem vorgegebenen Ziel einer nachholenden Entwicklung zu dienen, wie können sie zu maximaler Produktion im Sinne der Zentrale angespornt werden? Von selbst tendierten die Einzelbetriebe nämlich keineswegs dahin. Sie verhielten sich zwar entsprechend der planwirtschaftlichen Logik, verfolgten dabei aber nicht das abstrakte, vom Staat deklarierte Gesamtinteresse, sondern suchten ihren eigenen Vorteil. War es Ziel der planerischen Strategie, möglichst viel gesellschaftlichen Wert aufzuhäufen, um ein maximales Wirtschaftswachstum zu erzielen, so versuchten die Einzelbetriebe oder Branchenministerien in Konkurrenz zueinander, möglichst viele Arbeitskräfte und Investitionsmittel zugewiesen zu bekommen. Wurde etwa die Prämienzuweisung eines Transportbetriebes an der Zahl der gefahrenen Kilometer gemessen, so war es nur logisch, Umwege zu fahren; war die Zuteilung von Arbeitskräfte- und Investitionsfonds von der Ausweitung der Produktion abhängig, so mußte man sie eben unabhängig von jeder gesellschaftlichen Nützlichkeit ausdehnen. Wenn die produzierte Stückzahl die Zuteilungen einer Schuhfabrik bestimmte, so war selbstverständlich die ausschließliche Produktion kleiner Größen betriebswirtschaftlich optimal; diente hingegen der Materialverbrauch als Maßstab, verlegte sich jeder »vernünftige« Betriebsleiter auf die Produktion von Übergrößen und ließ die Schuhe möglichst materialintensiv herstellen. Die vom Plan diktierten Lieferverträge wurden so bestenfalls wörtlich, aber deswegen noch lange nicht in ihrer Substanz erfüllt. Dem Verkäufer konnte es schließlich gleichgültig sein, ob die gelieferten Produkte funktionstüchtig waren. Solange die Administration den Produktabsatz organisierte, war er allemal König und auch Ausschußproduktion vom einzelbetrieblichen Standpunkt aus rational.

Diese »negative Konkurrenz« nicht um Marktanteile und Käufer, sondern um maximale Mittelzuweisungen führte zu gigantischen Materialanhäufungen der Betriebe und Ministerien, die dabei zugleich versuchten, sich autark zu machen. Auf Seiten der Zentrale führte sie zur Aufblähung des Planungsapparats und zur Ausweitung der qualitativen Bestimmungen (Kennziffern) für jedes einzelne Produkt, was die Verschleierungsbestrebungen der Produzenten nur verstärkte. An der Tatsache, daß die einzelnen Branchenministerien ständig versuchten, den ihnen unterstehenden Betrieben zuzuschustern, was sie kriegen konnten, dagegen aber kaum Neigung zeigten, Lieferverpflichtungen gegenüber Branchenfremden einzuhalten, arbeitete sich denn auch die neuere Reformdebatte in ihrer ersten Phase ab. Die sogenannte Chruschtschow- oder Sovnarkhozreform bemühte sich, das Autarkiestreben und die Konkurrenz der Branchenministerien zu kontern, indem sie die Entscheidungsmacht hin zu regionalen Wirtschaftsräten (Sovnarkhoz) »dezentralisierte«. Die Logik der »negativen Konkurrenz« wurde dabei zwar erkannt, jedoch keineswegs überwunden. Der Zuweisungskampf und die Versuche, ihn zu verschleiern, spielten sich nun lediglich auf der Ebene der regionalen Wirtschaftsräte ab.

Der erste eigentliche Reformschub wurde in den 60er Jahren durch ständig sinkende Wachstumsraten und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ausgelöst. Trotz aller Reibungsverluste und Mängel hatte sich die realsozialistische Planwirtschaft bis dahin einigermaßen bewährt. Immerhin ließ sich mit dem groben planwirtschaftlichen Instrumentarium die Basisindustrialisierung und die beständige Extensivierung der Produktion, wenn auch unter gewaltigen Opfern, tatsächlich bewerkstelligen. Das ehemalige Agrarland machte gegenüber dem Westen zeitweise sogar Boden gut. Dieser relative Erfolg verkehrte sich aber nach Abschluß der Basisindustrialisierung in sein Gegenteil, und es zeigte sich rasch, daß der nun fällige Übergang zur Intensivierung der Produktion in der alten Form nicht gelingen konnte. Der Anhäufungsdrang der Betriebe und Ministerien wurde zum direkten Gegner weiteren Wachstums.

Reformer meldeten sich zu Wort, die dem »Allgemeininteresse« gegen den Egoismus der Produzenten zu seinem Recht verhelfen wollten. Diese Konzepte waren zunächst eher auf die Verbesserung und noch nicht auf die Auflösung des Plansystems gerichtet. Im Zentrum stand schon damals - und steht seitdem - die Preisreform. Bisher hatte letztendlich die Vernutzung von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln die Preise bestimmt, mit der natürlichen Folge, daß jeder Betrieb bestrebt war, der übergeordneten Stelle maximale Kosten (bei Abnahmegarantie) in Rechnung zu stellen. Da man Streichungen einkalkulieren mußte, setzte man den Kostenvoranschlag immer etwas höher an. Die »negative Konkurrenz« zielte also ihrer Logik nach auf immer höhere Preise, die letztlich durch die staatliche Notenpresse finanziert werden mußten.

Wie aber konnten die Betriebe durch ein anderes Preissystem stimuliert werden, ihre Produktion zu intensivieren und damit zu verbilligen? Die Reformer hantierten mit Prämien, Sozialfonds und anderen Vergünstigungen, die Betriebe durften teilweise über ihre Gewinne selbst verfügen, die so nicht erst über den Umweg eines neuen Kostenvoranschlags zurückkehrten. Termini wie »Stimulierung« und »materielle Interessiertheit« avancierten zu Modewörtern. Damit war deutlich geworden, daß der vorhandene betriebliche und individuelle Eigennutzen endlich anerkannt werden mußte und die Teilinteressen nicht von selbst sich dem gedachten Gesamtinteresse anschmiegten.

Theoretisch kreisten die Debatten um die These, daß der Preis nicht einfach durch die individuellen Produktionskosten oder eine politische Willensentscheidung bestimmt werden dürfe, sondern im gesellschaftlichen Durchschnitt quasi-objektiv ermittelt werden müsse - und daß das auch möglich sei. Der Wert und damit der Preis einer Ware sollte nun also durch die Marktverästelungen hindurch nachgerechnet werden. Hatten sich die Planungsinstanzen bislang als souveräne Herren über Preise und Marktbeziehungen geriert, so wollten die Reformer sie nun dazu anhalten, objektiven Preisbildungsprozessen nachzuspüren und sie gegenüber den Einzelbetrieben zu vertreten. Dies bedeutete für die Praxis, daß die Durchschnittskosten einer Branche plus einem prozentualen Gewinnaufschlag den Preis bestimmen sollten. Lag ein Einzelbetrieb mit seiner Produktion über dem so ermittelten Preis, so sollte ihm dies von seinem Gewinn abgezogen

werden. Qualität, Neuheit, gesellschaftlichen Nutzen etc. wollte die Administration dagegen gesondert honorieren, um, mit dem Ziel der Kosteneinsparung und Intensivierung der Produktion, die Betriebe zusätzlich zur »positiven« Konkurrenz untereinander zu stimulieren.

Der Erfolg blieb leider aus. Zum einen war der Genosse Hauptbuchhalter nun angehalten, so viel »Qualität« wie nur möglich in den Preis einzurechnen. Das System der allseitigen Schummelei wurde keineswegs aufgegeben. Zum andern verlagerte sich die »negative Konkurrenz«, vermittelt über den Durchschnittspreis, nur stärker auf die Ebene der Branchenministerien, die zudem in den 70er Jahren wieder mehr Einfluß erhielten. Das Ziel, die Betriebe zu mehr Eigenständigkeit und Rentabilität zu zwingen, wurde jedenfalls nicht erreicht. Lediglich großangelegte Experimente mit Preisfreigaben und Gewinnstimuli in einzelnen hochentwickelten Branchen zeitigten beschränkte Erfolge. Hier wirkte allerdings nicht irgendein neuer Mechanismus, sondern der platteste Prämienanreiz, letztendlich also die staatliche Subventionierung.

Insgesamt sind die Reformansätze der 60er Jahre nach kurzer Zeit bereits sanft entschlummert, weder eine Preisfreigabe noch eine Preisreform konnten durchgeführt werden. Kennzifferreduzierung, Gewinnbeteiligung und andere Freiheiten für die Betriebe wurden schnell wieder durch Disziplinierungsmaßnahmen (Prämien und Strafen) ersetzt, da die gewünschten Folgen ausblieben. Es gelang der Sowjetunion nicht, auf die überfällige Intensivierung der Produktion umzuschalten. Die Produktivitätsentwicklung blieb hoffnungslos hinter dem Weltniveau zurück.

Im reformerischen Dornröschenschlaf der 70er Jahre blieben alle inneren Widersprüche einstweilen unter dem Deckel der staatlichen Bürokratie, die Folgekosten aber häuften sich. Die Sowjetunion war weniger denn je in der Lage, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Industrieprodukte ließen sich nur mit staatlichen Subventionen exportieren, ansonsten konnte das Land sich nur als Rohstoffproduzent über Wasser halten. Damit stand natürlich auch die Weltmachtrolle der UdSSR in Frage.

Die Bremskraft der »negativen Konkurrenz«, die die marktförmige Planwirtschaft ihr Lebtag begleitet hatte, wurde für das realsozialistische System lebensbedrohlich, als sich Anfang der 80er Jahre auch noch die terms of trade stark zuungunsten der Rohstoffproduzenten verschoben. Unter diesen Bedingungen trat die sowjetische Führung jene panische Flucht nach vorn an, die unter dem Stichwort ‘Perestroika’ bekannt geworden ist. Vom aussichtslosen Kampf gegen das einzelbetriebliche Interesse ermattet, zielte das Reformprogramm unter Gorbatschow auf die offensive Kapitulation vor den Kräften des Marktes. Während Stalin dessen »invisible hand« souverän dirigieren wollte und die Reformer der 60er Jahre die objektiven Marktgesetze immerhin noch anzuwenden« beabsichtigten, zeigte Gorbatschow sich nun wild entschlossen, seinen Geist in die Hand des allmächtigen Marktes zu befehlen, was zur Folge hatte, daß die ohnehin längst ausgehöhlten Zugriffsmöglichkeiten der zentralen staatlichen Apparate weiter erodierten. Damit aber tritt der Grundwiderspruch zwischen einzelbetrieblichem Egoismus und staatlichem Planungsbemühen nur immer krasser zutage.

An die Stelle scheinhafter Planerfüllung ist mittlerweile die schiere Ignoranz gegenüber den zentral festgelegten Vorgaben und Verpflichtungen gerückt. Längst ist der Plan bloß noch Makulatur. Die ein gutes Stück schon losgelassenen Marktkräfte machen sich nicht segenspendend bemerkbar, sondern kommen in einer universellen Expansion des Schwarzmarktes zur Geltung, da die sowjetischen Einzelbetriebe, die sich längst um ihre offiziellen, aber wenig profitablen Lieferverpflichtungen nicht mehr kümmern, sich stattdessen der lukrativeren Schattenwirtschaft zuwenden oder sich und ihre Belegschaft ohne Rücksicht auf ihre bisherigen Kunden mit unmittelbaren Tauschgeschäften von Betrieb zu Betrieb über Wasser halten. Das Geflecht wirtschaftlicherBeziehungen zerreißt, und das Austrocknen der administrativ festgesetzten Ressourcenflüsse paralysiert sowohl die Produktion als auch die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Wehe den wirtschaftlichen Einheiten, die kein attraktives Gut in Ringtauschgeschäfte einzubringen haben und auf die Kanäle der offiziellen Wirtschaft angewiesen sind! Sie werden abgekoppelt und siechen dahin.

Wie weit der Desintegrationsprozeß schon gediehen ist, zeigen die Klagen von Betriebsdirektoren und lokalen Administratoren. Der Vizedirektor des Moskauer Automobilherstellers »Leninscher Komsomol«, Wolf Israelowitsch Kantor, mußte im März dieses Jahres einräumen, daß die Produktion in seinem Werk um ein Drittel gesunken ist, und macht dafür vor allem die Zulieferer des Unternehmens verantwortlich: »Es gibt keinen Mechanismus mehr, der unsere Lieferanten zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zwingt.« Dementsprechend skeptisch steht er mit vielen seiner Kollegen denn auch dem proklamierten Übergang zur Marktwirtschaft gegenüber: »Heute schimpft man überall auf das alte System, das so schlecht gearbeitet hat, aber auch wenn das System schlecht war, es war wenigstens ein System, das funktionierte.« Mit ganz ähnlichen Problemen muß sich auch der Präsident des Exekutivkomitees von Swerdlowsk, Juri Nowikow, herumschlagen. Die Versorgungslage seiner Stadt ist prekär: »Die anderen Regionen müssen uns mit Fleisch und Milch versorgen. Aber sie respektieren ihre Verträge nicht mehr, obwohl wir ihnen im Gegenzug die vorgesehenen Industrieprodukte liefern.« Juri Samarin, der Vorsitzende des Swerdlowsker Stadtsowjets, weiß, warum das so ist: »Die mafiaartige Aufteilung einer Parallelwirtschaft führt dazu, daß die Verbraucher die Waren gar nicht mehr zu Gesicht bekommen.« Nowikow sieht sich daher genötigt, in seiner Region Lebensmittelkarten auszugeben. Sein Rivale Samarin

unterstützt prinzipiell zwar die geplante Maßnahme, zweifelt aber, Realist, der er ist, daran, daß es gelingen wird, das notwendige Papier für den Druck der Berechtigungsscheine zu organisieren.

Die Apologeten der Marktkräfte haben gegen die zunehmende Auszehrung der offiziellen Wirtschaft durch die Schattenwirtschaft ein Patentrezept auf Lager. Sie wollen die verheerende Wirkung des Heilmittels »freier Markt« ausgerechnet durch Erhöhung seiner Dosis außer Kraft setzen. Die Übermacht der Schattenwirtschaft löse sich in Wohlgefallen auf, so predigen sie, wenn die Preise liberalisiert werden und auf Schwarzmarktniveau steigen. Im Klartext heißt das: Der Schwarzmarkt verschwindet, sobald er nur verallgemeinert wird.

Die bedingungslose Kapitulation der Planwirtschaft und der Übergang zum unreglementierten Markt lassen sich zwar fordern, es ist jedoch keine sowjetische Führung denkbar, die sie realisieren könnte. In die Tat umgesetzt, wäre diese Maßnahme nicht nur gleichbedeutend mit dem Bankrott der meisten sowjetischen Betriebe, sie würde auch das Gros der Bevölkerung weit unter das Existenzminimum drücken. Selbst die Parteizeitung »Prawda« mußte einräumen, daß eine Wirtschaftspolitik, die auf Rentabilität setzt, die Stillegung der meisten Kohlenzechen nach sich ziehen würde, und in anderen Wirtschaftsbereichen herrschen ganz ähnliche Verhältnisse. Schon Polen und Ungarn, Länder, die sich unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen der marktwirtschaftlichen Roßkur unterzogen haben, müssen dafür gegenwärtig einen hohen Preis zahlen. Obwohl dort die staatlichen Eingriffe ins Preissystem niemals einen vergleichbaren Umfang hatten wie in der Sowjetunion, und trotz eines weit überlegenen Produktivitätsniveaus, sank in Polen allein 1990 die Industrieproduktion um 25 Prozent und in Ungarn immerhin noch um 10 Prozent, ohne daß eine Wende zum Besseren absehbar wäre. In der Sowjetunion aber hätten der Abschied vom Dirigismus und die Preisfreigabe binnen Jahresfrist wahrscheinlich dreimal so hohe Einbrüche bei der Industrieproduktion zur Folge. Die Zahl der sowjetischen Arbeitslosen, die mittlerweile bereits auf 30 Millionen geschätzt wird, dürfte dann schnurstracks der 100-Millionengrenze zustreben. Wo der deregulierte Markt über den Wert der sowjetischen Arbeit zu befinden hat, lautet sein Urteil unmißverständlich: rien ne va plus, die Sowjetunion ist stillzulegen, ihre Population ist vom Standpunkt des (Welt-)Marktes aus ganz und gar überflüssig!

Vor diesem Hintergrund wird dieim Westen bekrittelte schwankende Wirtschaftspolitik Gorbatschows verständlich. Der Rückweg in eine einigermaßen funktionierende ‘Kommandowirtschaft’ ist verschlossen, die angesteuerte Entfesselung der Marktkräfte aber bleibt graue Theorie, die, in die Tat umgesetzt, mit dem Harakiri des Landes identisch wäre. Der hochgelobte Schatalinplan, der in 500 Tagen den Übergang zu freier Marktwirtschaft, konvertibler Währung, Preisfreigabe und Privatisierung versprach, ist schon im Herbst letzten Jahres sang- und klanglos wieder in den Schubladen verschwunden. Das lag aber nicht in erster Linie, wie allgemein angenommen, am zähen politischen Widerstand ‘konservativer` Kreise. Das »Konzept«, das Schatalin und seine Mitarbeiter entworfen hatten, war in Wahrheit gar keins, sondern bloß eine Aneinanderreihung marktwirtschaftlicher Phrasen, deren Aussagegehalt etwa zwischen einem Marlboro-Werbespot und einer Kohlrede anzusiedeln ist.

Wie wenig Aussicht auf Realisierung etwa Schatalins Lieblingssteckenpferd ‘Privatisierung’ hat, zeigt schon eine oberflächliche Betrachtung der übrigen ehemaligen RGW-Staaten. Im rigoros auf Marktwirtschaft orientierten Polen umfaßt der staatliche Sektor heute trotz großer Entstaatlichungsanstrengungen 90 Prozent aller Unternehmen, ebenso in der CSFR, und selbst in der ehemaligen DDR ist die Privatisierung bekanntlich ein mehr oder minder aussichtsloses Geschäft. Betriebe, die keinen Gewinn machen können, finden selten Liebhaber. Osteuropa hat die Privatisierung nicht etwa noch vor, sondern zum größeren Teil bereits hinter sich. Die wenigen Rosinen werden schnell herausgepickt, der Rest bleibt unvermeidlich in der Hand des Staates. Das gilt erst recht für die Sowjetunion, wo sich die Wirtschaft in einem noch weit desolateren Zustand befindet als in Ostmitteleuropa. Ministerpräsident Pawlow hat zwar Ende Juni, an den Schatalinplan anknüpfend, ein Privatisierungsgesetz vorgelegt, demzufolge 1995 nur noch 10 bis 15 Prozent des Maschinenbaus und 20 bis 30 Prozent der Metallurgie in Staatsbesitz sein sollen. Um diesen Plan zu realisieren, müßte er die notwendigen Käufer jedoch schon mit vorgehaltener Schußwaffe zwangsrekrutieren lassen. Auch wer kein Prophet ist, kann heute schon voraussagen, daß Pawlows Hoffnung, durch Entstaatlichung und Privatisierung sich die mit Milliarden Rubeln aus der Staatskasse subventionierten Kombinate vom Hals zu schaffen, sich nicht erfüllen wird. Der erbitterte Streit zwischen Konservativen und Reformern, ob der Erwerb von Eigentum an Produktionsmitteln auch ausländischen Investoren gestattet werden sollte, hat daher leicht irreale Züge, und auf den »Ausverkauf« der UdSSR durch multinationale Konzerne braucht niemand zu spekulieren. Westliche Manager kalkulieren für gewöhnlich knallhart und lassen sich in ihren Entscheidungen selten von philanthropischen Regungen - ‘Erhaltung von Arbeitsplätzen’ - leiten.

Die prekäre Lage, in der sich die Moskauer Zentrale befindet, verhindert paradoxerweise gleichermaßen die Aufrechterhaltung wie die Beseitigung der alten ‘Kommandoökonomie’. Schon weil er den Lebenssaft einer jeden freien Marktwirtschaft - Geld, das ernstgenommen wird - nicht herstellen kann, ist der sowjetische Staat außerstande, die Planwirtschaft zu suspendieren. Es existiert aber noch immer kein Rezept, das den nach wie vor nicht konvertierbaren Rubel in eine funktionsfähige Währung verwandeln könnte, weder nach innen, geschweige denn nach außen.

Der Kern des Währungsproblems ist der Staatshaushalt. Die Auflösung des planwirtschaftlichen Distributionsgefüges trifft nicht nur die Verknüpfung der Einzelbetriebe untereinander, sie schlägt sich auch auf Seiten des Staates nieder, dessen enormen Belastungen durch das Subventionssystem keine vergleichbaren Einnahmen mehr gegenüberstehen. Der durch die Sezessionsbestrebungen der Einzelrepubliken potenzierte Kompetenzwirrwarr tut ein übriges, um die Unionsregierung an der notwendigen Abschöpfung der Gewinne zu hindern, die somit auch nicht für die Deckung des allein für 1991 auf wenigstens 120 Mrd. Rubel geschätzten Haushaltsdefizits zur Verfügung stehen. Sowenig Chruschtschows Nachfolger die Parole vom wirtschaftlichen »Einholen und Überholen« ansonsten einlösen konnten, beim Schuldenmachen ist es ihnen tatsächlich gelungen, mit den USA gleichzuziehen.

Anders als den Vereinigten Staaten stehen der Sowjetunion aber zur Finanzierung ihres Defizits nicht alle Geldmärkte dieser Welt offen. Als einzige innersowjetische »Finanzierungsmöglichkeit« bleibt der Regierung die Notenpresse, von der sie denn auch in ständig steigendem Umfang Gebrauch macht. Sie »deckt« ihre laufenden Ausgaben durch eine Aufblähung der Geldmenge, der keine entsprechende Masse von Waren gegenübersteht, und produziert so ein riesiges Inflationspotential. Der Einzug aller 50- und 100-Rubelscheine im Januar dieses Jahres hatte nur kosmetische Wirkung, ebenso wie die drastische Preiserhöhung im April. Zwar haben sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung dadurch massiv verschlechtert, den Ruin des sowjetischen Staates und seiner Währung haben diese Maßnahmen jedoch nicht aufhalten können. Dollar und Mark verdrängen zusehends den wertlos gewordenen Rubel. Wer in Moskau Taxi fahren will, braucht dazu Devisen, wer sich Fleisch leisten will sowieso. Der Staatsbankrott prolongiert auf unabsehbare Zeit den Zwang zur Devisenbewirtschaftung, da ein Staat nun mal, anders als ein privater Unternehmer, nicht einfach Konkurs anmelden und alle Zahlungen einstellen kann.

Der allgemeine Ruin macht sich natürlich auch in den Außenbeziehungen bemerkbar. Die Exportwirtschaft hat prozentual sogar besonders gelitten. Die Erdölproduktion, die rund 60 Prozent der in konvertiblen Währungen erwirtschafteten Devisen abwarf, sinkt seit zwei Jahren rapide, aber die überfällige Erneuerung der Anlagen unterbleibt, weil die dafür notwendigen Devisen fehlen. Wenn die Entwicklung so weitergeht, ist die Sowjetunion spätestens 1993 auf Ölimporte angewiesen.

Doch schon heute ist die Zahlungsbilanz hochgradig defizitär. Allein die Rückstände belaufen sich auf mittlerweile 4 Mrd. Mark. Der Schuldenberg bei ausländischen Banken hat sich seit dem Beginn der Perestroika 1984 von 5,3 Mrd. auf 33 Mrd. Dollar erhöht. Kein Wunder, daß die Geschäftsbanken nicht länger mehr bereit sind, das Risiko für Kredite an die SU, die einst als verläßlicher Schuldner galt, selbst zu tragen. Nur wenn westliche Regierungen mit Bürgschaften einspringen, kann die Sowjetunion noch mit Frischgeldzufuhr rechnen, und auch westliche Lieferanten halten sich ausgesprochen zurück, sofern nicht ihre Regierung die Zahlungsverpflichtungen absichert. Dementsprechend rückläufig sind die westlichen Exporte in die Sowjetunion, und seitdem im Januar dieses Jahres der Handel mit den ehemaligen RGW-Ländern in Hartwährung abgerechnet wird, ist er um glatte 40-50 Prozent eingebrochen. Die Zahlungsunfähigkeit der UdSSR droht das Land von lebenswichtigen Importen abzuschneiden.

Gegenwärtig steuert die sowjetische Führung, deren Selbstverständnis sich mittlerweile mit Helmut Schmidts pointierter Formel von der Sowjetunion als einem »Obervolta mit Atomraketen« decken dürfte, demütig die Aufnahme in den IWF an. Schon längst sind die Reformer an der Aufgabe verzweifelt, aus eigener Kraft die ruinierte Ökonomie auf Vordermann zu bringen. Einzig die verzweifelte Hoffnung ist ihnen noch geblieben, daß die westlichen Staaten den Untergang der Sowjetunion im Chaos nicht zulassen werden, weil dies auch für sie ein unkalkulierbares Risiko bedeutete.

Das vordringlichste Ziel der sowjetischen Außenpolitik ist und bleibt daher die Beschaffung von ausländischem Geldkapital. Da dies nur noch politisch über die westlichen Staaten und internationalen Institutionen möglich ist, ist die Gorbatschow-Administration, die zudem feststellen mußte, daß ihr für 1992 voraussichtlich ganze 1,5 Mrd. Rubel in frei konvertierbarer Währung für die Entwicklung aller Wirtschaftsbereiche zur Verfügung stehen, eifrig bemüht, deren Wohlwollen gewinnen. Hatte sich im letzten Winter noch eine ‘konservative’ Wende angedeutet, so sah sich die sowjetische Regierung angesichts der verheerenden Devisenlage genötigt, mit einer neuerlichen marktwirtschaftlichen Wendung gut Wetter bei den westlichen institutionellen Kreditgebern zu machen. Dementsprechend hat Gorbatschow die im Westen so beliebten Marktideologen reaktiviert und dafür gesorgt, daß der von Grigori Jawlinski unter Mittäterschaft einiger Harvardprofessoren fabrizierte Neuaufguß des Schatalinplans termingerecht für den Londoner Weltwirtschaftsgipfel zur Richtlinie der offiziellen sowjetischen Politik avancierte. Ob dieser Wechsel auf Selbsttäuschung beruht oder ob es sich dabei nur um einen PR-Trick handelt, die beabsichtigte Reaktion blieb nicht aus. Während im April US-Präsident Bush die UdSSR noch als »nicht kreditwürdig« bezeichnet und der japanische Finanzminister sich allen Kreditwünschen gegenüber recht spröde gezeigt hatte, darf Gorbatschow jetzt wenigstens vom Katzentisch aus in London seine Bitten vortragen.

Würde die angestrebte enorme Kreditsumme von 30 Mrd. Dollar pro Jahr gewährt, so könnte sie dennoch allenfalls die gröbsten Zahlungsschwierigkeiten der Sowjetunion überbrücken. Der Übergang zur Marktwirtschaft läßt sich mit diesem Betrag ebensowenig bewerkstelligen wie mit einem zehnfach höheren. Er ist logisch unmöglich, das heißt praktisch

unbezahlbar. Die »Zeit«-Autorin Maria Huber, wahrlich keine Gegnerin des freien Marktes, hat über die Konzepte Jawlinskis und seiner amerikanischen Freunde angemerkt: »Inzwischen versprechen amerikanische Wunderdoktoren der Harvard-Universität wie Jeffrey Sachs und Stan Fischer, mit jährlichen Dollar-Spritzen von dreißig Milliarden könne die Sowjetunion in fünf Jahren saniert werden. Daß dies wohl eine Milchmädchenrechnung bleiben wird, macht schon der Hinweis von McKinsey-Chef Herbert Henzler deutlich, wonach allein für die Gesundung der DDR-Wirtschaft 800 Milliarden Mark vonnöten seien.«

Die realsozialistische Planökonomie läßt sich nicht in eine freie Marktwirtschaft verwandeln, weil sie schon immer deren (unentwickelten Verhältnissen geschuldete) Abart gewesen ist und ihr besonderes Elend nur das allgemeine Elend der marktförmigen Vergesellschaftung ankündigt.

Ernst Lohoff und Johanna W. Stahlmann sind Redaktionsmitglieder der Zeitschrift »Krisis«

Konkret 08/91, S. 36

Ernst Kahl

Zähmen gilt nicht

Ein Bericht über Musik im allgemeinen und im besonderen: über die Goldenen Zitronen, die letzte Mohikaner-Band Deutschlands

Der Booker

Wie bitte? Sie kennen Jaki Eldorado nicht?!! Dann blättern wir gleich malgemeinsam in dieser alten Ausgabe der Illustrierten »Stern«... Moment, wo war das noch? Ausgerechnet die Seite mit dem Artikel über Punk-Urvater Iggy Pop: rausgerissen. Ich hätt's Ihnen gern gezeigt, das Foto: Iggy on stage, total over, ist grad dabei, mit 'ner Flaschenscherbe seine paar Brusthaare zu spalten, während einer aus dem durchgeknallten Publikum Schweiß aus Iggies vibrierender linker Kniekehle schlotzt. Die Bildunterschrift ging ungefähr so: Das Schreckgespenst und sein Fan, der erste Punk Deutschlands. Zack, da hatte der sein Etikett. Heute ist Jaki Eldorado, erster Punk Deutschlands, Booker. He books Bands wie Abwärts, Einstürzende Neubauten und die Goldenen Zitronen.

Die Gästeliste

Ich rasselte mit ihm zusammen, als ich in ein Markthallenkonzert wollte. Hardy Kayser, begnadetster Zupfer Hamburgs und tragende Säule der Trinkenden Jugend, hatte meinen Namen auf die Gästeliste setzen lassen. »15 Mark«, sagt die Kassendame. »Haha«, lache ich, »ohne mich! Haha. Ich steh nämlich auf der Gästeliste.« Und ich sage meinen Namen, und der steht tatsächlich drauf, und ich darf für umsonst rein, leider, und überleg mir grad, wie die eingesparten Märker genußbringend anzulegen wären, als der schnieke Menjoubartkater neben der Kasse knurrt, daß solche, die's am wenigsten nötig hätten, die Geizigsten wären. Das war Jaki Eldorado. Und ich war das letzte Mal auf 'ner Gästeliste, weil, auf so'n Image kann man verzichten.

Gucken Sie sich mal die Leute an, die reinkommen, ohne Eintritt zahlen zu müssen! Funk und Fernsehen, Musikbranche, Presse, Notleider also. Mir zähle mal einer zusammen, wieviel Kohle diese Leute den Bands im Jahr vorenthalten! Wenn sie wenigstens dankbar wären, sich still hinsetzten und der Musik lauschten, bereit, so sie Kritiker sind, wohlwollend darüber zu berichten! Nix. Stehn da langweilig rum und quatschen dazwischen, tun so,als hätten sie alles schon mal gehört. Fehlt nur, daß sie auch noch drei Freigetränke hätten. Also:

Kulturnassauer, runter von den Gästelisten! Rabattmarken für den Eintrittsgeld um Eintrittsgeld sich vom Munde absparenden armen Fan!

Was macht der Booker?

Jaki Eldorado macht den Tourplan für die Band, er sucht nach dem für sie am besten geeigneten Veranstaltungslokal. Für die Goldenen Zitronen gilt: Nicht zu groß, nicht zu klein, aber drollig muß es sein, das Veranstaltungslokal. Aber er kümmert sich auch um Übernachtungsmöglichkeiten, und er läßt Plakate drucken, kurz: Dem Zufall ist der Booker ein schlechter Partner, dem überläßt er so gut wie gar nichts.

Dafür kriegt Eldorado 15 Prozent der von den Zitronen herausgespielten Einnahmen. Die Zitronen sagen, Eldorado ist okay, und ich behaupte, daß er einen grandcanyontiefen Sprung in der Schüssel hatte, als er Anfang des Jahres Gigs für diese sympathische Bank in der DDR klarmachte. Am 19.4. Hoyerswerda, Jugendclub Ostrowski, am 20!4! Leipzig, weiß nich, wo da.

Der geplatzte Auftritt

Wenn meine Tinte (Ja, ich benutze Feder und Tinte, Schreibmaschine kann ich nicht, und Computer ist vom Teufel) sich mit Zähren aus meinen Augen mischt, wenn die Schrift schließlich durchsichtig und unlesbar wird, dann schreibe ich gerade einen sehr sehr traurigen Bericht. Um der Augenhydraulik Herr zu werden, erlaube ich mir einen kleinen Kunstgriff: Ich setz dem Bericht eine Kaspermütze auf: Schorsch Kamerun, Frau Rabe, Psycho I, Enno Palucca, Ted Gaier, die Goldenen Zitronen also und deren Road- und Tourmanager Jensen nähern sich im knatternden Musikmobil dem 15.000 Einwohnerstädtchen Hoyerswerda bei Cottbus. Und nun kommt die Kaspermütze: Jensen ist nicht mehr Jensen, Jensen ist Klaus Lage (Tausendmal berührt). Und auch die anderen heißen plötzlich ganz anders. Da ist die Geschichte nicht mehr gar so traurig, und die Schrift bleibt lesbar.

Morgengedanken

Bis vor kurzem hatte ich geglaubt, der Klaus Lage wär'n ziemlicher Brecher, im Fernsehen wirkt er so. Aber dann sah ich ihn mal in Natura und dachte, das kann doch wohl nicht wahr sein, und fragte, sind Sie nicht Klaus Lage, der berühmte Senger? Und er ganz bescheiden: Ja, aber Sänger mit a-Umlaut. Und ich dachte, das kann doch wohl nicht wahr sein, vielleicht grad mal einssechzig hoch, das Männlein. Warum glaubt das Fernsehen eigentlich, die Leute immer auf Norm strecken zu müssen? Marianne Rosenberg ist, auf gut Deutsch gesagt, auch nicht gerade hoch. Die läßt man im TV immer vor Kinderspielplatzhäuschen singen oder zwischen als Schäferhunde verkleideten Chihuahuas, bloß, um Marianne kompakter wirken zu lassen. Warum nur? Oder Hopkins, Schotte und Sänger von Lake, der sich jüngst mit Heroin über den Jordan schoß (halten Sie von Lake, was sie wollen, aber Hopkins, dieser dicke, humpelnde Junge mit den roten Haaren, war in Ordnung), diesem Hopkins pflegte die Visagistin in der Maske vor Auftritten im deutschen TV immer provisorisch die Gebißruine zu sanieren. Mit Stiftzähnen. Damit es die Zuschauer nicht ekelte, wenn er beim Singen den Mund aufriß. Hopkins ließ das mit sich machen. Jensen, Roady der Zitronen, ist nebenbei auch noch Sänger der Band Angeschissen. Jensen, schönster Mann Deutschlands, ist bissig, aber zahnlos. Er läßt sich nichts einsetzen. Darum sehen wir Angeschissen auch nie im Fernsehen, (immer bloß im Hansa Theater, kleiner Scherz).

Die Zitronen waren schon im Fernsehen. Ungeschminkt und angezogen, wie sie wollten. Fragen Sie mich nicht, wie sie da reinkamen. Vielleicht hatte das etwas mit ihrem Fun Punk zu tun, schrill und harmlos. Musikclowns, die nichts mit sich machen ließen und alles taten, was von ihnen erwartet wurde. Zum Playback bewegten sie sich falsch, das Schlagzeug total daneben, der Sänger schwieg. Der Regisseur war begeistert. Und die Zitronen ahnten, daß es an der Zeit war, sich vom Fun Punk zu verabschieden. Was sie dann auch taten. Bravo.

Apropos Playback: Playbackpräzisionsvokalist Chris Roberts gibt, wenn's Playback leise ausklingt, der Stimme nochmal richtig Saures, die Kropfadern schwellen und alle hören: das ist nicht aus der Konserve, das ist Gemüse, direkt vom Erzeuger.

Das wärs!

Howard-Carpendale-Konzert. Wunderschön, die Dame mit dem Vergißmeinnicht in der ersten Reihe. Howard weiß, wie man's macht. Zwei, drei Mal nur schießt er seinen Kugelblitzblick in ihre Pupille, das genügt. Wenn sie am Schluß des Konzertes auf die Bühne kommt und ihm das Vergißmeinnicht zusteckt, wird er ihr was in's Ohr flüstern. Wir wissen nicht, was er ihr in's Ohr flüstern wird, aber wir können's uns ungefähr denken: »Komm nachher in meine Umkleidekabine, ich habe Depressionen.« Wenig später klopft es an die Tür von Howards Umkleidekabine. Er öffnet erfreut, aber die Freude ist von kurzer Dauer; denn da steht der Gatte der schönen Dame, ein ehemaliger Weltmeister im Zementsackweitwurf.

Das war gestern. Und heute singt Howard in der Tele-Illustrierten. Mit blauem Auge und mit einer von einem morphiumsüchtigen Notarzt mehr schlecht als recht zusammengenähten Unterlippe. Das Singen schmerzt ihn, aber sein Song kommt zum ersten Mal richtig gut rüber: »Nachts, wenn alles schläft, möchte ich bei dir sein...« Und die Damen auf der Zuschauertribüne leiden mit ihm und rufen: »Halt durch, Howie, du schaffst es!« Dann der Schluß-Akkord. Tosender Beifall. Howie weint. Das wär's!

Der geplatzte Auftritt

(Bericht mit Kaspermütze)

Klaus Lage steuert, Wolfgang Niedecken (Verdammt lang her, Allet im Lot, Dat Camel krie'n mer schon hin) neben ihm macht den Lotsen, Landkarte auf'm Schoß. Hinter ihnen spielen Herbert Grönemeyer, Konstantin Wecker und Mario Müllers Westernhagen Mau Mau. Was soll das, bellt Herbert nach jedem Stich von Mario. Der summt »Freiheit, Freiheit« und schmeißt immer wieder mal einen Blick aus dem Fenster in die diesige Landschaft. Einer fehlt noch! Zwischen Verstärkern und Guitarrenkoffern liegt H.R. Kunze und schnurchelt friedlich.

Klaus drückt auf die Tube, denn sie sind spät dran, heute am 19.4. Endlich, Hoyerswerda! Dunkel war's, das Licht schien helle, als ein Wagen blitzeschnelle langsam um die Ecke fuhr. Niedecken kurbelt das Fenster runter. »Tschuldi bap dap Jubababa?« Älterer Passant: »Das Jugendzentrum? Gradeaus, zweite Straße rechts und dann auf'n Hof.«

»Normalerweise«, so Herbert später, »wären wir nicht so unvorsichtig gewesen, aber wir hatten's eilig, wollten die Fans nicht warten lassen. Normalerweise hätten wir's gerochen, daß hier was nicht stimmte.«

Auf dem Hof vor einem Schuppen lauert eine Gruppe Jugendlicher in Uniformen aus Idi Amins Militärrestbeständen. Lage und Niedecken hin. »Nabend, ist das hier das Jugendzentrum Ostrowski?« Eisiges Schweigen. Dann: »Nee, das hier is'n rechtsradikales Zentrum!« »Tschuldigung und nichts für ungut« (nichts für ungut ist gut, nich?). Lage und Niedecken schaffen's grad noch, die Türen von innen zu verriegeln, da ist der Wagen auch schon umstellt. »Haut ab, ihr Pollacken! Linkes Gesox! Rotfront verrecke!« Glas splittert, ein Stein schrammt Lages Schädel und landet auf Kunzes Bauch. Kunze ist mit diesem Schlag hellwach, blickt aber rein gar nichts. Die Jungnazis haben Tränengas und sprühen, was die Dose hält.

Mit Eisenstangen dreschen sie auf den Wagen ein. Grönemeyer zieht den blutenden halbblinden Lage auf den Rücksitz, wirft sich an's Steuer und setzt nach hinten, knallt gegen einen Baum, Teile der Anlage poltern hinaus. Die Meute johlt. Schon gibt ein Reifen seine Luft auf. Mario Müllers Westernhagen lehnt wie'n Lokomotivführer aus dem Fenster, will Grönemeyer Orientierungshilfe geben, ein etwa 14jähriger Bengel packt ihn bei den Haaren, Müllers Westernhagen schickt ihn mit einem Faustschlag unter die Räder, erster Blutzoll für die nationale Bewegung? Der Knabe windet sich da irgendwie raus und sucht jaulend das Weite. Vor dem Wagen steht ein Glatzkopf, zieht grinsend einen Revolver aus der Bomberjacke, in diesem Moment denkt Heinz Rudolf Kunze, jetzt ist es aus. Später zählt die Polizei acht Einschußlöcher in der Windschutzscheibe.

Kein Vergleich

Sicher versäumen die Naturverbundenen unter Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, nur selten eine der Sielmannschen Sendungen über's Tierreich. Diesmal führt Heinz uns in die afrikanische Savanne. Der Löwe schlägt ein Zebrafohlen. Mit einem Biß zermalmt er die Halswirbelknochen, da ... Wo? Na, da! Die rollige Löwin! Ihre Lockdüfte rauben ihm all sein bißchen Verstand, sein Appetit ist wie fortgeblasen, er läßt das Essen im wahrsten Sinne des Wortes stehn. Auf wackligen Beinen. Und schon schleichen sie heran, die feigen braunen Schakale und zerfetzen dem sich so tapfer wehrenden wie chancenlosen Löwenfutter das schöne Fell, und ich schalte um auf 'Der Preis ist heiß'.

Wie er den Wagen aus diesem Inferno hat herausbugsieren können, weiß Grönemeyer bis heute nicht. Über eine Wiese erreichen sie die Straße, da blockieren die Bremsen. Ein Taxi bringt Kunze und Müllers Westernhagen zur örtlichen Polizeistation. Und im wenige Kilometer entfernten Jugendzentrum Ostrowski vermuten 30 ahnungslose Fans, daß mit einem Auftritt der Goldenen Zitronen höchstwahrscheinlich nicht mehr zu rechnen ist. Der Auftritt am 20.4. in Leipzig wird gecancelt. Noch heute martert sich Booker Eldorado mit Selbstvorwürfen; seiner Band ist ein für alle Mal der Bock auf DDR vergangen.

Die Goldenen Zitronen

Uns Hamburger Leserinnen und Lesern muß diese großartige Band nicht vorgestellt werden, wir sahen und hörten sie beim Hafenstraße-Solidaritätskonzert und bei »Schnauze, Deutschland!« in der Fabrik. Veranstaltungen, die ihr kein Geld und viel Ruhm brachten. Wir wissen, die Goldenen Zitronen tragen diesen ihren glanzvollen Namen zu Recht. Wie eigentlich hießen andere Bands, wäre das Wörterbuch des Obst- und Gemüsebauern ihre einzige Namensquelle? Die Münchner Freiheit würde sich in Die Keimende Schrumpfkartoffel umtaufen lassen müssen, die Jeremy Days wären Die Aufgeblasenen Gurken, und Bap hieße schlicht Erbse mit Köpfchen. Die Goldenen Zitronen aber blieben Die Goldenen Zitronen oder Die Goldies, wie die kleiner werdende Fangemeinde sie liebevoll nennen darf. Ja, früher, früher kamen während einer Tournee im Schnitt 400 Besucher pro Abend, heute sind's oft nicht mehr als zweihundert. Die Quittung dafür, daß sie (wo nur Joke ist, ist kein Joke mehr) sich von Klaus Fabians Weser Label lossagten und dessen Fun-Punk-Stall mit Bands wie den Abstürzenden Brieftauben und den Mimmies verließen, um die Wildsau rauszulassen. Statt »Für immer punk, das möchte ich sein, für immer punk« oder »Man kann auch ohne Arme und Beine die Sportschau seh'n« hauten sie dem irritierten Publikum plötzlich sowas um die Ohren:

»Hängt Joe!

Zweihunderttausend bei Pink Floyd,/ sie hatten Venedig dem Untergang geweiht,/ die, von denen Ihr dachtet, daß/ es sie nicht mehr gibt,/ sind zahlreich, dumm und grausam,/ und sie haben gesiegt,/ Freiheit nennen sie es, daß man wählen kann/ zwischen Boa, U2 und Grönemann./ Lüge nenn ich es, es ist Nötigung,/ Ihr kauft, was man Euch aufschwatzt,/ und Ihr kauft es stumm!/ 20 Jahre Woodstock - HA! Frieden und Liebe,/ die amen Irren wußten nichts von/ der Rockhorrormühle,/ und sie kaufen wie wild von dem/ jammernden Mann,/ diesem dummen Stück Scheiße, das nur/ ein Lied kann./ AUA, AUA, AUA, aufhören, es tut weh!/ Guns'n Roses sind miese Rassisten,/ sie verbergen es nicht, doch niemand/ stört sich daran./ Sie sind dumm wie Brot, ihre Masche/ steinalt, doch anscheinend modern mit/ ihrem Größenwahn.«

Der Anfang des Songs geht so:

(Notenskizze; Text: Zweihunderttausen)

Imponierend, nicht?

Und weil ich aus einer Umfrage weiß, daß die meisten von Ihnen keine Noten können, werfe ich den Rest der Partitur raus, um für Plattenempfehlung Nr. 1 Platz zu haben. »Fuck you« heißt die LP, und da ist neben »Schmeiß es weg«, »Alles was ich will (Nur die Regierung stürzen)«, »Liebe zu dritt« und anderen aufrüttelnden Titeln auch »Hängt Joe!« drauf. Eine mit viel Liebe zubereitete Scheibe, die schon vom Cover her ein absolutes Muß für den Raritätenschrank des Liebhabers

peripherer Musik sein sollte.

Plattenempfehlung Nr. 2

Für mich die LP des Quartals: »Punkrock« heißt sie und ist? Erraten, von den Systemshavers. Quatsch! Von den Goldenen Zitronen! Das reinste Rodeo. Hier wird sich mutig, aber gekonnt auf die widerspenstigen Böcke gesetzt, Böcke mit so klangvollen Namen wie Rockabilly, Trivialballade, Country oder einfach nur Minimalbeat. Draufbleiben ist angesagt, Zähmen gilt nicht. Produziert wurde das Ganze in England von keinem Geringeren als Wild Billy Childish. Wie heißt das Ding? Punkrock?

»Allerdings - Punkrock, zum Teufel! Aufgenommen und abgemischt vom 21.1. - 24.1.91 im Redstudio, Rochester, Kent. Yamaha, Marshall, Roland, fickt euch! It's a digital world, but we kill it! Diese Platte ist kein Zufall, vielmehr sind jegliche Zufälle beabsichtigt, du Sau! Willkommen in der G.Z., W.B. Childish-Front gegen die häßlichen 90er.«

Hörer, bleib bei deiner Rille

Der Gelegenheitsarbeiter in Holz, Matthias Süßebecker, und ich stellten Ihnen W.B. Childish, diesen genialischen Musiker, Dichter und Maler im Oktoberkonkret 1990 vor. »Ganz lustig, der Artikel! Origineller Typ«, fand damals ein Leser. »Und«, fragte ich,»schon 'ne Platte von dem bestellt oder einen Katalog bei Hangman Hamburg, Methfesselstr. 2, 2 Hamburg 50?« Stand ja drin im Heft, die Adresse. Kopfschütteln. Keine Spur des Interesses, aber »originell« finden. Watt de Buer nich kennt, datt hört he nich. Nach Erscheinen des Artikels gingen grad mal 12 Anfragen von Konkretlesern bei Hangman ein. Shame, shame, shame! Shame on YOU! Als ich neulichs im Studio eines Rundfunksenders war, bat ich die Interviewerin, doch mal einen Zitronensong auf Ätherreise zu schicken. »Gottbewahre«, lachte sie, »da laufen uns ja die Hörer weg! Die Hörer woll'n die wohltemperierte Sounddusche!« »Aber«, sagte ich, »Wechselbäder soll'n doch auch nicht gerade das Ungesündeste sein.« Darauf sie: »Mein Gott, sind Sie altmodisch!«

Im Tempelhof auf St. Pauli bringt eine Damencombo jeden Mittwoch ab Mitternacht zu Gehör, was das kulturfolgende Mittelmaß für Jazz hält, »Autumn Leaves«, »Night and Day« und anderen Schnickschnack. Ganz nett, hat die Anmutung eines Abschlußkonzertes des Leistungskurses Jazz der Rudolf-Steiner-Schule, Volksdorf. Und die Herren, die vorgestern auf Housemambo und gestern auf Psychotech abfuhren, stehn heute hier im Anzug, schnippen mit den Fingern und klatschen verhalten Beifall nach jedem vom Blatt gespielten Solo. Das macht man so beim Jazz. Vorgestern lauwarm geduscht, gestern lauwarm geduscht, heute lauwarm geduscht.

Independent sein und bleiben

»Ein Herz, das kann man nicht kaufen, auch wenn sich das mancher so denkt. Doch wenn man Glück hat, doch wenn man Glück hat, bekommt man es geschenkt.« (Margot Eskens)

Die Musik der Zitronen ist mal siedendheiß, mal bitterkalt. Glatter Sound ist ihnen ein Gräuel. (Wenn Sie glauben, ich wüßte nicht, wie ich Gräuel zu schreiben hätte, dann täuschen Sie sich.) Wenn andere Bands monatelang in den Studios feilen und polieren, basteln sie sich ihre Platte in wenigen Tagen zusammen. Wenn's nach dem Produzenten Childish gegangen wäre, hätten sie »Punkrock« auch an einem Tag hingekriegt. Vom Morgen bis Mittag: Einspielen (auf dem schon von den legendären Milkshakes benutzten Equipment). Vom Mittag bis frühen Abend: Abmischen (auf einem 8-Spur-Bandgerät) und in der Nacht das kratzbürstige Produkt begießen (in Billies Stamm-Pub »The Bell«).

Das war auch bei den Zitronen mal anders. Ihre erste LP »Porsche, Genscher, Hallo HSV!« wurde in der Ewigkeit von vier! Wochen produziert. Das Weser Label verkaufte über 30tausend, und da stand der smarte Herr Polydor auch schon vor dem Fenster des Übungsraumes und wedelte mit Schecks und Verträgen, und die Zitronen zeigten ihm den Vogel.

Als von ihrer zweiten LP »Kampfstern Mallorca dockt an« sich fast ebensoviel anschickten, über den Ladentisch zu wandern, drängelten sich der smarte Herr Polydor, die spitznasige Frau Teldec und der schweinsäugige Herr E.M.I. Germany vor ihrem Fenster und wedelten mit Schecks und Verträgen, aber die Zitronen beließen es jetzt nicht mehr beim Zeigen des Vogels, jetzt hetzten sie ihn auf sie, ihren bissigen Raben.

Die Zitronen wechselten zum Berliner Vielklang Label, das Die Ärzte herausgebracht hatte und heute mit Bands wie Poems for Laila und Rattlesnakemen zusammenarbeitet. »Vielklang, das sind gute Leute«, sagt Schorsch Kamerun, »die lassen uns machen und reden uns nicht in die Produktion rein.«

Nebenbei und doch nicht unwichtig: Childish bekam für seine Arbeit 1000 Mark, mehr wollte er nicht. Reich wird man selten in dieser Scene. Die Zitronen können ganz gut von ihrer Musik leben, und sie würden erst aufhören, wenn damit nix mehr zu verdienen wäre, Quatsch, heißen sie Rolling Stones? Die Zitronen hören auf, wenn's keinen Spaß mehr macht.

Manchmal allerdings waren sie nahe dran, einzupacken. Denken wir an die Tour nach Hoyerswerda oder an das Konzert Silvester ‘86 in Dortmund, als 200 Skins zur Hatz bliesen. »Was wollten die auch da in der Zone?« höre ich den Neunmalklugen sagen und: »Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.« Hinterher ist man meistens schlauer, manchmal aber auch vorher: Im September wird auf St. Pauli eine Riesenparty stattfinden. Unter dem Motto »Viva St. Pauli« wurden schon jetzt heimlich folgende Parolen ausgegeben: Solidarität mit der Hafenstraße, FC St. Pauli Fans gegen rechts, Friede den Hütten, Krieg den Palästen, Heroin-Dealer verpißt euch, Verkehrsberuhigung jetzt, Kampfhunde, Zähne raus! Beim »Viva St. Pauli«-Musikspektakel wären die Zitronen selbstverständlich dabei, wenn nicht, wie man hört, Herbert Grönemeyer, der mit seinem Lied »Sei schlau, wähl Rau« der SPD in NRW siegen half, dort auftreten würde. Mit dem Symphatisanten einer Partei, die die systematische Zerstörung sozialer Strukturen zugunsten der Vergnügungs-Kommerzscheiße auf St. Pauli vorantreibt, wollen die Zitronen nicht an einem Tag auf einer Bühne stehen. Vor den großen Friedefreudeeierkuchen-Karren lassen sie sich nicht spannen, da machen sie lieber in kleinen Läden schmutzige Musik und bleiben sauber.

Von Ernst Kahl ist gerade unter dem Titel »Kahl-Schläge« eine Sammlung seiner Cartoons und Strips erschienen (Galgenberg)

Konkret 08/91, S. 40

Initiative Sozialistisches Forum

Radioten im Dreyeckland

Südbaden, nach dem Golfkrieg: Die Auseinandersetzungen um die antizionistische Propaganda des links-alternativen »Radio Dreyeckland« - vgl. KONKRET 7/91 - zeigen die wiedergutgemachte Nation im Maßstab eines kommunalen Biotops

»Der Antisemitismus ... ist keine Doktrin, die kritisiert werden kann, sondern eine Haltung, deren soziale Wurzeln so geartet sind, daß sie keine Begründung erfordert. Man kann ihm keine Argumente entgegensetzen, denn er ist mit einer Reaktionsart verbunden, der die Beweisführung als Denkart fremd und verhaßt ist. Er ist ein Mangel an Kultur und Menschlichkeit, etwas, was im Gegensatz zu Theorie und Wissenschaft steht. Davon hat sich jeder überzeugt, der Gelegenheit hatte, mit einem Antisemiten eine jener hoffnungslosen Diskussionen zu führen, die immer dem Versuch ähneln, einem Tier das Sprechen beizubringen.«
Leszek Kolakowski

»Irak siegt!«: Was am 14. Januar 1991 - am Tag vor dem Beginn des Kriegs um Kuwait - die völkische Avantgarde des neuen Deutschland im südbadischen Ihringen an die Mauern des jüdischen Friedhofes schmierte, das strahlte auch das nach eigener Einschätzung »freie, antikommerzielle und linke Regionalradio Dreyeckland« (RDL) über 102,3 Megahertz aus, nur eben alternativ, pazifistisch, linksnationalistisch, antiimperialistisch. Die Experten der Redaktion ‘Hintergründe des Golfkrieges’ besorgten es, die öffentlich-rechtliche Propaganda mit alternativer Agitation zu kontern. Und weil sich die staatstragende Reklame für den Krieg israelfreundlich und philosemitisch gab, darum ziemte sich für die alternative Gegenöffentlichkeit das genaue Gegenteil: Antizionismus und Antisemitismus.

Die Verbreitung unterdrückter Nachrichten gipfelte am 17. März in der Einladung von Prof. Dr. Helmut Spehl, eines Akademischen Oberrats am Physikalischen Institut der Freiburger Universität und leidenschaftlichen »Judenpflegers« (Eichmann in Jerusalem), zur Plauderstunde über »Israel, Palästina und die Deutschen«. Als Autor verschiedener auf eigene Kosten gedruckter und im Selbstverlag vertriebener Traktate hat er sich - so mit seiner 1978 in Freiburg erschienenen Schrift »Die Fortzeugung des Behemoth. Erwägungen zu einer integralen Wiedergutmachung« - in der Palästina-Solidaritätsbewegung als »wohl bester Kenner und unbestechlicher Kritiker des Zionismus in Westdeutschland« schon lange einen guten Namen gemacht. Spehls Schaffen läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß die Juden die Nazis von heute seien und die Okkupation der Westbank der moderne Holocaust. Die ‘integrale Wiedergutmachung’ bestünde darin, Israel eine deutsche Lektion in Sachen Antifaschismus zu verabreichen. »Hitlers Unstern ging im Nahen Osten auf, als er im Westen unterging«, meint Spehl; und jetzt organisiere die »jüdische Schnorrmaschine«, der Zionismus, »alles, was da kreucht und fleucht, schlingt und wuchert, buhlt und balzt, sich wichtig macht und duckt, Tachles redet und nicht mehr Schmonzes, was da mit Angelruten peitscht, das Kapitalverbrechen kapitalisiert, schnorrt und Geld gibt, damit die Moslems Fersengeld geben ...«

Ob es das gemeinsame Schicksal war, eine unterdrückte Meinung zu haben, was zur Einladung Spehls ins Dreyeckland-Studio führte, oder schon gleich das Interesse, mit einem gutbürgerlich kostümierten Volksgenossen Konsens-Dissens-Papiere über die richtige Bearbeitung der »Judenfrage« zu erarbeiten, ist erstens unbekannt und zweitens herzlich egal, denn drittens handelt es sich dabei um eine Antisemitenfrage und ein Antizionistenproblem. Jedenfalls zeigte die bereits 1983 vom »Nordirland-Info« ausgesprochene Empfehlung Wirkung, Helmut Spehl sei ein gegen die Versuchung des schnöden Mammons resistenter Israel-Kritiker, der sich von der »Kollektivschuld« gleich gar nicht ins Boxhorn jagen lasse. Ein Zitierkartell entstand, in dem ein Spezi vom anderen abschrieb. Und so geriet Spehls ‘Fortzeugung des Behemoth’ in einen Artikel der Nahost-Gruppe, der politischen Basis der Golfkriegs-Redaktion um den RDL-Moderator Christian Möller, und wurde zum Beleg der Gleichung »Zionismus = Faschismus« angeführt. Die Einladung sollte vielleicht ein Problem klären helfen, an dem die linken Volkstümler seit 1988 knabbern, seit sie beklagten, »wie schwierig es in der BRD (ist), Antizionist bzw. Antizionistin zu sein, zum einen, weil dieser Begriff heute auch von neonazistischen Gruppen mißbraucht wird, und zum anderen, weil die beiden Begriffe bewußt von der politischen Reaktion vertauscht werden«.

Die fixe Idee, die Nazis mißbrauchten die Begriffe ihres Führers, und der einigermaßen originelle Einfall, die Reaktion ginge mit den Begriffen um wie die Hütchenspieler in der Fußgängerzone von Bitterfeld, ließ die Genossen nicht ruhen. Es konnte einfach nicht sein, daß der Begriff des Zionismus mit Hitlers Definition, »der ganze Zionistenstaat (soll) nichts werden als die letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien« schon sein Bewenden haben sollte.

Nicht genug also, daß der verantwortliche Moderator, der für RDL auf Staatsknete Kontakt zu Ausländerinitiativen unterhält, die Jazz-Musik der Imperialisten wenigstens für die Dauer der US-Aggression gegen den friedliebenden Irak verboten wissen wollte; nicht genug, daß sich RDL mit Radio Bagdad zwecks Ausgewogenheit kurzschloß und Saddam Husseins Anweisungen an die »edlen Seelen der Friedensbewegung« verbreitete; nicht genug, daß die Reden des

völkischen Stalinisten Karam Khella, der Saddams Krieg als Fortsetzung der Intifada mit anderen Mitteln pries, über den Sender gingen; nicht genug, daß, wie die »Antifa«-Welle bei RDL jeden Freitag abend demonstriert, der südbadische Antifaschismus darin bestehen soll, das Volk von einer »Kollektivschuld« zu kurieren, unter der es mutmaßlich mächtig leidet, - mit der Einladung des Professors mußte überdies dokumentiert werden, daß der schon ideologiekritisch erhobene Befund, der Antizionismus sei tatsächlich Antisemitismus von links, auch detektivisch belegbar ist. Als sei das Maß noch immer nicht voll, mußte jetzt noch bewiesen werden, daß das gute Gewissen linker Israelfeinde so ungeheuerlich gut ist, daß sie in aller Unschuld die in der theoretischen Bahn ihres Gedankens liegende Konsequenz auch praktisch ziehen und, darin den Nationalbolschewisten der zwanziger Jahre, Karl Radek und Moeller van den Bruck vergleichbar, gemeinsam mit erklärten Reaktionären an der *reeducation* des zwangsparlamentarisierten Staatsvolks zur Volksgemeinschaft arbeiten. Dieser Volksfront habe es darum zu gehen, verriet der Professor dem Moderator am 24. April im Radio, »den Leuten die Peinlichkeit zu nehmen, über dieses Problem überhaupt zu reden; und *dafür* ist die linke Bewegung - ich zähle mich da überhaupt nicht dazu«. Darum gehe es, in Sachen Israel »die Hemmnisschwelle abzubauen«, sich nicht länger »totschweigen« und von der zionistischen »Kollektivschuld«-Propaganda um Geld und Anstand bringen zu lassen: Alles andere, so Spehl, beweise nur den Agitationserfolg der »5. Kolonne des Zionismus«.

Pech nur für die antizionistische Gemeinde, daß die Dämmerstunde mit dem Professor unerwartete Folgen hatte. Denn ein paar Soziologie- und Germanistikstudenten hörten mit, die Marx und Adorno nicht als Vorstufe zu Habermas mißverstanden hatten, und als sie am 27. April, probehalber, im Radio den zwanglosen Zwang der besseren Argumente wagen wollten, ergab sich eine denkwürdige Diskussion, deren Resultat der zuständige Moderator (Möller) für sich in dem Satz resümierte: »Es kann doch etwas nicht nur deshalb schon falsch sein, weil Nazis es sagen.«

Der manifesten Unaufklärbarkeit der antizionistischen Radioten sollte durch eine Frequenzbesetzung bei RDL am 11. Mai abgeholfen werden (vgl. die Besetzererklärung in KONKRET 7/91). »Als HörerInnen eines linken und freien Radios können wir solche Zustände nicht länger hinnehmen«, schrieben die Besetzer; und sie demonstrierten damit eine Wertschätzung des Radios, die in der Folge gnadenlos ihrer Substanzlosigkeit überführt wurde. Mit der gewaltlüsternen Diffamierung der Besetzer als »Mossad-Agenten« und »Staatsschutzlinke« stimmte die Fachredaktion Nahost die antizionistische Nationalhymne an, die die Mehrheit der etwa 200 Radiomacher in der Folge als legitimen Bestandteil des alternativen Potpourris zu akzeptieren beschloß. Wie sich am Ende herausstellte, sollte die Wahrheit niemandem geschadet haben außer denen, die sie aussprachen: Je stiller es um den antisemitischen Professor wurde, desto lärmender wurden die Besetzer entweder, zum Beispiel von den Sympathisanten des Moderators aus dem autonomen ‘Infoladen Subito`, des »politischen Totschlags« mit Hilfe des »Knüppels des Antisemitismusvorwurfs« bezichtigt, oder, etwa von der erst schweigenden, dann umso redseligeren Mehrheit, des »autoritären Gehabes«, der »Unwissenschaftlichkeit«, des »Dogmatismus«, der »Polemik« und gar des terroristischen Plans beschuldigt, »Existenzvernichtung« und »Berufsverbot« gegen Genossen im Schilde zu führen, die doch bloß einmal ihre Meinung gesagt haben wollten.

Mit Nazis und ihren roten Adjutanten soll nach Meinung der Scene nicht anders verfahren werden dürfen als nach der therapeutischen Methode, die der von Antizionisten kaum zufällig leidenschaftlich herbeizitierte Erich Fried vor Jahren so überaus erfolgreich bei Michael Kühnen in Anschlag brachte: einfühlsam, verständig, väterlich fast, jede Gemeinheit als Irrtum entschuldigend und jedwede Niedertracht als bloße Unachtsamkeit bagatellisierend. Hatte der »Antifaschismus« der Antiimp-Szene zuvor nur allerhand Anlaß zu Gelächter geboten (»An alle AntifaschistInnen! ... Keinen Fußbreit den Faschisten!«, hieß es zur Freude alter BDM-Kameradinnen in einem Freiburger Aufruf zur Verhinderung des NPD-Parteitages in Villingen-Schwenningen) - jetzt zeigte er seine fatale Rückansicht. Wer hoffte, der »Nazifikation des Marxismus« (Manès Sperber) durch den Stalinismus sei durch die Protestbewegung ein Ende gemacht worden, sah sich eines Schlechteren belehrt. Jedenfalls geriet der Versuch der Besetzer, den so oft beschworenen »linken Konsens« zumindest zur Unterbindung der schlimmsten Fehlleistungen des antiimperialistischen Subversivbewußtseins zu mobilisieren, unverhofft zur Aufklärung über die Linke. Was als intervenierende Kritik gedacht war, das wurde, je länger je mehr, zur teilnehmenden Beobachtung und zur ethnologischen Begleitforschung über die Sitten und Unsitten einer Population, in der keine Krähe einer anderen ein Auge aushackt. Ein Abgrund von Aufklärungsverrat tat sich auf.

Im Ergebnis hatte die Besetzung wenig mehr zur Folge als die eigentlich überflüssige Illustration der Behauptung Wolfgang Pohrts, das wirklich Beunruhigende an den Zuständen der BRD sei, »daß man weder von der Bevölkerung noch von politischen Gruppen sagen kann, was sie mit Sicherheit *nicht* tun würden« (»Der Weg zur inneren Einheit«). Diese »Linke« kennt nur einen Konsens, den ein verständigerer Radiomacher in die Worte faßte: »Es besteht wohl Einigkeit darüber, daß RDL Antisemitismus als solchen nicht zur Diskussion stellen darf. Was und warum allerdings antisemitisch ist, das ist nicht leicht und mit Konsens festzustellen«. »Konsens«, ein freundlich nach Basisdemokratie klingendes Wort für Gemeinschaft, war der Vorwand, der antizionistischen Agitation Minderheitenschutz einzuräumen.

Die durchaus solidarische Kritik der Besetzer an den bei RDL eingerissenen Praktiken setzte immerhin voraus, daß die Reklame für das »antikommerzielle Regionalradio« der Substanz nach ein bißchen mehr sei als bloß mäßige Public Relations für das ausgelagerte Volontariat des Bürgerfunks. Daß die Geschichte des Radios von unten, das seit den Zeiten des Kampfes gegen die AKWs Wyhl und Fessenheim illegal und subversiv das bürgerliche Meinungsmonopol attackiert,

längst zum Mythos verkam und zum Gründungsmärchen, daß das politische Konzept der Radiomacher tatsächlich nur aus einem wallraffmäßigen Gesellschaftsbild besteht, - das wußte man nicht, konnte es vielleicht auch gar nicht wahrhaben. Daß der Konsens der Radiomacher jedoch erstens in ihrer vollendeten Gleichgültigkeit gegen den Inhalt der unterdrückten Nachrichten von ganz unten besteht, zweitens in quengelnden Bettelbriefen und larmoyanten Spendenaufrufen sich artikuliert, drittens im resoluten Willen zur Geltung kommt, sich von Unbefugten nicht dazwischenfunken zu lassen, war eigentlich seit 1988 bekannt, seit ihrer Weigerung, einen Aufruf gegen den manifesten Antisemitismus einiger linker Israel-Kritiker zu unterzeichen, die mit der Parole »Anti-Zionismus = Anti-Faschismus« Stimmung zu machen versuchten. Unter diesem Motto waren im Januar 1988 einem der Fans des schon länger einschlägig aktiven RDL-Moderators Möller die taktischen Sicherungen durchgeknallt. Sein »Kampfblatt für den Aufstand« förderte ein linksrabiates Deutschtum zutage, das sich mit Forderungen wie »Das zionistische Staatengebilde ‘Israel’ muß verschwinden!« die Wut von der erniedrigten und beleidigten Volksseele sudelte.

Freiburg im Breisgau ist ein starkes Stück Deutschland; seine Politszene ein Vivarium aller links von der Mitte vorkommenden Kuriositäten, ein Laboratorium sämtlicher alternativer Scheußlichkeiten, das sich der exemplarischen Widerlegung der Blochschen These verschrieben hat, die Provinz könne unmöglich übergleichzeitig sein. Die wiedergutgemachte Nation im kommunalen Biotop: Was anderswo, in Hamburg, Frankfurt oder Berlin, Platz genug hat, sich notfalls aus dem Weg zu gehen, das hockt hier auf einem Haufen, nistet im Sanierungsviertel »Im Grün« (wo natürlich auch das Radio seine Heimat gefunden hat), säuft sich im »Reichsadler« um den Verstand, frißt sich im »Grünhof« um die Generallinie, kann sich nicht ausstehen und muß es doch miteinander aushalten, leidet an den ewig gleichen Visagen und agitiert doch seit Menschengedenken aneinander herum. Und brütet.

Und so gibt es in Freiburg nichts, was es nicht gibt: grüne Fundamentalisten wie den ehemaligen Landtagsabgeordneten Thilo Weichert, der sich dem Programm eines »parlamentarischen Anarchismus« verschrieben hat, grüne Ultrarealos wie den politologisierten Dr. Salomon, der so ökologisch ist, daß er Urquell-Pilsner über die Köpfe seiner Kritiker schüttet. In Südbaden hat sich das »Prinzip links« ganzheitlich und komplett versammelt - undenkbar, daß die Psycho-Stalinisten des »Bundes gegen Anpassung« anderswo ihren Ursprung haben könnten, unvorstellbar, daß die »Grünen« in der Stadt des Parapsychologen Bender nicht auf 20 Prozent kämen, unmöglich schließlich, daß Radio Dreyeckland irgendwosonst ein Publikum gefunden hätte, das sich alles bieten läßt, weil es schon froh sein kann, daß sich überhaupt jemand die Mühe macht. Nach Lage der Dinge hätte es eine provinzgeschichtliche Katastrophe bedeutet, wäre Freiburg nicht zu einer Metropole der Friedensbewegung geworden. Und wie keine andere Stadt den gesellschaftlichen Sinn der Ökologiebewegung so gründlich durchblicken läßt - die Aufrüstung einer Spießbürgerstadt zur »heimlichen Öko-Hauptstadt« der Republik deutet an, worum es geht so ist das südbadische Abseits ein unheimlicher Ort, der jede Menge Aufschluß darüber gibt, wozu Linke fähig sind, wenn der Tag lang ist und sich die Gelegenheit zur Volksfront bietet. Die Friedensbewegung war ein Erlebnis fürs Leben: In Nahost fielen Bomben auf Bagdad und Raketen auf Tel Aviv - »Im Grün« fühlte man sich getroffen, und zwar tödlich. Während der durchaus bürgerliche Stadtteil Wiehre soviele Bettlaken hißte wie kaum im Mai 1945, während die ausrangierten Schlesierfunzeln flink zu Friedenskerzen umfunktioniert wurden, während der »Bund gegen Anpassung« Saddam Hussein so lobte wie das Jahr zuvor den Schönhuber, als aufrechten Menschen mit Rückgrat nämlich, der sich von der Reaktion die Begriffe nicht vertauschen und vom Imperialismus den Schneid nicht abkaufen läßt - währenddessen ging antizionistische Propaganda live über den Volksempfänger.

Es ströbelte auf der ganzen Linie. Schuld waren die Juden, die sich erdreisteten, einen »Krieg de luxe« zu führen, lachende Dritte hinter den Kulissen, Drahtzieher, die andere ihren Krieg führen ließen, ohne die Zeche zu zahlen und gefälligst selbst zu bluten. Während es in Nahost zur Sache und ans Leben ging, wurde das andere Deutschland vor Todesangst panisch. Wer den abgründigen Doppelcharakter des Krieges um Kuwait, einerseits innerkapitalistischer Konflikt zwischen der Weltpolizei und ihrem aus dem Ruder gelaufenen regionalen Sub-Polizisten zu sein, andererseits wie selbstverständlich zu Lasten Israels ausgetragen zu werden, zögerlich genug thematisierte, dem wurde auf der Leserbriefseite der zum Stadtmagazin ZET gestylten »Stadtzeitung« entgegengehalten: »Die Existenz Israels auf dem Gebiet, auf dem es seit mehreren Jahrzehnten besteht, ist eine einzige Provokation, die Politik der israelischen Regierung quasi nur zusätzlich dazu. Daß die arabischen Länder für die Unfähigkeit Europas, gemeinsam mit Juden zu leben, ‘bezahlen’ müssen, ist dort einfach nicht verständlich zu machen.« Da ließ sich nur noch mit dem Moderator Möller die Frage diskutieren, »ob z.B. nicht auch Israel einer der Verursacher des neuen Antisemitismus geworden ist« (RDL, 17.3.).

Ausgerechnet jetzt ausgerechnet das: anders läßt sich die Reaktion der Mehrheit der Radiomacher auf die anti-antizionistische Frequenzbesetzung kaum umschreiben. Während eine marginale Minderheit schamhaft sympathisierte, organisierte die Geschäftsführung die Abwicklung des Skandals. Die Hörer- und Mitgliederversammlung, die am 15. Mai, vier Tage nach der Besetzung, stattfand, zeigte, wohin die in vielen Gemeinden zur staatsdemokratischen Erziehung der Jugend eingerichteten Kinderparlamente geführt haben: Ein kleiner Bundestag hatte sich eingefunden, dem die Sache nichts, die Geschäftsordnung alles bedeutete. Der Antrag der Besetzer hatte gefordert: »In RDL dürfen bei der Kritik Israels keine Analogien zum Nazi-Faschismus gezogen werden« - die Debatte darüber wurde zum Seminar über die Varianten und Möglichkeiten umfunktioniert, Faschismus nach Konsensprinzipien so zu definieren, daß auch Faschisten

zustimmen könnten. Hatten die Besetzer verlangt, den Antisemitismus dann erst recht zu verurteilen, wenn er linksmaskiert umgeht - ihr Anliegen wurde als totalitäres Linksintellektuellengehabe denunziert, als Versuch, eine »Meinung« zum Gesetz zu erheben und »Denkverbote« auszusprechen. Darauf lief der Antisemitismusbegriff der Mehrheit hinaus, daß es unendlich schwierig sei und eigentlich gemein, Menschen wie den Professor und seinen Moderator, die von sich selbst doch das Gegenteil behaupteten, einer solchen »Rufmordkampagne« auszusetzen. Fazit: »Antisemit« dürfe nur der gescholten werden, der sich selber so nennt.

Hatten die Besetzer weiterhin verlangt, »jede Kritik von Deutschen und in Deutschland an Israel« habe die Sprache und die Ideologie des »Antizionismus« zu vermeiden - so wurde ihnen entgegengehalten, diese Forderung sei selber rassistisch, denn sie impliziere eine Paßkontrolle am Eingang zum Studio. Daß die Versammlung schließlich mit 31 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen beschloß, »daß im Programm von RDL Antisemitismus keine legitime Meinung ist, die zur Diskussion gestellt wird«, wird sie sich mittlerweile selber nicht mehr erklären können. Denn nicht der geringste Widerspruch wurde laut, als ein Adjutant des Moderators gleich zu Beginn erklärte - und er wiederholte damit nur eine schon über den Sender gegangene »Klarstellung« der Redaktion ‘Hintergründe des Golfkrieges’ - : »Dieser Diskussionsteilnehmer (gemeint ist Spehl) ist zur Diskussion eingeladen worden aufgrund seiner Beschäftigung mit Israel. In einem Vorabgespräch ist zu den Fragen Verhältnis zu Israel und Position gegenüber den Naziparolen nachgefragt worden, ferner war die Problematik bekannt, daß auch Nazis sich als Antizionisten tarnen wollen. ... Spehl verharmlost ... das Problem des historischen und aktuellen Antisemitismus und spielt reaktionärem Denken in die Hände. Zum anderen spielt er damit denjenigen Leuten in die Hände, die nur darauf warten, die billige Gleichung zu konstruieren, Antizionismus sei gleich Antisemitismus.«

Und so weiter und so fort: Der Verlauf der Hörer- und Mitgliederversammlung offenbarte, daß der Skandal keineswegs allein im offenen Bündnis des altbekannten Antisemitismus eines reaktionären Professors mit dem Zeitgeist-»Antizionismus« eines linksradikalen Moderators und seiner Sympathisanten liegt, sondern überdies in der Indifferenz einer schweigenden Mehrheit, die über alles reden kann, über das Wetter, über die Revolution, und im Prinzip auch über die Frage, ob Schwarze Menschen sind. Noch nicht einmal zur bürgerlichen Lösung des Pluralismus-Problems - »wehrhafte Demokratie« - sah man sich in der Lage; Leute, die es ganz in der Ordnung fänden, neonazistische Organisationen nach Paragraph 133 Grundgesetz zu verbieten, legten in eigener Sache einen obszönen Pluralismus an den Tag, der nichts anderes darstellt als die Bedingung der Möglichkeit der antisemitischen Agitation von links.

Weil es aber in der Natur von »Extremen« liegt, daß sie sich gegenseitig aufschaukeln, muß es eine »Mitte« geben, die den Überblick wahrt und ums Ganze sich sorgt - dieser durchaus bürgerliche Gedanke, der auf das Ruhebedürfnis der Verwalteten spekuliert, verschaffte der RDL-Geschäftsführung die Legitimation, die Sache auf die lange Bank zu schieben und sich zugleich als Justitia zu profilieren, die für den sachlichen Hinweis dankt, aber seine unsachliche Form bemängelt. Denn der schließlich beschlossene, vom Geschäftsführer eingebrachte Antrag bezweckte allein die Abwehr des weitergehenden der Besetzer, die konstatiert und gefordert hatten: »1. Es ist nachgewiesen, daß die Nahost-Redaktion sich in ihrem Antizionismus als antisemitisch enttarnt hat. 2. Es ist nachgewiesen, daß dieser Antisemitismus weiter an die Hörer kommt. 3. Die Nahost-Redaktion wird von ihrer Sendetätigkeit suspendiert und erhält Mikrofonverbot« bis zur Mitgliederversammlung am 26. Juni - 24 mal Ja, 41 mal Nein.

Nachdem die Sache derart glimpflich abgegangen war, machte sich die RDL-Programmkommission schon am übernächsten Tag daran, ihren eigenen Antrag zu widerrufen. Denn Punkt zwei dieses Antrages bestimmte, »daß es eine Aufgabe von RDL (ist), den Antisemitismus und den Antizionismus, der in Antisemitismus umkippt, in RDL und in der Linken allgemein zu bekämpfen«. Zu diesem Zweck, so die Punkte drei und vier, solle erstens Sendezeit eingeräumt werden, und zwar - zweitens - zu genau den Zeiten, an denen üblicherweise der Antizionistenrundfunk über den Äther geht. Konnte man schon gespannt sein, wie die Radiomehrheit das »Umkippen« des Antizionismus in seine trostlose Wahrheit verhindern wollte - denn bereits am Tag drauf, am 16. Mai, war schon wieder und natürlich folgenlos von der »jüdischen Schnorrmaschine« und einer sog. »Holocaust-Folklore« die Rede , so war es umso interessanter, den Sender dabei zu belauschen, wie er seine Reklameformel vom »HörerInnenradio« in Grund und Boden dementierte. Die Konfrontation mit dem antizionistischen Moderator und seiner Lobby, auf die man sich im Überschwang des Abwiegelns verpflichtet hatte, wurde denn doch noch geschickt vermieden, indem man sich eines angestaubten Paragraphen erinnerte, der vor Zeiten Majorisierungsversuche des »Bundes gegen Anpassung« hatte verhindern sollen: Beschlüsse der Hörer und Mitglieder gelten danach erst, wenn sie vom Redaktionsplenum genehmigt worden sind. Und so dumm war man natürlich nicht. Aus dem Recht auf »Sendezeiten« für die Besetzer wurde die Gnade, auch einmal zu einer Round Table-Diskussion eingeladen zu werden; aus dem Beschluß der MV, das ominöse »Umkippen« zu verhindern, folgte weiter nichts als die den Besetzern souverän erteilte Erlaubnis, unter Umständen die Kritik am Antisemitismus in den Radio-Pluralismus hineinbetteln zu dürfen.

Diese Linksmichel-Taktik der Geschäftsführung schlug an. Dem simplen Vorsatz, die Kritik als Aufforderung zur Diskussion mißzuverstehen und die Forderung nach Konsequenzen als freundlichen Hinweis darauf, daß irgendetwas im Argen liege, konnte der Erfolg nicht lange versagt bleiben. Die Behauptung, es bestünde ein Diskussionsbedarf, kaschierte

das abgründige Interesse, den Betrieb um des Betriebes willen weiterzuführen. Die Besetzer, denen es doch noch gelungen war, ein paar Frequenzalmosen zu ergattern - Sonntag nachmittag um zwei Uhr zum Beispiel , ließen sich in die Eingeweide des Radios verwickeln und kannten das RDL-Statut bald besser als die Antizionisten Theodoer Herzls »Judenstaat«. Auch der in der Szene losbrechende Flugblattkrieg tat seinen Teil dazu, daß das Vereinsmeierkalkül, das in der letzten Juni-Woche gar zur Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Geschichte und Zukunft des Antisemitismus in Deutschland unter - natürlich - besonderer Berücksichtigung Israels führte, aufging. Bald wußte niemand mehr so ganz genau, wer was wann wo und warum zu wem gesagt hatte - unter der Hand verwandelten sich der Professor Spehl und seine Radiostudenten in einen Gegenstand der Zeitgeschichte.

In dieser Situation schrieb RDL-Geschäftsführer Michel Menzel einen »Offenen Brief an die Besetzer«, der sich, obwohl so geschwätzig wie ein ganzes Juristen-Repititorium, in ein Wort fassen läßt: Ideologieverdacht. Die Besetzer, so war zu lesen, hätten sich einer »herrschaftsheischenden Überrumpelungstaktik« schuldig gemacht, sie hätten eine »politische Denunziationsmetaphorik« in Anschlag gebracht, und es sei schließlich gemein von ihnen, nicht anzuerkennen, daß linke Antisemiten auch Menschen seien: Ihre Kritik trachte danach, »politische Positionen und ihre Träger als politische Unpersonen auszugrenzen«. Die Besetzer hätten sich entlarvt, als sie den Professor auf Lebenszeit einen »beamteten Hetzer« nannten - »diese Praktiken sind uns nicht zuletzt von den Berufsverbietern der CDU sattsam bekannt«.

Was die Antizionisten fleißig ins Dreyeckland abstrahlten, war somit zum offiziösen Standpunkt des Radios geworden - daß es sich nämlich beim linken Antisemitismus um eine »politische Position« handle, die auszugrenzen ebenso undemokratisch sei wie die Abkanzelung eines professoralen Schmierfinken. So offenbart der Passus des »Offenen Briefes«, der den Besetzern »Mindestbedingungen einer fairen Konfliktaustragung« abverlangen wollte, sowohl das unbedingte Interesse an einer Normalität, die der Radio-Souverän formalistisch verwalten kann, als auch die unter gewohnheitsmäßigen Kommunikationsagenten herrschende Zwangsvorstellung, nichts und gar nichts gebe es, worüber man unter Konfliktpartnern nicht in aller Ruhe reden könne. Nicht zuletzt das nach der Mitgliederversammlung vom 15. Mai losbrechende Flugblattgewitter war es dann, das die Besetzer dazu bewog, ihren auf den 26. Juni vertagten Antrag zu kassieren. Die Sache erwies sich als hoffnungslos, eine immanente, im Prinzip solidarische Kritik an Radio Dreyeckland war unmöglich, denn die Radioten hatten schon längst entschieden, nur von zwei Argumenten sich noch beeindrucken zu lassen: erstens vom drohenden Imageverlust, zweitens von finanziellen Einbußen. Denn daß die Unaufklärbarkeit der »Antizionisten« die betriebsblinde Gleichgültigkeit der links-alternativen Mehrheit zur Voraussetzung hat, wurde aufdringlich in Flugblättern mit Überschriften wie »Stellungnahme *zur Art* der Vorwürfe gegen RDL« einer ‘Türkei-Kurdistan-Gruppe’ und in Statements wie dem einer ‘Stadtteilgruppe Stühlinger’ deutlich, die zu bemängeln wußte, daß »an die Stelle einer inhaltlichen Diskussion Polemiken gegen VertreterInnen einzelner politischer Gruppen getreten (sind), die von üblen persönlichen Beschimpfungen über Denunziation bis hin zur Trivialpsychologisierung einzelner Personen reichen«.

Die linken Antisemiten schwimmen im alternativen Milieu wie die Fische im Wasser - dieser theoretisch allerdings vorhersehbare Sachverhalt schockierte die Besetzer gleichwohl, hatten sie es doch in einem Anflug von Lokalpatriotismus nicht für möglich gehalten, daß so etwas ausgerechnet hier passieren könne. »Auf die konkreten Vorwürfe der ISF und UnterstützerInnen einzugehen, halten wir hier nicht für nötig«, hieß es in einem »Offenen Brief« des ‘Infoladens Subito’ an RDL - und die alternative Mehrheit wird es weder hier noch anderswo und weder jetzt noch später für nötig erachten, zur Sache zu sprechen, weil für sie ausgemacht ist, daß es sich bei Leuten, die den Antisemitismus für gefährlich halten, nur um »Metropolenlinke« handeln kann. Der Antisemitismus geht die Linke so wenig an, daß sie ihn guten Gewissens selber befördern kann. Kein Wunder also, daß in der von RDL herausgegebenen Dokumentation unter den eintönigen Erklärungen - von der ‘AntiFa-Gruppe Lörrach’ bis zur ‘Inforedaktion’ von Radio LoRa Zürich - genau eine einzige Stellungnahme sich findet, die die Kritik der Besetzer für mindestens diskutabel hält , und die stammt von einer evangelikalen Pazifistin. Kein Wunder überdies, daß RDL eine Zuschrift von Dr. H.G. Otto aus 7858 Weil am Rhein erhielt, der es erstens bedauert, daß die Nazis »den ursprünglich gar nicht schlechten Arbeitsdienst-Gedanken« ruinierten, und der seinem Schreiben zweitens ein Buch über den arabisch-israelischen Konflikt beilegte, was er natürlich niemals getan hätte, »wenn ich befürchten müßte, daß es in ‘unrechte’, in antisemitische Hände fiele«.

Die RDL-Mitgliederversammlung am 26. Juni verlief, als sei sie eigens dazu anberaumt worden, noch das mieseste Vorurteil über »die Linke« zu bestätigen. Als die Besetzer ihren Antrag wegen erwiesener Unzuständigkeit der Versammlung zurückzogen, ging ein Aufatmen durch die Reihen. Die Stalinisten vom BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), die sich die durchaus egoistische Mühe gemacht hatten, die linken Antisemiten mit einem Gegenantrag zu schützen, verfielen auf das Argument, die Besetzer hätten eingesehen, daß ihre Sache falsch, weil »nicht konsensfähig« sei. In ihrem Antrag hieß es: »Das Problem, daß sich faschistische Gruppen ebenfalls als ‘antizio-zionistisch` bezeichnen, ist tatsächlich ein Problem für die Linke.«

Ein Problem, tatsächlich: Eben daran arbeiten der Moderator und seine Nahost-Gruppe seit 1988. Wer im Publikum die Angemessenheit der Kritik enragiert bestritt, der bestätigte sie - wie dieser Zwischenrufer: »Müssen wir uns denn als Angehörige eines Volkes, das den Holocaust zu verantworten hat, bei unserer Kritik an Israel auf die Zunge beißen, eh’ wir

erstmal so drauflosreden?« Menschen aus dem Umfeld des ‘Nord-Süd-Ladens’, der mit den Traktaten des Professors dealt, erklärten unwidersprochen, der Antrag der Besetzer sei »der schlimmste Anschlag auf die Meinungsfreiheit seit 1933«. Ein Vertreter der Linken Liste/Friedensliste, die einen Abgeordneten des Gemeinderats stellt, radikalisierte seine wenige Tage zuvor über RDL kundgetane Meinung, daß, »völkerrechtlich gesehen, die israelische Okkupation der Golanhöhen das gleiche ist wie Hitlers Rußlandfeldzug«, während die Großmutter der Freiburger Szene Israels Umgang mit den sowjetischen Juden »faschistisch« nannte. Ein Mitglied des RDL-Vorstands bewertete all dies als gelungenen Auftakt für weitere fruchtbare Diskussionen, als gutes Fundament einer »sachlichen Aufarbeitung, und zwar einer differenzierten«. Ein verhärmter Vertreter des BWK, der »nicht darüber spekulieren« mochte, »was ich im Faschismus gewesen wäre«, bedauerte im nächsten Atemzug, »daß man hier in der BRD nicht freiweg (von Israel) reden kann«; die Versammlung beschloß die Einrichtung einer wissenschaftlichen Kommission zur sachlichen Klärung der noch strittigen Fragen - es meldeten sich Moderator Möller und die Genossen vom BWK; ein Besetzer kritisierte die Attitüde der verfolgten Unschuld, mit der die Antizionisten sich schmückten - und wurde aufgefordert: »Du müßtest Christian (Möller) fragen: Was würdest Du eigentlich sagen, wenn Du dir nicht auf die Zunge beißen müßtest?« Und der Moderator antwortete: »Den Professor Spehl als Antisemiten zu bezeichnen, das ist eine Unverschämtheit, glatter Rufmord.Ich habe mich mit ihm lange unterhalten. Seine Bücher sind, mit einigen Ausnahmen vielleicht, allesamt lesenswert. Es dauert eben jahrelang, bis man zu Israel eine einigermaßen fundierte Position beziehen kann. Außerdem ist vieles wissenschaftlich noch nicht geklärt, wichtiges Materialist unter Verschluß und wird geheim gehalten.«

Fortsetzung folgt, demnächst auf 102,3 Megahertz, der Frequenz des »freien, antikommerziellen und linken Regionalradios Dreyeckland«.

P.S.: Das »Movimiento Mundial Mirabitun«, eine Vorausabteilung der islamischen Revolution in Deutschland, hat in Freiburg auf den Ruinen von Bhagwan Shree Rajneeshs einst stärkstem »Ashram« ihr Quartier aufgeschlagen. In der Fußgängerzone vertreibt sie eine Broschüre, in der es heißt: »Das Jahrhundert kann nicht verstanden werden ohne eine offene und kritische Untersuchung der Rolle des Weltjudentums und seiner langfristigen politischen Ziele, von denen einige offenkundig beunruhigend sind. Der unerhört unwissenschaftliche Begriff ‘antisemitisch’ muß ohne Angst vor übelster Verleumdung und Vernichtung untersucht werden. Israel ist ein Hauptexporteur von Foltertechnologie ... Unser thematisches Interesse an den Juden ist politisch, weil ihre Rolle in der neuen Machtstruktur der oligarchischen Elite, die das Bank- und Börsensystem kontrolliert, nicht zu übersehen ist. Darüber hinaus ist die Ideologie des sog. Zionismus für rationale Menschen, Männer und Frauen, höchst beunruhigend.«

Die Initiative Sozialistisches Forum ist ein Arbeitskreis unabhängiger Linkskommunisten in Freiburg. Sie gibt die Zeitschrift »Kritik & Krise. Materialien gegen Ökonomie und Politik« heraus, deren neuestes Heft »Logik des Antisemitismus« gerade erschienen ist. Bezug über Ca ira-Verlag, Postfach 273, 78 Freiburg, zum Preis von DM 10 zzgl. Porto/Versand.

Konkret 08/91, S. 46

Oliver Tolmein

»Wir sind auch da«

Die große Ausstellung zum 100. Geburtstag John Heartfields gibt Anlaß, über das defizitäre Bild nachzudenken, das der antifaschistische Künstler sich (und uns) über Deutschland und den Nationalsozialismus gemacht hat

»Das sind die Vorteile einer deskriptiven Beschreibung, sie greift hinein ins volle Nazileben, mit der Feuerzange, wie es sich gehört.«
Ernst Bloch über John Heartfield und Bert Brecht, 1938

»Dieser kleine David hat den faschistischen Goliath herausgefordert, entlarvt und der Lächerlichkeit preisgegeben.«
Klaus Honnef über John Heartfield 1991

»Heartfield war Kommunist. Diesen Aspekt seiner künstlerischen Haltung zu vernachlässigen, hieße Geschichte klittern«, und wer will sich dabei schon erwischen lassen? Der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, Jürgen Wilhelm, lieber nicht, und so übt er sich als Geleitwort-Autor für die John Heartfield-Ausstellung, die - nach Berlin - demnächst auch in Bonn, Tübingen und Hannover zu sehen sein wird, in der Kunst des Understatements. Kommunismus als Aspekt einer künstlerischen Haltung, ach, das ist ja nur halb so schlimm, zumal in Zeiten, in denen die ehemals kommunistischen Künstler Schlange stehen, um in die staatstreuen PEN-Clubs und Akademien des Freien Westens aufgenommen zu werden. »Als Künstler war Heartfield einer der entscheidenden Neuerer. Das ästhetische Prinzip der Montage fand in ihm seinen ersten glanzvollen Meister...« Wenn der Sozialdemokrat, um sich vor der politischen Auseinandersetzung zu drücken, über Ästhetik räsonniert, kann man getrost weghören oder im Katalog weiterblättern - es lohnt nicht mal den Ärger. Ebenso wie der sozialdemokratische Versuch, den Kommunisten als Ästheten zu adeln, scheitert, erweist sich angesichts der real existierenden Collagen auch der Versuch als aussichtslos, den Feind der Putschisten des 9. November 1923 als prophetischen Wegbereiter des 9. November 1989 heim in die deutsche Volksgemeinschaft zu holen. Ein Blick auf sein Bühnenbild und das Plakat zu Bertolt Brechts »Mutter«, ein zweiter auf seinen 1967 gestalteten Einband zu »100 Jahre ‘Kapital` - 50 Jahre ohne Kapitalismus« und ein letzter auf seinen 1951 gestellten Antrag, wieder in die Partei aufgenommen zu werden, machen den ganzen Unsinn solcher nachholenden Gehorsam übenden Interpretation der Heartfieldschen Arbeit offensichtlich.

Die Ausstellung zum 100. Geburtstag John Heartfields läßt einen nicht deswegen eher unzufrieden zurück, weil ihre Räume phantasielos gestaltet sind oder Erläuterungen einzelner Arbeiten ebenso fehlen wie Hinweise auf das politische und künstlerische Umfeld, in dem sie produziert wurden (sieht man von einigen Erläuterungen zur Dada-Zeit ab). Irritierender wirkt heute Heartfields Werk selber. Es ist leider nicht völlig abwegig, daß Peter Pachnicke und Klaus Honnef, die die Ausstellung konzipiert haben, an das Ende ihres Vorwortes zum Katalog das folgende Zitat aus dem von Kurt Tucholsky geschriebenen und von John Heartfield (foto-)montierten Buch »Deutschland, Deutschland über alles« setzten: »Es ist nicht wahr, daß jene, die sich national nennen und nichts anderes sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben ... Wir sind auch da ... Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland spricht ... Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir. Und in allen Gegensätzen steht - unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert die stille Liebe zu unserer Heimat.«

John Heartfields Deutschland besteht bis zuletzt aus kleinen Männern und großen Führern, aus verelendeten Verführten und furchtbaren Führern. Es ist ein Deutschland, in dem Opfer und Täter klar voneinander geschieden sind. »Das letzte Stück Brot raubt ihnen der Kapitalismus«, titelt er über einem Wahlplakat der KPD 1932, das ein mangelernährtes Kind mit großen, traurig blickenden Augen zeigt; »Kleiner SA-Mann was nun?« fragt er kurz darauf auf einem Titelblatt der »Arbeiter Illustrierten Zeitung«, nachdem Georg Strasser von Hitler »beurlaubt« worden war; »Weil er sich aufs Programm der NSDAP berief« ist ein bereits im Prager Exil verfertigtes Motiv überschrieben, das einen SA-Mann zeigt, der von SS-Soldaten abgeführt wird: Daß nicht nur die Wähler, sondern selbst Angehörige der SA eigentlich eher Sozialisten als Nationalisten seien, verirrte Klassenkämpfer, die es über ihren Irrtum aufzuklären und auf den rechten linken Weg zu bringen gelte, prägt fast alle seine Arbeiten. Zwischen dem AIZ-Titelbild nach der Reichstagswahl 1930, das die »6 Millionen Nazi-Wähler« als »Futter für ein großes Maul« sieht, und dem 1938 in der »Volks-Illustrierten« gedruckten Motiv »Sudetendeutsche, euch trifft es zuerst«, das einen von NS-Soldaten bedrohten Bauern zeigt, der seine Scholle pflügt, hat sich Heartfields Perspektive nicht verändert. Zwar tragen Nazis nicht mehr, wie noch 1930 der »große Fisch«, das Dollarzeichen auf dem Rücken, dafür greift er in Arbeiten wie dem 1935 veröffentlichten »Klumpfüßchens Wunschtraum« umstandslos die martialische Ästhetik der Nazis auf und gefällt sich darin, einem verkrüppelten, armselig gestalteten Goebbels metergroße, bolschewistische Hünen entgegenzustellen: Die »degenerierten Untermenschen«, biologisch minderwertig, so die nicht mißzuverstehende Botschaft, sind die Nazis selber.

Schon Jahre bevor die NSDAP tatsächlich an die Macht gekommen ist, und immer eindringlicher nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler, insistiert Heartfield, daß Faschismus Krieg zur Folge hat. Die Nationalsozialisten als Kriegsherren treten bei ihm in Gestalt zähnefletschender Raubfische, als bluttriefende Henker, als geifernde Werwölfe und die Welt in Besitz nehmende, feiste Phantasiegestalten auf; mit ihrem Kriegsgerät und ihren Finanziers aus der Industrie füllt Heartfield die Titelbilder und Flugblätter der Exilzeitschriften. Seine Montage »Der Krieg«, die Hitler auf einem zu Tode erschöpften Pferd durch eine Landschaft verkrümmter Leichen reitend zeigt, über der am Himmel ein wetterleuchtendes Hakenkreuz schwebt, entwickelt 1933 eine Vision vom Weltkrieg, die an Goyas Alptraumbilder gemahnt: Es ist keine politische Propaganda gegen den Krieg mehr, sondern die entsetzte Erkenntnis, daß er geführt werden und wie er sein wird.

So erbittert und klar Heartfield in seinen Bildern den Willen und die Bereitschaft der Nazis zum Krieg zeigt, so selten und eigentümlich leidenschafts- und phantasielos macht er den Antisemitismus, die Pogrome und den Rassismus zum Thema. Während gemarterte Arbeiter in zahlreichen seiner Montagen zu sehen sind und er »Den katholischen Opfern des Faschismus zum Gedenken! Allen katholischen Männern und Frauen zur Mahnung!« 1937 immerhin ein Titel-Bild in der »Volks-Illustrierten« gestaltet, reagiert er auf die »Sterilisations-« und »Euthanasie«-Aktionen der Nazis überhaupt nicht. So sind denn in der Ausstellung auch gerade mal zwei eher verharmlosende Motive zur antisemitischen Ausgrenzungs- und sich ankündigenden Vernichtungspolitik zu sehen - das 1934 entstandene »Gespräch im Berliner Zoo« und die 1939 verfertigte Collage »Jews driven like cattle«. In dem »Gespräch im Zoo« witzeln ein Storch und ein Schimpanse angesichts der antisemitischen Kampagnen im »Stürmer«, Juden würden demnächst wohl auf Kirchtürme gestellt, weil sie hervorragende Blitzableiter seien; die für die englischen »Reynold News« erarbeitete Collage »Jews driven like cattle« zeigt den Reichsführer SS Himmler, der über einer in einem Gatter zusammengepferchten Menschenmenge seine Peitsche schwingt.

Mit seinen antifaschistischen Fotomontagen hat Heartfield eine aus den Fugen geratende bürgerliche Welt ins Bild und neu zusammengesetzt, er entstellt sie zur Kenntlichkeit. Gleichzeitig lenkt er aber den Blick vom Wesen des Nationalsozialismus ab. Klaus Honnef, der in seinem Aufsatz »Symbolische Form als anschauliches Erkenntnisprinzip« versucht hat, den Künstler Heartfield zu entdecken, um den Kommunisten vergessen zu können, behauptet: »Indem Heartfield die reportagehaften Züge in seinen Montagen zunehmend tilgte, entband er sie jeder temporären Zufälligkeit und steigerte sie - sub specie seiner politischen Ansicht - zu allgemein gültigen bildnerischen Metaphern, in denen sich das vermeintliche Gesetz der Geschichte anschaulich vollzog.« Das ist, auf Heartfields Werk insgesamt bezogen, ein frommer Wunsch und damit Unfug: Ihre Schärfe gewinnen Heartfields Montagen gerade daraus, daß sie konkretes Material verarbeiten, die Schriftzüge des »Vorwärts« z.B. oder zensierte Bilder einer Ausstellung. Bezogen auf den Faschismus hat Honnef allerdings, zumindest teilweise, recht - und das macht die Schwäche des Bildes vom Nationalsozialismus aus, das Heartfield entwirft: Seine einzigartigen Verbrechen verschwinden in den »allgemein gültigen bildnerischen Metaphern«.

Das ist dem Künstler anzulasten - obwohl er damit ganz dem kommunistischen Geist seiner Zeit entsprach. Daß aber auch heute diese politische Begrenztheit der Heartfieldschen Arbeit nicht thematisiert (sondern stattdessen im Katalog mit viel Sorgfalt und Mühe Heartfields Kritik an der SPD als falsch entlarvt wird), daß sie vielmehr noch immer Orientierungspunkt und das oft (und meistens schlecht) kopierte Leitbild linker Agitations-Kunst ist, macht den Sinn dieser Ausstellung zu dieser Zeit fragwürdig. Nichts brauchen wir im Augenblick weniger als neue und dazu noch linke Klassiker.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 7/91 »Geschichten aus 1001 RAF«

Konkret 08/91, S. 48

Wolfgang Schneider

Ein deutsches Klassentreffen

Zu den Veranstaltungen, mit denen die IG Metall Anfang Juni ihren 100sten Geburtstag feierte, gehörte auch ein bunter Abend, der einen Rückblick auf die letzten 100 Jahre deutscher (Gewerkschafts-)Geschichte bieten sollte. Herausgekommen ist dabei ein grotesker Versuch, die Geschichte des Deutschen Reichs zum Gegenstand der Bewunderung und des Amüsements zu machen. Das ZDF hat am 19. Juni eine Aufzeichnung dieser Veranstaltung ausgestrahlt, Wolfgang Schneider hat sie protokolliert und kommentiert

Dokumentation

ZDF-Sprecher: Am 5. Juni 1891, vor einem Jahrhundert also, erblickte in Frankfurt die Industriegewerkschaft Metall das Licht der Welt. Das nun 100jährige Geburtstagskind lädt zum Feiern ein mit einem heiter-besinnlichen Rückblick auf die zurückliegenden 100 Jahre, mit Ehrengästen und Gratulanten wie Konstantin Wecker, Helen Schneider, Klaus Lage, Gisela May, Gianna Nannini und vielen anderen. Christine Dähn lädt Sie nun ein in die Wiesbadener Rhein-Main-Halle zu einer Geburtstagsparty voller Überraschungen.

Vorspann: *Aus einem Ensemble rotierender Zahnradattrappen löst sich eines der Räder, leuchtend hellblau, das ein Dreieck mit dem Signet der IGM umschließt, wird rasch größer und dreht sich dabei um 90 Grad, so daß auf der Schmalseite seiner einzelnen Zähne der Titel der Sendung lesbar wird: »EIN GESTERN, EINHUNDERT, EIN MORGEN«. Dazu erklingen leicht verjazzte, elektronisch ins Blecherne verzerrte Variationen über 'Happy Birthday'. Auf der Rückseite des blauen Zahnrads, das sich um 180 Grad gedreht hat, erscheint der Schriftzug »Die IG Metall feiert 100sten Geburtstag«. Schnitt.*

Blick auf die Bühne der Festhalle: Vor einem Aufbau unterschiedlich großer Zahnräder, die an Chaplins 'Moderne Zeiten' erinnern sollen, hier jedoch allesamt stillstehen, spielt inmitten künstlicher Sträucher ein Streichquartett in Frack und kleinem Schwarzen 'Brüder zur Sonne, zur Freiheit'. Nach einigen Takten werden die Streicher von einer Jazzkapelle abgelöst, deren Mitglieder, leger aber uniform gekleidet, durch den Saal zur Bühne marschieren und dabei eine Dixieland-Version des erfolgreichsten Schlagers der Arbeiterbewegung liefern. Leicht schunkelnd und vom rhythmischen Klatschen des Publikums begleitet bringen die neun Bläser und zwei Schlagzeuger ihr Ständchen zuende. Beifall.

Zwischen den Musikern ist, in einem schulter- und kniefreien, blau-metallic schimmernden Cocktail-Kleid, **Christine Dähn** *aufgetaucht. Frau Dähn wird die Feierstunde moderieren. In den anhaltenden Beifall spricht sie:* Tja, meine Damen und Herren, starken Männern wie diesen haben wir, glaube ich, den heutigen Abend zu verdanken, und ich darf sie damit erst einmal bekanntmachen mit der Original Union Brass Band aus Frankfurt. Guten Abend. *Die Moderatorin verbeugt sich gegen die Musiker. Beifall.* In der Zeit der schmalen Taillen und in der Zeit der schmalen Geldbeutel gründeten Herren wie diese sie. Inzwischen ist sie betagt, aber garantiert auf gar keinen Fall alt. Sie ist eher forsch wie eine 16jährige, und was das besonders Schöne ist, weise wie eine 100jährige. Happy Birthday der IG Metall! Sie feiert ihren 100sten Geburtstag. *Beifall.*

Ganze 50 Kilometer von hier etwa hat alles begonnen, und da wir ja im Dauerlauf der Geschichte jetzt ein bißchen nachspüren wollen, haben wir die Geschichte auch einfach erst einmal nachgestellt. *Auf dem Bildschirm tauchen wieder die rotierenden Zahnradimitationen aus dem Vorspann auf. Das hellblaue Rad umschließt jetzt die drei Buchstaben DMV. Dann erscheinen vor dem Hintergrund wechselnder Fotografien alter Maschinen die Jahreszahlen »1891 - 1913«. Die historischen Aufnahmen und nachgestellten Szenen des folgenden Rückblicks werden - wie zur Stummfilmzeit - durchgehend von Klaviermusik untermalt, je nach Motiv und Anlaß mal heiter, mal grollend, und von der Moderatorin aus dem Off erläutert.*

Moderatorin: Ende des 19. Jahrhunderts - Zeitalter der Elektrotechnik. Die Elektrifizierung beginnt, schließlich war den Menschen durch Edison ein Licht aufgegangen. Wilhelm Conrad Röntgen entdeckt 1895 die nach ihm benannten Strahlen. *(Eine Fotographie Röntgens wird gezeigt, dann das Röntgenbild einer Hand mit Ring am Finger etc.)* 1901 bekommt Röntgen dafür den Nobelpreis. Die deutsche Olympia-Mannschaft bricht 1896 zu den Spielen nach Athen auf und kehrt mit 15 Medaillen zurück. *(Zu sehen sind einige der Athleten, eichenlaubbekränzt und in langen Hosen).* Technik ist in, Kinder spielen am liebsten mit Blech zum aufziehen. Tretautos sind der absolute Renner. *(Ein auf 1900 getrimmter Junge fährt in einem Tretauto über die Bühne der Rhein-Main-Halle, vorbei an einem Konterfei Wilhelms des Zweiten.)* Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden sind leider normal, Lärm, Hitze und Qualm gibt es gratis dazu. *(Aufnahmen aus dem Inneren einiger Industriebetriebe werden eingeblendet.)* Wer umfällt, erhält vom Meister einen Schluck Wermut. Wichtigstes Mode-Requisit der Frauen sind Hüte, und die bisher bodenlangen Röcke werden etwas kürzer. *(Männer und Frauen in historischer Kostümierung schlendern über die Bühne.)* Damals bekommen viele Männer ja schon beim Anblick eines unbedeckten Damenknöchels weiche Knie. 1911 findet zum ersten Mal der Internationale Frauentag statt. *(Man sieht*

zeitgenössische Fotografien von Frauen bei der Fabrikarbeit.) Nicht nur ein weiblicher Wunsch ist: Gleichberechtigung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiches Wahlrecht.

Die Moderatorin *ist wieder im Bild. Sie steht an einem Pult, das vom hinteren Ende einer überdimensionalen Schraube gebildet wird, die in den Bühnenboden gebohrt worden zu sein scheint. Auf dem Kopf dieser Schraubenattrappe, dessen zum Saal gerichtete Kante mit den Buchstaben IGM verziert ist, liegt Frau Dähns Kladde. Die sie aber nicht benutzt. Frau Dähn spricht frei:* 1913: Die Gewerkschaft hatte schon immens viel erreicht, wenn man bedenkt, daß vor der Jahrhundertwende zum Beispiel die Arbeitswoche noch 120 Stunden dauerte, war sie jetzt reduziert - und zwar auf 54 Stunden. Also im zarten Alter von 22 Jahren ist die Metallgewerkschaft ganz schön erfolgreich. Kaiser Wilhelm der Zweite feierte sein 25jähriges Regierungsjubiläum, und er liebte etwas, nämlich das Symbol der deutschen Friedfertigkeit: den Schutzmann. *Musik. Auf der mit allerlei Grünzeug und einer weißen Bank dekorierten Bühne sitzen und stehen einige à la gute alte Zeit ausstaffierte Damen und Herren herum.* **Wolfgang Völz** *tritt auf, in Uniform mit Pickelhaube, weißen Handschuhen und Schnauzer, und singt das Lied vom Schutzmann: »Ick heeße Müller und bin Schutzmann ...« Beifall.*

Die Moderatorin, *lässig an der Schraube lehnend:* Meine Damen und Herren, wir freuen uns ganz besonders, daß ein Gast eine ganz weite Reise gemacht hat, nämlich sie kommt aus den USA, und Sie kennen sie alle, sie ist ein so großer Star: Helen Schneider. *Auf einem kurzen Laufsteg, der von der Bühne in den Saal reicht, steht* **Helen Schneider.** *Sie singt zunächst »Solidarity forever« (nach der Melodie von »Glory, Glory, Hallelujah«), dann »We go marching, marching in the beauty of the day« und schließlich noch einmal »Solidarity forever«. Beifall. Helen Schneider: »Thank you, thank you.«*

Moderatorin: Helen Schneider gratulierte auf ihre ganz persönliche Weise, und wir möchten nun die entscheidenden Ereignisse der Jahre 1914 bis 24 zeigen. *(Wieder erscheint der Zahnrad-Vorspann mit dem DMV-Signet, gefolgt von einer weiteren Serie historischer Aufnahmen und gestellter Szenen, die diesmal mit den Jahreszahlen »1914 - 1924« versehen sind.)* Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand wird im Juni 1914 in Sarajevo erschossen. *(Gezeigt werden, offenbar irrtümlich, Aufnahmen von der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander I. im Jahr 1934 in Marseille.)* Sein Tod löst den Ersten Weltkrieg aus. November 1918: Kriegsmüdigkeit, Unzufriedenheit der Arbeiter über die schlechte Ernährungslage sind die Ursachen der deutschen Revolution. Die Republik wird ausgerufen. Es entstehen Arbeiter- und Soldatenräte, die Gewerkschaften werden als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. *(Man sieht Menschenaufläufe und Demonstrationen.)* Mitspracherecht, Tarifverträge und der Acht-Stunden-Tag sind die Erfolge. 1922: Das Ausflugsvergnügen Nr. 1. Viele fahren in ihrer Freizeit mit dem Stocherkahn durch den Spreewald. *(Was mit Bildern solcher Stocherkahnfahrten illustriert wird.)* Charly Chaplin schafft den Durchbruch mit seinem Film ‘The Kid’. *(Und erscheint auf alten Photos.)* 1920: Kapp-Putsch. Militär und Arbeitgeber versuchen, die alte Ordnung wiederherzustellen. Kapp ernennt sich zum Reichskanzler. Dagegen setzen die Arbeiter ihre Waffe: einen zehntägigen Generalstreik. *(Aufnahmen bewaffneter Gruppen und streikbereiter Arbeiter bestätigen dies.)* In der Modeszene geht es rund. Der Hit: dunkle Smoking-Jacken, strenge Blazer. Man muß schon genauer hinsehen, um Männlein und Weiblein voneinander zu unterscheiden, die Damenmode wird männlicher. *(Auf der Bühne der Rhein-Main-Halle begutachten zwei Frauen in historischer Kostümierung die Auslagen eines Fachgeschäfts für Dessous.)*

Moderatorin: Man kann es sich kaum noch vorstellen, aber der höchste Stundenlohn beträgt damals 680 Milliarden Mark - 1913 (!) , und man kann das Geld gar nicht so schnell ausgeben, wie es verfällt. Die Arbeitswoche ist nunmehr nur 48 Stunden lang und die Metallgewerkschaft 33 Jahre alt. Das war also in den 20ern, und die 20er galten ja als die verrückten 20er Jahre in Deutschland. In den Großstädten glamourte und glitzerte es, und Berlin war das Eldorado der Sünde. Provinzonkels machten den Potsdamer Platz unsicher und die Mädchen die Bars, und neue Tänze eroberten die Deutschen, und so sollen sie ausgesehen haben: Die Tanzschule Bauer stellt das Ganze nach. *Vor der farbig ausgeleuchteten Zahnrad-Dekoration, die um einige Requisiten erweitert wurde, um den Eindruck zu vermitteln, die Darbietung finde in einem Séparée-bestückten Etablissement statt, führen Mitglieder der* **Tanzschule Bauer** *in Kostümen der 20er Jahre zu Musik aus den 20er Jahren Tänze der 20er Jahre vor. Beifall.*

Moderatorin: Ein Hauch von schönem Selbstbetrug lag über den berühmten 20er Jahren, und der berühmte Kurt Tucholsky beschrieb ihn auch noch. Er war übrigens ein bißchen fürwitziger als die Metaller, er erkämpfte sich nämlich ganze vier Monate früher als die Metaller einen Platz auf dieser Welt. Gisela May übrigens liebt sehr Kurt Tucholsky, sie ist ja die berühmte Brecht-Interpretin und auf allen Bühnen der Welt zu Hause, und manche sagen einfach nur zu ihr: die May. Gisela May. *Die Moderatorin strahlt besonders ergiebig und wendet sich zur Bühne, auf die nun* **Gisela May** *tritt und ein Lied von Bertolt Brecht singt: Das Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens. Beifall.*

Moderatorin: Träume und Hoffnungen brachten die 20er und die 30er Jahre und die 40er eine Weltkatastrophe. *(Eine neue Sequenz historischer Aufnahmen und nachgestellter Szenen beginnt, diesmal versehen mit den Jahreszahlen »1925-1945«.)* Charles Lindbergh überquert im Mai 1927 als erster Mensch im Alleinflug den Atlantik. *(Man sieht Lindbergh starten und landen.)* In 33,5 Stunden bewältigt er die Strecke von New York nach Paris, wo er mit Jubelrufen empfangen wird. Wirtschaftskrise. *(Bilder von Menschenschlangen im Regen.)* Schwere Produktionseinbrüche vor allem in der Metallindustrie, die Folge: Massenarbeitslosigkeit. Im Februar 1932 sind schon 6,2 Millionen erwerbslos, fast die Hälfte

der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geht stempeln. *(Aufnahmen von einer Demonstration.)* Auf der Internationalen Funkausstellung 1933 wird der deutsche Volksempfänger vorgestellt *(man sieht ihn)*, wichtigstes Instrument der Nazi-Propaganda. Im Januar 33 wird Hitler Reichskanzler *(und die Klaviermusik jetzt düster und bedrohlich; dazu gibt es farbige Aufnahmen nächtlicher Nazi-Aufmärsche vor dem Brandenburger Tor)*, und SA und SS marschieren durch Berlin. Gewerkschaften werden wenig später verboten, Funktionäre verhaftet. 1936 finden die Olympischen Spiele in Berlin statt. *(Die Musik ist schon wieder heiter und untermalt das Defilee der Sportler im Berliner Stadion, vorbei am deutsch grüßenden Hitler und den ebenfalls deutsch grüßenden Zuschauern.)* Die deutsche Mannschaft erringt 101 Medaillen, davon 38 mal Gold. *(Zu sehen sind Wettkampfaufnahmen in Zeitlupe.)* Der Volkswagen wird 1938 vorgestellt. Der Typ 60 *(der in diesem Moment über die Bühne fährt, drin sitzt ein zeitgemäß gekleidetes Pärchen)*, hatte einen Vier-Zylinder-Boxer-Motor mit 24 PS bei 3.000 Umdrehungen. Bei den Nationalsozialisten gerät der Hans Albers-Film ‘Große Freiheit Nr. 7’ in schlechten Ruf. Goebbels läßt ihn 1944 verbieten. *(Man sieht einen Filmausschnitt: Hans Albers singt ‘La Paloma, ohé’.)* Anfang der 40er Jahre wird der höhere Saum Mode, genau wie die sogenannte Entwarnungsfrisur. *(Ein Mann in Trench und breitkrempigem Hut und eine Frau mit hochgesteckten Haaren steigen aus dem VW und schlendern über die Bühne.)* Am 8. Mai ist der Zweite Weltkrieg beendet *(was durch historische Aufnahmen der Demontage nazistischer Hoheitssymbole bestätigt wird)*, 50 Millionen Menschen mußten ihr Leben lassen. Der Tag der bedingungslosen Kapitulation wird nach den Jahren der Not, Verfolgung und Vertreibung zum Tag der Befreiung. *(Eine Hitler-Büste wird zertrümmert, Hitler-Fotos werden verbrannt.)*

Moderatorin: 1945, das wissen wir alle, da lag alles darnieder. Damals war die IG Metall 54 Jahre alt, und sie feierte einen der traurigsten Geburtstage in ihrer 100jährigen Geschichte. Erich Kästner gehört auch zu dieser Kriegsgeneration. Er erlebte, wie seine Bücher verbrannt wurden und wie Dresden, seine Geburtsstadt, in Schutt und Asche versank. Seine innere Freiheit aber, die hat er nie verloren, und ich glaube, zu unserer neuen Freiheit gehört, daß gerade die Symbole dieser Stadt Dresden jetzt wieder neu errichtet werden: die Hofkirche und das Schloß. Konstantin Wecker hat mit dieser Vergangenheit nichts zu tun und wiederum doch sehr, sehr viel. Er wird in der Liederszene nämlich ‘Rüpel’ genannt und gleichzeitig ‘sanfter Anwalt des Rechts’: Konstantin Wecker. *Beifall.* **Konstantin Wecker***, Goldkettchen und rotes Hemd, sitzt auf der abgedunkelten Bühne am Klavier. Links und rechts sind meterhohe Bilder der Geschwister Scholl angebracht worden. Wecker singt unter heftigstem Grimassieren sein Lied über die Geschwister Scholl; Refrain: »Ihr wärt hier so nötig, Sophie und Hans, Alexander und all die andern. Eure Schlichtheit und euer Mut, euer Gottvertraun, ach, täte das gut. Denn die Menschlichkeit, man kann’s verstehn, ist hierzulande ja ungern gesehn und beschloß deshalb auszuwandern.« Beifall.*

Moderatorin: Wir sind beim 4. Teil unseres Rückblicks angelangt, und der handelt vor allen Dingen vom Teilen. *(Vorspann wie gehabt, allerdings mit IGM-Signet. Über die folgenden historischen Aufnahmen und nachgestellten Szenen werden die Jahreszahlen »1945-1961« geblendet.)* 1945 wird Deutschland geteilt. *(Ein Schlagbaum senkt sich, dann erscheint ein Schild »Achtung Sektorengrenze«.)* Das Land wird auf die Grenzen von 1937 beschränkt und vom Alliierten Kontrollrat in vier Besatzungszonen aufgeteilt. *(Man sieht ihn tagen; die Klavierbegleitung grollt.)* In den ersten Nachkriegsjahren ist die Ernährungslage katastrophal, die Tagesrationen für einen Normalverbraucher werden auf rund 1550 Kalorien festgelegt. *(Dazu gibts Aufnahmen von Menschen, die ihre Ration in Empfang nehmen.)* Die Kinobesucher sind geteilter Meinung über den Film ‘Die Sünderin’ mit Hildegard Knef. *(Filmplakat.)* Es gab viele Szenen um eine einzige, fast nackte Szene. Gewerkschafter sind ungeteilter Meinung. Sie schaffen die gewerkschaftliche Einheit. Am 21. Oktober 1948 ist in Lüdenscheid die Geburtsstunde der Industriegewerkschaft Metall unter diesem Namen. Der 1. Gewerkschaftstag findet1950 statt. *(Gezeigt werden Bilder von eben diesem - dann erscheint zunächst ein Schriftzug im Stil der 50er Jahre: »Das deutsche Wirtschaftswunder« und daran anschließend Ludwig Erhard am Schreibtisch, Zigarre rauchend.)* Der Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard wird in den 50ern zur Symbolfigur des sogenannten Wirtschaftswunders. Im Trend der Zeit liegen bei den Girls und auch bei den Boys Petty-Coats und die Music-Box, aus der vorwiegend Rock’n Roll ertönt. *(Auf der Bühne tanzt neben einer Wurlitzer ein Pärchen Rock’n Roll.)* In den Wohnzimmern der Eltern stehen damals vor allem Tütenlampen. *(Auch in der Rhein-Main-Halle steht jetzt eine und leuchtet.)* Metallerinnen und Metaller erringen 56/57 einen Tariferfolg, der später zum Gesetz wird. Sie streiken zwölf Wochen in Schleswig-Holstein und erreichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle. *(Gezeigt werden Fotos vom Streik.) Beifall.* Der VW-Käfer wird als erstes Auto um 200 Mark billiger. Messerschmidt stellt 1953 den Kabinenroller vor, und die Vespa, die seit Ende 1945 gebaut wird, ist in Mode. *(Nacheinander rollen ein VW-Käfer, ein Kabinenroller und eine Vespa über die Bühne.)* Die DDR riegelt sich ab. *(Zu sehen sind DDR-Grenzer beim Ausrollen von Stacheldraht.)* 1961 stoppt sie die Fluchtwelle durch Stacheldraht, dann baut sie die Mauer.

Moderatorin: Die Gewerkschaft ist ganz großartig, sie hat nämlich jetzt erreicht, daß der Samstag der Familie gehört, und damals dauerte die Arbeitswoche noch 40 Stunden, und die IG Metall ist jetzt 70 Jahre alt. Ja, wer die deutsche Rundlichkeit liebte, nun, der sah sie, der hatte sie oder der wollte sie unbedingt haben. Und sie hieß: Wirtschaftswunder. Es boomte auf vielen Wegen. Und ‘Zwei Wege’, die Herren aus Dresden, haben den schnurstracksen genommen nach Wiesbaden, und da kommen sie. *Das a capella-Quartett* **Zwei Wege***, vier hemdsärmelige Herren, fahren unter*

anhaltendem Applaus in einem roten VW-Cabrio auf die Bühne, steigen aus und singen fingerschnipsend, beinewerfend und schunkelnd ein Potpourri aus: »Jetzt kommt das Wirtschaftswunder« - Textprobe: »Jetzt schmeckt das Eisbein wieder in Aspik, ist ja kein Wunder nach dem verlorenen Krieg« - und »Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt«. Beifall

Moderatorin: Zu den 50er Jahren und zu den 60er Jahren gehört ja der Rock'n Roll, und er hielt sich eisenhart - wie die IG Metall, und er wurde eigentlich mit den Jahren immer besser - wie die IG Metall, und das kratzige Stimmenwunder aus Italien, meine Damen und Herren, hält spurenweis auf jeden Fall ebenfalls an ihm fest: Gianna Nannini. *Auf der Bühne steht* **Gianna Nannini** *mit ihrer Band. Sie singt einen italienischen Rock-Song. Beifall. Die Kamera schwenkt ins Publikum. Man sieht Klaus Staeck, Bernt Engelmann und Ernst Breit applaudieren.*

Moderatorin: Und noch ein Stück Chronik: Die letzten 28 Jahre waren die Zeit der Höhenflüge und Landungen *(Frau Dähn zeigt erst zur Decke und dann auf den Boden),* und das nicht nur auf dem Gebiet der Luftfahrt. *(Ein letztes Mal erscheint der bekannte Vorspann, versehen mit den Jahreszahlen »1962-1990«.)* Der Amerikaner Neil Armstrong zum Beispiel fliegt in den Weltraum und landet am 21. Juli 1969 als erster Mensch auf dem Mond. *(Man sieht die bekannten Aufnahmen von Armstrongs Sprung auf den Mondboden.)* Anfang der 60er fliegt der Rocksaum in die Höhe, die Engländerin Mary Quand erfindet den Mini-Rock. *(Auf der Bühne sitzen fünf toupierte Mädchen im Mini-Rock und schlagen wechselweis - mal links, mal rechts - die Beine übereinander.)* Gleichermaßen Begeisterung und Empörung, können Sie sich vorstellen. Drei Jahre nachdem die Notstandsgesetze aus dem Bundestag geflogen waren, werden sie 1968 doch verabschiedet, und Studenten protestieren dagegen, kaum daß sie sie überflogen haben. *(Es werden Bilder von einer Anti-Notstands-Demonstration gezeigt.)* Die Bälle der deutschen Tennisidole Steffi Graf und Boris Becker fliegen so gut, daß die beiden sowohl auf dem Siegertreppchen in Wimbledon als auch auf Platz 1 der Weltrangliste landen. *(Man sieht Becker und Graf mit ihren Wimbledon-Trophäen.)* Transparente für die 35-Stunden-Woche fliegen sechs Wochen lang bei einem Streik der Metallarbeiter im Wind. *(Einige dieser Transparente sind zu sehen, die Klavierbegleitung intoniert »Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt«.)* Schließlich müssen die Arbeitgeber den Weg zum Einstieg freigeben. Durch die Ölkrise wird das Autofahren teurer, so daß viele Deutsche mal wieder auf dem Sattel eines Fahrrades landen. *(Über die Bühne rollt ein ganzer Schwarm Radfahrer und Radfahrerinnen.)* Manche fliegen da auch schnell runter. Prinz Charles fliegt auf Diana und landet in ihrem Herzen. *(Dazu gibts Bilder von der königlichen Hochzeit.)* Michael Gorbatschow landet als Generalsekretär der KPdSU an der Spitze der sowjetischen Regierung. *(Porträtfoto Gorbatschows.)* Ja, und zum Schluß gibts noch einen Fall, nämlich den der Berliner Mauer nach 28 Jahren. *(Gezeigt wird das Zusammenpurzeln der Steropur-Mauer aus der Berliner (The Wall'-Inszenierung von Pink Floyd.)* Die DDR tritt der Bundesrepublik bei, die dadurch fünf neue Bundesländer bekommt. *Beifall.*

Moderatorin: 1990 ist die IG Metall 99 Jahre alt, sie hat 3,7 Millionen Mitglieder, und die Arbeitswoche im Westen nur noch 37 Stunden. Mehr Freizeit, mehr Zeit für die Liebe, würde jetzt Klaus Lage sagen, damit nämlich die Liebe in der Welt nicht abhanden kommt. Klaus Lage. *Beifall. Auf der Bühne steht* **Klaus Lage** *mit seiner Band. Die Scheinwerfer bilden um ihn einen Lichtdom. Lage singt das Lied von der Heimat: »Heimat, schönes reiches Land, immer wieder haben wir's in der Hand: deine vollen Gaben, Heimat ... Ich will dich nicht immer wieder verlieren, dazu bist du mir einfach zu schön, zu schön.« Beifall.*

Die Moderatorin *tritt an das Klavier, an dem bereits, ein wenig drauf herumklimpernd, Konstantin Wecker sitzt:* Irgendwer, meine Damen und Herren, hat mal gesagt, daß der Fortschritt eine Schnecke ist, und irgendwer von der IG Metall hat gesagt, daß die IG Metall sich damit garantiert nicht abfinden wird. Happy Birthday der IG Metall! Und wenn sie gebraucht wird, dann wünschen wir ihr weitere 100 Jahre. *Beifall. Wecker greift fester in die Tasten und singt: »We shall overcome.« Nach und nach treten die übrigen Mitwirkenden der Veranstaltung hinzu und fallen in das Lied ein: Klaus Lage, Helen Schneider, die Zwei Wege, Gianna Nannini (die den Text ändert und plötzlich »Schwarz und Weiß zusammen« kräht) etc. Sie alle singen nun, unterstützt vom rhythmischen Klatschen des Publikums, das schließlich ausgelassen zu johlen beginnt, »We shall overcome«. Abspann.*

Wolfgang Schneider

Gaudi auf den Gräbern

Am Ende seines Referats über »Gewerkschaftseinheit und soziale Spaltung«, das Franz Steinkühler am 4. Juni während der Sitzung des Beirats der IG Metall im Frankfurter Sheraton vortrug, kam er auch auf die »große staatliche und gesellschaftliche Aufgabe« zu sprechen, die die Deutschen gegenwärtig zu bewältigen hätten und die »das *Bewahren* der besten Traditionen unserer hundertjährigen Geschichte« erfordere: »Eine Nation aufzubauen« gelte es, nun, da die staatliche Einheit wiederhergestellt sei und auch die Gewerkschaften sich wieder zusammengeschlossen hätten, verkündete er seinen Kollegen und bezog sich, um dieses Vorhaben zu präzisieren, ausgerechnet auf den vor den Nazis nach

Frankreich geflohenen Sozialwissenschaftler Norbert Elias, der einen Gutteil seines Arbeitslebens damit zugebracht hatte, eine Erklärung dafür zu finden, warum alle darauf gerichteten Aktivitäten der Deutschen nicht nur für sie selber, sondern vor allem für die ihnen benachbarten Völker katastrophale Konsequenzen gehabt haben, und warum es möglich sei, daß bei der Neuauflage eines derartigen Versuchs sich auch sein Ergebnis wiederhole. Für den Aufbau einer Nation, zitierte Steinkühler, sei es nötig, »trotz aller Klassen- und Parteikonflikte sämtliche Schichten und Gruppen gleichberechtigt in den Kreislauf des gesellschaftlichen Lebens miteinzubeziehen, sie in die Nation zu integrieren«.

Am nächsten Morgen versammelten sich die Spitzen der solcherart apostrophierten Volksgemeinschaft - der Metallarbeitgeber-Präsident neben dem IG Metall-Chef, die sozialdemokratische Führungsriege neben christdemokratischer Prominenz usw. - denn auch gleichberechtigt zum vom Fernsehen life übertragenen Geburtstagsfestakt in der Paulskirche, einem zum Anlaß durchaus passenden Ort, der als »Wiege der deutschen Demokratie« (»SZ«) besungen wird, obwohl doch in ihr der Versuch, eine bürgerliche Demokratie in Deutschland zu installieren, kläglich scheiterte, und lauschten dem Bundeskanzler, der »das große gemeinsame Aufbauwerk nach der Währungsreform 1948 im freien Teil unseres Vaterlandes« beschwor und die anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre aufforderte, auch heute wieder alles zu tun, »daß das Aufbauwerk im Osten gelingt«. Wie die abendliche Geburtstagsfeier, der »heiter-besinnliche Rückblick auf die zurückliegenden 100 Jahre«, zeigte, dessen Ausstrahlung durch das ZDF hier dokumentiert ist, konzentriert sich die Bereitschaft der mitgliederstärksten Organisation der deutschen Arbeiterbewegung, vaterländisch zuzupacken, zur Zeit allerdings vor allem aufs Immaterielle, darauf nämlich, den frustrierten, sich abermals betrogen wähnenden Deutschen Stimmung und ein gutes Gewissen zu einem Chauvinismus zu machen, der seit 1914 zum unverlierbaren Traditionsbestand der hiesigen Gewerkschaften gehört, indem sie ein Bild der deutschen Geschichte entwarf, aus dem nicht nur mit jenem auch gleich die Taten getilgt waren, zu denen er angestachelt hatte, sondern das darüber hinaus Anlaß zu allerlei schenkelschlagender Heiterkeit bot.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Bild und denen, die es goutierten, ergibt jedoch eine Konstellation, in der der Kritiker rasch lächerlich erscheint, schon weil er unweigerlich zu hören bekäme, es sei das alles ja schließlich gar nicht so ernst gemeint, ob er denn überhaupt keinen Spaß verstehe, und weil der dann fällige Hinweis, der ‘Spaß’ höre nun mal auf, wo ein Verein zum Amüsement wild entschlossener Spießbürger auf Kosten der Toten, mit denen die Deutschen im Verlauf zweier Kriege um die Weltherrschaft Europa bedeckten, sich einen vergnügten Abend macht, auf bares Unverständnis stieße. Wer daher Gefallen gefunden oder auch bloß keinen Anstoß genommen hat an der grotesken Tingeltangel-Version der letzten 100 Jahre deutscher Geschichte, die die IG Metall in Wiesbaden über die Bühne gehen ließ, dem wird auch durch die Versicherung nicht zu helfen sein, daß etwa der 1. Weltkrieg nicht nur ausgelöst und beendet wurde, sondern tatsächlich stattgefunden hat, daß die 30er Jahre in Deutschland nicht nur »Träume und Hoffnungen«, sondern vor allem Mord, Folter und Verfolgung durch die Träumenden und Hoffenden brachten, daß der Nationalsozialismus sich keineswegs im Verbot der Gewerkschaften, der Verhaftung einiger Funktionäre, den 101 Medaillen (»davon 38 mal Gold«!) der deutschen Olympiamannschaft und den 3000 Umdrehungen des Vier-Zylinder-Boxer-Motors erschöpfte, daß am 8. Mai 1945 nicht etwa die Deutschen von ihren Unterdrückern befreit worden sind (was die ‘Trauer’ des vier Wochen später gefeierten Gewerkschaftsgeburtstags zur Trauer über die Niederlage des Deutschen Reiches macht) und daß die Garnierung all dieser Leerstellen mit Rocksäumen, Pickelhauben, Tretautos, Tütenlampen, Tanzdarbietungen, Tennisstars, Hofkirchen, königlichen Hoheiten, volkstümlichem Liedgut, Eisbein in Aspik und einer erbarmungslos Frohsinn abstrahlenden Moderatorin, mit Zutaten also, wie sie gewöhnlich die Regenbogenpresse liefert, Ausdruck eben jener Gesinnung ist, die es den Deutschen immer mal wieder erlaubt hat, gutgelaunt über das hinwegzukommen, was sie anderen antaten.

Dabei bestand die besondere Schamlosigkeit der IG Metall nicht einmal darin, daß sie wie jeder x-beliebige Unternehmer, Politiker oder Wissenschaftler, dessen Vergangenheit da und dort zu wünschen übrig läßt, die eigene Biographie so heftig retuschierte, daß von ihr außer dem zunehmenden Alter und der abnehmenden Arbeitszeit kaum mehr was übrig blieb - die rückhaltlose Unterstützung der Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland von 1914 bis 1918 durch die Gewerkschaften, ihre unbedingte nationale Loyalität, die für den reibungslosen Ablauf der Kriegsproduktion ebenso sorgte wie für die Disziplinierung ihrer bald kriegsmüden Mitglieder und die ihnen schließlich neben der Einstufung als »kriegswichtige Einrichtungen« auch die offizielle Anerkennung als rechtmäßige Vertretung der Arbeiterschaft einbrachte (1916 - nicht etwa erst im Zuge des Novemberaufstands 1918!), wird ebenso verschwiegen wie die kampflose Kapitulation der Gewerkschaften vor den Nazis und ihr Bemühen, sich im Frühjahr 1933 den neuen Machthabern als national gesinnte und an der Verwirklichung der Volksgemeinschaft arbeitende »Schule der Verantwor-tung« für ein Volk anzudienen, das sich nun seines »Rechts auf nationale Selbstbestimmung« bewußt werde (Theodor Leipart). Der über den gewöhnlichen Opportunismus hinausreichende Skandal der IGM-Veranstaltung besteht vielmehr darin, daß mit den Opfern der deutschen Raub- und Vernichtungszüge keineswegs auch die Jahre ausgeblendet werden, in denen diese stattfanden, sondern daß, um nur ein Beispiel zu nennen, *an die Stelle* eines Hinweises auf die Wannsee-Konferenz der »kürzere Saum« und die »Entwarnungsfrisur«, also *an die Stelle* des schlechten Gewissens, das selbst noch aus dem Verschweigen spricht, die Gaudi getreten ist.

Damit haben die Jubilare ein Programm zur affirmativen Beschäftigung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts übererfüllt, das am 29. Juni dieses Jahres der Bonner Zeitgeschichtsprofessor und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz unter dem hoffnungsfrohen Titel »Ende der Gedenktage?« in der »Welt« vorstellte. Professor Schwarz hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß den »zeitgeschichtlichen Palaverrunden« im Fernsehen und »den Schreibern der vielen Gedenkartikel« zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion »nichts Neues eingefallen« ist. Er hat daraus frohen Herzens geschlossen, »daß 'Vergangenheitsbewältigung', 'Trauerarbeit' oder wie immer man diese Exerzitien eines gequälten Bewußtseins bezeichnet hat, nun doch offenbar zu den auslaufenden Attitüden gehören«. Nur noch ein paar Rentner, glaubt Schwarz, die damals dabei waren und die »dann und wann von schweren Träumen geplagt werden, mögen noch hinhören und hinsehen«. Für alle anderen aber »ist die Geschichte endgültig Geschichte geworden und versinkt ins Vergessen«. Eine Entwicklung, mit der Schwarz nicht nur einverstanden ist, sondern die er nach Möglichkeit beschleunigen möchte. Denn noch immer, so hat er feststellen müssen, gebe es hier und da ein »Übersoll an organisierter Erinnerung«. Die Aufmerksamkeit etwa, die 1989 dem 50. Jahrestag des »Kriegsausbruchs« zuteil wurde, oder die Intensität, mit der man sich 1985 mit der »40. Wiederkehr der Kapitulation von 1945« beschäftigte, sind ihm da in besonders schlechter Erinnerung geblieben. Dabei sollte man doch, wünscht der Professor, einem »an und für sich so ignorierenswerten Jahrestag« wie dem 8. Mai überhaupt keine Beachtung mehr schenken. Das sei nach dem Niedergang des Kommunismus, dessen Propagandapparat im Verein mit der »von einer kollektiven Vergangenheitsneurose umgetriebenen« deutschen Linken den »Bewältigungsrummel« angetrieben habe, indem er »das Thema Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg unerbittlich am Kochen hielt«, auch einfach nicht mehr zeitgemäß. Die weltpolitischen Veränderungen verböten es nämlich geradezu, »mit den künstlichen Erinnerungsexerzitien so fortzufahren wie bisher«, weil inzwischen, zum Beispiel »aus den Stasi-Archiven«, »die kommunistische Vergangenheit aufgestiegen (ist) und ... für die künftigen Jahrzehnte das Hauptthema der Vergangenheitsbewältigung einer jüngeren Generation darstellen (wird)«. Was nun doch erwarten lasse, »daß auch die Deutschen mit ihrer Vergangenheit der ersten Jahrhunderthälfte zurechtkommen«. Gerade im richtigen Moment übrigens versänken nun »die Gespenster der jüngsten Vergangenheit im grauen Strom Lethe«, schließt Schwarz, denn »zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag«.

Mit ihrer Geburtstagsfeier, in deren Verlauf sie die Geschichte des Deutschen Reiches zum Gegenstand der Bewunderung und des Amüsements zurechtpräparierte, hat die IG Metall ein Beispiel dafür gegeben, wie die Deutschen fortan »mit ihrer Vergangenheit der ersten Jahrhunderthälfte zurechtkommen« können. Sie hat das in einem Kontext getan, in dem ihr Vorsitzender, auch er gelockt von »neuen Ufern«, die doch bloß die alten sind, die Gewerkschaften dazu aufrief, das vereinigte Deutschland zur »Nation aufzubauen«. Erinnerungen an eine Vergangenheit, in der ein solches Vorhaben zur Zerstörung eines Kontinents und zur Ausrottung ganzer Völker führte, würden da nur stören.

Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 3/91 über die deutschen Reaktionen auf den Golfkrieg

Konkret 08/91, S. 54

Angela Vogel

Sozialplanung und Völkermord
»Vordenker der Vernichtung«

Über ein Jahr sind Götz Alys und Susanne Heims Thesen über den Bedingungszusammenhang von ökonomischer Rationalität und nazistischer Vernichtungspolitik in KONKRET diskutiert worden (vgl. Nr. 10/89-11/90). Jetzt haben die beiden Autoren eine umfangreiche Studie zum Thema vorgelegt, in der sie die Ergebnisse ihrer Forschung ausbreiten und ihre Überlegungen präzisieren. Im Folgenden beschäftigt sich zunächst die Frankfurter Politologin Angela Vogel mit den für Aly/Heim zentralen bevölkerungsökonomischen Argumenten der NS-Planer. Daran anschließend formuliert der Konstanzer Historiker Ernst Köhler drei Einwände gegen die Schlußfolgerungen, die Aly und Heim aus ihren Untersuchungen gezogen haben

»In diesem Jahr werden 20 bis 30 Millionen Menschen in Rußland verhungern. Vielleicht ist das gut so, da bestimmte Völker dezimiert werden müssen« - das teilte der Chef der Vierjahresplanbehörde im NS-Staat, Hermann Göring, im November 1941 dem italienischen Außenminister Graf Ciano mit. Seit fünf Monaten rückte die Wehrmacht in der UdSSR vor. In den Entscheidungszentren der NS-Macht stapelten sich die wissenschaftlichen Expertisen, Planspiele und Konzepte, die den Hungertod von Millionen von Osteuropäern, eine großräumige Entvölkerung und ‘Entjudung’ vorsahen. Sie waren Teil des Gesamtplans, eine arbeitsteilige und nach US-Vorbild durchrationalisierte »europäische Wirtschaftsgemeinschaft« unter deutscher Führung zu schaffen. Im September hatten in Auschwitz die ersten Versuche begonnen, Menschen in großer Zahl mit dem Insektenvernichtungsmittel »Zyklon B« zu ermorden. Die Tötungs-Spezialisten probierten es an sowjetischen Kriegsgefangenen aus, bevor sie die europäischen Juden ins Gas trieben.

Nachzulesen sind die Einzelheiten dieser Zusammenhänge der NS-Vernichtungspolitik in dem Band »Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung«von Susanne Heim und Götz Aly *. Ihre darin ausführlich begründeten und mit historischem Material abgesicherten Thesen über den Zusammenhang der nazistischen Massenmorde mit den Maßgaben bevölkerungsökonomischer Planungen hatten die Autorin und der Autor zum ersten Mal 1987 in ihrem Aufsatz »Die Ökonomie der ‘Endlösung’. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung« erläutert. Sie lösten während des im Juni 1989 vom Hamburger Institut für Sozialforschung veranstalteten Symposiums »Wissenschaft und Massenvernichtung. Zur Rationalität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik« eine heftige Debatte unter den versammelten Historikern und Sozialwissenschaftlern aus. Die weitere Arbeit an »Vordenker der Vernichtung« blieb davon nicht unberührt, im Gegenteil - und so mag es als glücklicher Umstand gelten, daß die der Buchveröffentlichung vorausgegangene Kontroverse nun ebenfalls nachzulesen ist, und zwar in dem von Wolfgang Schneider im Junius Verlag herausgegebenen Band »’Vernichtungspolitik’. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland«**. Dieses Buch umfaßt Beiträge so unterschiedlicher Autoren wie Dan Diner, Jan Philipp Reemtsma, Ulrich Herbert, Ernst Köhler, Werner Röhr oder Karl Heinz Roth und natürlich: eine Antwort von Aly und Heim auf ihre Kritiker, Titel: »Wider die Unterschätzung der nationalsozialistischen Politik«.

In seinem Vorwort resümiert der Herausgeber noch einmal die Kernfrage der Auseinandersetzung: ob denn der »Antisemitismus der Nazis« als »integraler Bestandteil eines nach wirtschaftlichen Kriterien formulierten Konzepts zur Neuordnung Europas« zu begreifen sei, oder ob nicht eher die »nüchternen Kalkulationen der Völkermord-Planer eine der Gunst der Stunde geschuldete Rationalisierung ihrer rassistischen Wahnvorstellungen« darstellten. Damit im Zusammenhang stehen freilich noch grundsätzlichere Fragen, die geeignet sein dürften, eingefahrene Diskussionen aus dem Gleis zu werfen: Darf die systematische Ausrottung der europäischen Juden in einem Atemzug mit dem Vernichtungsfeldzug der Deutschen gegen die osteuropäischen Völker genannt werden? Gehorchte dieser millionenfache Mord wirklich einem logischen, einem wissenschaftlichen Kalkül? Ist es möglich, Hannah Arendt begründet zu widersprechen, die behauptet hat, daß das Einzigartige an der Vernichtung der europäischen Juden nicht die Zahl der Opfer gewesen sei, sondern die Tatsache, daß es auf der Seite der Mörder keinerlei Nützlichkeits- und Interessenabwägung gegeben habe?

»Als wir vor bald fünf Jahren begannen, uns mit der deutschen Wirtschaftspolitik und -planung im besetzten Polen zu beschäftigen«, schreiben Susanne Heim und Götz Aly in »Vordenker der Vernichtung«, »stießen wir auf zwei Phänomene: ... Da war zunächst die in der Sekundärliteratur nur wenig beachtete Tätigkeit intellektueller Experten, die sowohl der Zivilverwaltung als auch der SS im besetzten Polen beratend zur Seite standen: junge Akademiker, die ... von gelegentlich rassistischen Bemerkungen abgesehen - sachbezogen und nüchtern argumentierten. Beim Lesen ihrer Expertisen stießen wir dann immer wieder auf ein Argumentationsmuster: das ‘Überbevölkerungsproblem’. Egal, ob es sich nun um Stellungnahmen zur Landwirtschaftspolitik, Gutachten zur ‘Judenfrage’, zu einzelnen Gewerbezweigen oder zu den Perspektiven der Siedlungspolitik handelte; egal, ob vom Generalgouvernement die Rede war, von Südosteuropa oder von den besetzten Teilen der Sowjetunion: die Annahme, daß es ein ‘Überbevölkerungsproblem’ oder einen ‘Bevölkerungsdruck’ gebe, zieht sich als roter Faden durch die wissenschaftlichen Geheimstudien und die Aufsätze dieser

Politikberater. Und fast immer schloß sich der Darlegung dieser ‘Frage’ die Forderung nach einer baldigen ‘Lösung’ an, nach einer grundlegenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur.«

Überrascht davon, daß eben diese damals so »selbstverständliche« bevölkerungsökonomische Argumentation in der »kritischen Nachkriegsliteratur über die nationalsozialistische Ost- und Südosteuropapolitik fehlt«, folgten Heim und Aly den Spuren einer Reihe dieser Wissenschaftler und Politikberater: von Posten zu Posten, von Ort zu Ort. Dabei stießen sie auf eng miteinander kooperierende Denkfabriken, wie etwa das »Kieler Institut für Weltwirtschaft«, das »Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft« (RKW), das Königsberger »Institut für Osteuropäische Wirtschaft«, das Krakauer »Institut für Deutsche Ostarbeit«, das Frankfurter »Institut zur Erforschung der Judenfrage« oder Himmlers Brain Trust, das 1939 gegründete »Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums« (RKF), dessen »Generalplan Ost« von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wurde. Wirtschafts- und Verwaltungsfachleute, Raum- und Städteplaner, Statistiker und Agronomen, Arbeitseinsatzspezialisten und Bevölkerungsökonomen erstellten hier Tausende von Geheimgutachten, Expertisen und Planspiele, die den NS-Machthabern als Tischvorlagen dienten. »Die Führungsspitze des nationalsozialistischen Staates« habe ganz modern, »in der Regel nicht einfach nach Gutdünken« entschieden, »sondern auf der Grundlage umfassender Denkschriften«. Während Franz Neumann in seiner frühen Analyse des Nationalsozialismus, »Behemoth«, Industrie, Bürokratie, Partei und Militär als die »vier Säulen der NS-Herrschaft« erkannt hat, so arbeiten Aly/Heim jetzt heraus, daß »diese Säulen ... das immer monströser werdende imperiale Gebäude des damaligen deutschen Staates nicht zuletzt deshalb tragen (konnten), weil sie durch ebendiese wissenschaftliche Beratung miteinander verstrebt und permanent stabilisiert wurden«.

Die einzelnen Planungs- und Realisierungsschritte der nazistischen Expansions- und Neuordnungspolitik unterteilen die Autoren in drei historische Phasen: 1) die Politik der ‘Entjudung’ im sogenannten Altreich ab 1938; 2) die Entwicklung einer einheitlichen bevölkerungspolitischen Konzeption zur »vollständigen Veränderung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur Polens« sowie des »Generalgouvernements« nach dem Überfall auf Polen 1939; 3) die ab 1941/42 erarbeiteten Pläne, die »Überbevölkerung« in der Sowjetunion zu ‘beseitigen’. Diese Pläne, so Aly/Heim, gehörten auch »zum Entscheidungshintergrund ... für die im Sommer 1941 beschlossene ‘Endlösung der Judenfrage`, wobei eben »deutsche Wirtschaftsfachleute (diese Entscheidung) zusätzlich dadurch (förderten), daß sie Gutachten erstellten, denen zufolge aus den enteigneten, in den Ghettos hungernden Menschen kein Gewinn mehr herauszupressen« sei.

Der historische Ausgangspunkt ist das Jahr 1938: »Meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt«, äußerte sich Göring am 12. November 1938, 3 Tage nach der Pogromnacht des 9. November, und forderte, »nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung vorzunehmen«.

»Arisierung« ist eines der Reizworte, welche die Historiker bislang in eine bestimmte Richtung zu denken veranlaßten. Aly und Heim aber prüfen - wohl zum ersten Mal - der »Arisierung« ihren Wahrheitsgehalt ab. Sie können belegen, daß sie »nicht in erster Linie Zwangsübereignung jüdischer Firmen an profitsüchtige ‘arische’ Kapitalisten« war, »sondern wesentlich ... staatlich gesteuerte Stillegung und Rationalisierung« - als Vorbild habe das sogenannte »Wiener Modell« gedient, entworfen auf der Basis von Expertisen u.a. desRKW-Rationalisierungs-experten Rudolf Gater. Der habe sich schon im Dezember 1938 gerühmt, 80 Prozent aller jüdischen Betriebe Wiens *stillgelegt* zu haben. An Hand von Dokumenten belegen Aly und Heim, daß dabei Gesichtspunkte der städtischen Raumplanung, der ökonomischen Standortverdichtung und Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität eine Rolle spielten. Ferner habe man beileibe nicht nur die mit österreichischen Juden »überbesetzten« Gewerbe ‘bereinigt’. Es sei vielmehr nur ein Anfang gewesen, um die rückständige österreichische Wirtschafts*struktur* zu modernisieren, wozu auch gehörte, die Berufsqualifikationen der Bevölkerung radikal umzuschichten. »Umschichtung« aber sei kein rassenideologischer, sondern ein soziologischer Begriff. So müsse aus alledem gefolgert werden: »Die jüdische Minderheit aus der Wirtschaft herauszudrängen, war in diesem Kontext ein erster vorgezogener, besonders leicht durchsetzbarer Schritt im Rahmen des großen Versuchs, die sozialen, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse neu zu ordnen. In Wien wurden so erstmals rassistische Ideologie und volkswirtschaftliche Rationalisierung koordiniert. Die sozialen Folgen wurden durch die Enteignung und soziale Benachteiligung einer Minderheit abgefangen.«

Das Wiener Modernisierungsmodell wirkte in der Tat multifunktional. Es diente als ökonomisches, sozialpolitisches und sozialpsychologisches Vorbild im ‘Altreich’, in den besetzten Niederlanden, in Polen und den anderen ost- und südosteuropäischen Ländern - wobei die Autoren freilich nicht erklären, wie Ulrich Herbert richtigerweise kritisch angemerkt hat, welche Funktion dieses Modell denn in Frankreich und den skandinavischen Ländern hatte. Fakt aber bleibt, daß seine Befolgung überall einen Mechanismus in Gang setzte, der auf immer erweiterter Stufenleiter fortlief: Die um Besitz oder Arbeit und Lohn gebrachten Juden konnten nur in seltenen Fällen auswandern - wie von den NS-Machthabern zunächst gewünscht. Sie, die nicht mehr erwerbstätig sein durften, wurden bettelarm und mußten doch essen. Parasiten nannte man sie bald. Der Plan, Lager für Juden von Juden bauen zu lassen - irgendwo in menschenleeren Regionen, Sand- oder Sumpfgebieten - er war gleichsam schon mit Händen zu greifen. Ghettoisierung, Deportation, Massenerschießungen: Die Politikberater boten diese Maßnahmen als ‘Lösungen’ für die von ihnen gerade geschaffenen

Probleme an, schufen damit weitere, erzeugten Widersprüche. Binnen weniger Jahre lief die »Politik der Entjudung« auf das Konzept der »Endlösung« zu, wurde die »Judenfrage« zur »bevölkerungspolitischen Massenfrage«.

Als die Wehrmacht Polen eroberte, folgte im Troß die akademische, die wissenschaftliche Intelligenz. In Polen ernährte sich die - oft völlig verarmte - jüdische Bevölkerung ausschließlich von der Kleinfabrikation und vom Warenvertrieb. 80 Prozent der polnischen Bevölkerung lebten - auch sie extrem arm - von einer meist kleinst parzellierten Landwirtschaft. Hier wie in anderen ost- und südosteuropäischen Ländern verbrauchten die meisten Bauern, was sie produzierten. Für den polnischen Staat und erst recht für die Besatzer war aus dieser genügsamen Subsistenzwirtschaft wenig rauszuholen, es sei denn, man zerschlüge diese Strukturen, fände Mittel und Wege, den Konsum scharf zu drosseln, ohne störende Sozialkonflikte heraufzubeschwören, und den Menschen die Notwendigkeit leistungsorientierter Mehrarbeit nach Weltmarkt-Produktivitätsniveau unter die Haut zu riemen. Jetzt erst begann, so Aly/Heim, der wirkliche Aufstieg dieser sehr jungen, aber übergreifend statistisch arbeitenden Wissenschaft: der Bevölkerungsökonomie, die, Aly und Heim wenden es in dem Sammelband »Vernichtungspolitik« ausdrücklich gegen ihren Kritiker Ulrich Herbert ein, nicht mit einer »Ökonomie der Arbeitskräfte« verwechselt werden dürfe.

Führend im Entwerfen bevölkerungsökonomischer Konzepte wurden Planer wie der Königsberger Wissenschaftler Theodor Oberländer oder der Ökonom Helmut Meinhold vom Institut für Deutsche Ostarbeit. Der Fachterminus »Überbevölkerung« war bald etabliert, binnen kürzester Frist galt der gesamte ost- und südosteuropäische Raum nach Segregationsschemata als »überbevölkert«, doch, so Aly/Heim, »Überbevölkerung« meinte nicht etwa, daß zu viele Menschen auf zu kleinem Raum mit zu geringen Ressourcen wirtschafteten, um überleben zu können, sondern »Überbevölkerung« hieß, laut Theodor Oberländer, »Abweichung von einer gedachten Normalbevölkerung«, dem sogenannten »Bevölkerungsoptimum«, und das zielte auf »eine Bevölkerungszahl, die es erlaubte, aus den ökonomischen Ressourcen eines Landes den bestmöglichen Ertrag« herauszuholen: »Wurde dieses Optimum unterschritten, so blieben die Wirtschaftskapazitäten nur unvollständig genutzt, wurde es überschritten, so geriet die ‘überzählige Bevölkerung’ tendenziell zur ‘volkswirtschaftlichen Belastung’. Dann partizipierten Menschen am ökonomischen Ertrag, die entweder überhaupt nicht oder nur mit einem Teil ihrer Arbeitskraft zu seiner Erzeugung beitrugen. Sie verbrauchten damit die theoretisch möglichen Überschüsse, die sonst zur Steigerung des Ertrages oder in die Industrialisierung hätten investiert werden können.« (Aly/Heim)

Entscheidend für die Neuordnungspläne der Nazis ist eben dieser rekonstruierte volkswirtschaftlich mathematisch-statistisch ausgerichtete Blickwinkel der Wissenschaftler gewesen, wobei die meisten Beiträge der im Band »Vernichtungspolitik« abgedruckten Kontroverse belegen, wie unverstanden diese Wissenschaft von der Bevölkerungsökonomie noch immer ist. Wenn auch eine ganze Reihe von Fragen weiterhin offen bleiben, haben demgegenüber Aly und Heim jedoch verdeutlichen können, daß die nazistischen Experten das neue Europa vom Atlantik bis zum Ural wie auf Reißbrettern konzipierten. Sie forderten Zukunftsinvestitionen und feierten sich selbst nicht zuletzt deshalb als »Krisenmanager«. Die Ausgaben für die Ermordung der Juden, die Kosten für die ‘Eliminierung’ der ‘überflüssigen Esser’, der `Unproduktiven’ im Osten, eben jener Abermillionen, die man nicht brauchen konnte, weil sehr viel weniger Menschen reibungslos sehr viel mehr erarbeiten sollten, dort, wo die Okkupanten sie hinzubefehlen gedachten: das mochte sich kurzfristig nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Daten ‘nicht rechnen’, wie etwa der amerikanische Historiker Christopher Browning in seiner Kritik an Aly/Heims Darstellung der Ghettopolitik in Polen argumentiert hat. Weltmarktwirtschaftlich aber, unter Berücksichtigung entsprechender geostrategisch anvisierter Ausbeutungseffekte auf höchstem Modernisierungsniveau, Investitions- und Amortisationszeiten, biostatistischen, technologischen, ökonomisierten kulturellen und anderen zugrundegelegten Eckdaten für die Neuordnung Europas: da mochte es sich sehr wohl ‘rechnen’, die Juden durch ganz Europa nach Auschwitz zu karren, um sie dort zu vergasen. Und an dieser Stelle wird klar: Die Frage, ob die »nüchternen Kalkulationen der Völkermord-Planer« nicht eher »eine der Gunst der Stunde geschuldete Rationalisierung« der »rassistischen Wahnvorstellungen« der NS-Politikberater waren, vermag die Virulenz des in ihren Planungen aufscheinenden bevölkerungsökonomischen Denk- und Realisierungsansatzes so wenig zu fassen, wie ihre eingangs erwähnte Entgegensetzung.

Die Wissenschaft von der Bevölkerungsökonomie impliziert die Optimierung aller volkswirtschaftlichen Faktoren - sei es destruktiv und/oder konstruktiv. Sie führte, behaupten Aly und Heim, zu Auschwitz und dazu, daß die Experten darüber hinaus »auf eine Fortsetzung der ‘negativen Bevölkerungspolitik’ auch nach den Massenmorden und -deportationen des Jahres 1942« drängten, weil »der planmäßige Genozid ... ihrer Meinung« nach »auch 1943 erst ein Anfang auf dem Weg zu einer noch umfassenderen ‘Senkung der Volkszahl’ in Europa« war.

Diese Thesen haben Götz Aly und Susanne Heim massiven Widerspruch eingetragen - wie etwa die Beiträge von Ulrich Herbert, Ernst Köhler oder Christopher Browning in dem Band »Vernichtungspolitik« belegen. Mehr als alles andere mag nun ihr Resümee provozieren, daß »der traditionelle deutsche Antisemitismus und Minderheitenhaß, Dünkel und Unduldsamkeit zwar zu den geschichtlichen Voraussetzungen« gehörten, »die Auschwitz möglich machten«, daß dies alles aber nicht dazu ausgereicht hätte, »um Auschwitz Wirklichkeit« werden zu lassen: »Vielmehr«, so schließen sie, »mußte sich die aggressive Ideologie des Nationalsozialismus, die alte Vorurteilsmuster aufnahm und ständig aktivierte, mit der

Aggressivität umfassender Sanierungs-, Entwicklungs- und Neuordnungspläne kreuzen.« Genau diese Interdependenz aber mache die Ermordung vieler Millionen Menschen reflektier- und »jeden einzelnen Schritt« des Ausrottungsprogramms »gedanklich nachvollziehbar«. »Von einem (schwarzen Loch` des Erklärens«, von dem Dan Diner gesprochen hat, könne »(leider) keine Rede sein« (»Vernichtungspolitik«, S.169). Vielmehr stünden »die Abgründe eines planenden, praxisorientierten Rationalismus, der von sich aus dazu tendiert, moralische Bindungen abzuschütteln«, und ein »konzeptionelles Denken« zur Debatte, dem »Massenmord zum ‘sinnvollen’ Mittel struktur- und entwicklungspolitischer Planungen wurde«, und - eben das sei nicht auszuschließen - unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen auch wieder werden kann.

* Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hoffmann und Campe, Hamburg 1991

** Wolfgang Schneider (Hg.): »Vernichtungspolitik«. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Junius Verlag, Hamburg 1991

Konkret 08/91, S. 57

Ernst Köhler

Sozialplanung und Völkermord
Es bleibt ein Unbehagen

Über ein Jahr sind Götz Alys und Susanne Heims Thesen über den Bedingungszusammenhang von ökonomischer Rationalität und nazistischer Vernichtungspolitik in KONKRET diskutiert worden (vgl. Nr. 10/89-11/90). Jetzt haben die beiden Autoren eine umfangreiche Studie zum Thema vorgelegt, in der sie die Ergebnisse ihrer Forschung ausbreiten und ihre Überlegungen präzisieren. Im Folgenden beschäftigt sich zunächst die Frankfurter Politologin Angela Vogel mit den für Aly/Heim zentralen bevölkerungsökonomischen Argumenten der NS-Planer. Daran anschließend formuliert der Konstanzer Historiker Ernst Köhler drei Einwände gegen die Schlußfolgerungen, die Aly und Heim aus ihren Untersuchungen gezogen haben

Mein Eindruck von den Thesen Götz Alys und Susanne Heims ist nach wie vor ein zwiespältiger - auch nach der Lektüre von »Vordenker der Vernichtung«. Ich habe das Buch mit Bewunderung gelesen. Es bringt ganz neue Gedanken in die alte und ziemlich stagnierende Diskussion über die ‘Modernität’ des Dritten Reichs. ‘Modern’ am NS-Regime war danach vor allem, daß es immer mehr Menschen, daß es ganze Minderheiten und ganze Völker für überflüssig erklärt und als überflüssig ermordet hat oder zu ermorden beabsichtigte. Von den Sanierungsplänen der hier erstmals überhaupt ins Blickfeld gerückten Expertokratie - und es war eine wirkliche, in den Machtzentren des Regimes präsente und etablierte Expertokratie - fällt ein neues Licht auch auf die rassistischen, eugenischen, sozialdarwinistischen Ideologien des Dritten Reichs. Auch diese Ideologien kann man als Entwürfe einer imperialen Leistungsgesellschaft verstehen. Wissenschaft und Mythologie, die Rationalität der Pläne und der Irrationalismus der Feindbilder wirken zusammen und bekräftigen sich gegenseitig in der Projektierung und Durchsetzung durchaus moderner Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse in Europa, vor allem in Osteuropa. Aber auch eines radikalen Umbaus der deutschen Gesellschaft selber.

Dennoch möchte ich hinter diesem Werk sozusagen drei Fragezeichen machen. Das erste gilt dem Charakter der hier untersuchten Rationalisierungskonzepte. Die Verfasser rationalisieren sie ihrerseits noch einmal - d.h. sie verleihen ihnen nach meinem Eindruck eine künstliche Stimmigkeit und Stringenz. Ich habe mich dann zweitens gefragt, wo die Autoren wissenschaftlich überhaupt stehen. Sie selber geben dem Leser ja kaum einen Hinweis dazu - so etwas wie einen Forschungsbericht sucht man in dem Werk vergebens. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich hier - in einer inzwischen gebräuchlichen Terminologie - um einen »strukturalistischen« Interpretationsansatz handelt, der nicht weiß oder nicht wissen will, daß er ein strukturalistischer Interpretationsansatz ist. Mein letztes Fragezeichen setze ich hinter den letzten Satz des Buches: »Das konzeptionelle Denken aber, in dem Massenmord zum ‘sinnvollen’ Mittel struktur- und entwicklungspolitischer Planungen wurde, ist nach wie vor aktuell.«

1. Die Rationalisierung der Rationalisierung

Sollte es den qualifizierten Ökonomen und Bevölkerungsexperten im besetzten Polen entgangen sein, daß es eines war, die Juden zu enteignen, zu vertreiben, zu ghettoisieren und zu ermorden, und ein anderes, einen neuen polnischen Mittelstand zu erschaffen? Die Verfasser behaupten, die Planer hätten diese Politik der Massenpauperisierung, der »Umsiedlung« und des Genozids als einen »ersten Schritt« in Richtung auf den Aufbau einer funktionierenden abhängigen Ökonomie in Polen und dann in Südosteuropa betrachtet. Dazu habe sie die in den 20er und 30er Jahren allgemein akzeptierte Theorie der »Überbevölkerung« prädisponiert, und dazu habe sie das Beispiel der Stalinschen Zwangskollektivierung ermutigt. Gerade das Bewußtsein von den gigantischen Dimensionen dieser Aufgabe habe die Planer veranlaßt, beim schwächsten Faktor anzusetzen: bei den Menschen. Wenn es an Kapital mangelt, muß man zuerst die Masse der unnützen Esser und unproduktiven Existenzen ausschalten.

Ich bezweifle nicht, daß die Autoren ihre Beweisführung gut belegen. Aber es bleibt ein Unbehagen. Man kann die Dokumente auch anders lesen. Man muß sie nicht unbedingt so wörtlich nehmen. Man kann diese Systematik, die über eine umfassende Gesellschaftszerstörung zu einem umfassenden Gesellschaftsaufbau kommen zu können vorgibt, auch als das Surrogat von Planung auffassen. Dann hätte man die Massenvernichtung für den ersten Schritt einer epochalen ökonomischen und sozialen Transformation erklärt, weil sie in Wirklichkeit der einzige Schritt war - weil sie gar kein Schritt im Sinne einer langfristigen Gesellschaftsplanung war.

Götz Aly und Susanne Heim schlagen in ihrer Darstellung einen großen Bogen von der sog. Arisierungspolitik im annektierten Österreich, dem »Modell Wien«, bis hin zum »Generalplan Ost«. Aber ich frage mich, ob man das kann. Was beinhaltet der »Generalplan Ost« anderes als eine konkrete Raub- und Ausplünderungspolitik und eine unkonkrete Utopie von Kolonialherrschaft über große Teile der Sowjetunion? Wobei man die Menschen in Rußland einmal verhungern lassen und einmal zu Arbeitssklaven der deutschen Herrenkaste machen will.

Dieses ganze Bild einer mit der Expansion des Dritten Reichs nach Osten eskalierenden und gewissermaßen immer mehr zu sich selbst kommenden Planungsrationalität wirkt eigenartig hermetisch. Es ist, als habe die von allen Rücksichten sich

emanzipierende Autonomie des planerischen Kalküls auch das Scheitern des Blitzkriegs gegen die Sowjetunion unangefochten überstanden. Aber welches politische Klima herrschte seit 1941/42 in den Machtzentren des NS-Regimes? Es wäre für die wissenschaftlichen Berater in diesen Befehlszentralen möglicherweise schwierig gewesen, etwas anderes als »Machbarkeitswahn« (ein Wort der Autoren) zu präsentieren. Dazu hätte es der Zivilcourage bedurft.

Keiner Zivilcourage bedurfte es, eine nüchterne Analyse von der Unproduktivität der Ghettos zu liefern. Das war die Sorte von Illusionslosigkeit und Kompetenz, mit der sich ein Wissenschaftler immer und eigentlich in jeder Situation empfiehlt. Immerhin sind diese Gutachten ein überzeugendes Zeugnis für die aktive und vorantreibende Rolle dieser Intelligenz im unmittelbaren Vorfeld der »Endlösung«. Und hier scheinen sich diese Leute wirklich in erster Linie als ordinäre Ökonomen betätigt zu haben und nicht als Rassisten und Antisemiten. Die generellere These, die Planer hätten sich des herrschenden Rassismus' und Antisemitismus' für ihre speziellen Zwecke bedient, kann dennoch nicht recht überzeugen. Wenn ich mir die Überflüssigen und Unbrauchbaren, die ich brauche, vom rassistischen Antisemitismus vorgeben lasse oder auch von dem rassistischen Stereotyp des »slawischen Untermenschen«, instrumentalisiere ich dann irgendetwas? Ich bin, um es deutlich zu sagen, viel zu subaltern oder viel zu konformistisch, um irgendetwas zu instrumentalisieren - außer wehrlose Menschen.

Nebenbei gesagt, sind auch die Autoren in diesem Punkt glücklicherweise nicht konsequent. Was sie da etwa aus dem Tagebuch des Anatomen Hermann Voss zitieren, ist doch wohl ein Zeugnis für Rassismus und nicht ein Zeugnis für die Instrumentalisierung von Rassismus. Ungeachtet dieser Einwände gehören die Passagen über das Verhältnis von rassistischer Ideologie und wissenschaftlicher Rationalität zu den wichtigsten des Buches. Sie sind geeignet, das weit verbreitete fundamentalistische Mißverständnis der NS-Ideologie in Frage zu stellen. Es wird hier deutlich, daß es eher so etwas wie eine allgemein verbindliche Sprachregelung gewesen sein muß, innerhalb derer man sich frei bewegen konnte. Und zwar nicht nur, wenn man zur engeren Führung des Regimes gehörte. Auch ein Bevölkerungswissenschaftler im Umkreis der Macht konnte ohne weiteres seine gesamte Intellektualität hier unterbringen. Charakteristisch für das Dritte Reich scheint danach eher die Fusionierung von Rassismus und instrumenteller Vernunft gewesen zu sein - eine Verbindung, die freilich die Gewalt des Rassismus nur noch verstärkt hat und nicht etwa abgeschwächt.

2. Eine »strukturalistische« Interpretation, die nicht weiß, daß sie eine ist

Götz Aly und Susanne Heim weigern sich in grundsätzlicher Weise, die Ermordung der europäischen Juden in den Zeitraum 1933-1945 gleichsam einzukapseln. Man wird ihrer Studie nur gerecht, wenn man sie als einen Versuch liest, die Frage der Wiederholbarkeit dieser bislang einzigartigen Verbrechen offen zu halten. Das unterscheidet - und trennt auch - ihre gesamte Arbeit etwa von den liberalen Positionen im Historikerstreit, die diese Frage eher zugeschüttet haben. Allgemeiner gesagt: Es ist die Frontstellung gegen die fortschrittliche Variante bundesdeutscher Vergangenheitsbewältigung und ihre ebenso emphatische wie denkfaule Einmaligkeitshypothese, die diese Autoren leitet - und übrigens auch andere wie etwa Karl Heinz Roth oder Ludger Weß. Es ist diese kritische Intention, die sie dazu bringt, die Rolle der Wissenschaft und der Wissenschaftler in der Vernichtungspolitik des NS-Regime zu thematisieren; denn das Zeitalter der Verwissenschaftlichung oder wissenschaftlichen Rationalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche übergreift auch die scharfen Brüche und politischen Zäsuren der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Es ist diese Intention, die die Autoren auch andere Aspekte gesellschaftlicher Modernität in die Analyse des Massenmords einbeziehen läßt; mit Niklas Luhmann: funktionale Differenzierung, Arbeitsteilung, Bürokratisierung, Professionalisierung - gegen Niklas Luhmann: kapitalistische Verwertungsstrategien und kapitalistische Machtkonzentration, systematische datenmäßige Erfassung der gesamten Bevölkerung, Atomisierung der Gesellschaft, Zerstörung historischer Lebensverhältnisse.

Dieser komplexe historiographische Ansatz ist es schließlich auch, der die Verfasser veranlaßt, neben die Ermordung der Juden die Ermordung der russischen Kriegsgefangenen zu stellen und neben das Erschießen und Vergasen das Verhungernlassen und neben die Toten die noch geplanten Toten - eine Form der Darstellung, die manchem Leser als ungute Relativierung des Holocaust erscheinen mag.

Das Problem auch mit dieser neuen Arbeit scheint mir nur zu sein, daß sie entgegen ihrem Ansatz doch wieder in eine eher »intentionalistische« Sicht der Dinge zurückfällt. Nur daß es jetzt natürlich nicht mehr Hitler ist, auf dessen beharrlichen Vernichtungswillen die »Endlösung« zurückgeführt wird. Wenn - wie auch Ian Kershaw in seinem Forschungsbericht (»Der NS-Staat«, 1988) unterstrichen hat - die eigentliche Frage des Historikers lautet: Wie konnte das geschehen? - dann lassen sich Aly und Heim ablenken. Sie stellen wieder primär die Frage nach der Schuld - diesmal eben nach der Schuld der Wissenschaftler und Technokraten. Denn sonst würden sie zweifellos versuchen, ihr Bild vom konzeptionellen Einfluß dieser besonderen Kategorie von Funktionären mit der Diskussion über die Funktionsweise des nationalsozialistischen Herrschaftssystem im ganzen in Beziehung zu setzen. Daß Hitler in dem Buch so gut wie gar nicht vorkommt (oder vielmehr nur im Zusammenhang der Auseinandersetzung um die Zukunft des »Generalgouvernements« einmal auftaucht), mag angesichts seiner eigenartig passiven oder reaktiven Rolle auf diesem Feld gerechtfertigt erscheinen. Andererseits war Hitler aber doch die Instanz, deren unklare oder vielmehr bewußt unklar gehaltene Intentionen in der »Judenfrage« alle

anderen mit dem Schicksal der Juden befaßten Instanzen zu interpretieren, zu realisieren und überzuerfüllen bemüht waren - im Wettbeweb, im Machtkampf gegeneinander. Läge es da nicht nahe, die ins Grenzenlose gehenden Umschichtungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspläne der wissenschaftlichen Politikberater in den Kontext dieser entfesselten politischen Dynamik zu bringen - statt sie so isoliert zu behandeln, wie die Autoren es tun? Als Nichtexperte habe ich den Eindruck, daß die Forschungsergebnisse von Aly und Heim sich gut etwa mit den Positionen eines Hans Mommsen oder Martin Broszat vereinbaren ließen. Man versteht die scharfe Abgrenzung nicht recht.

3. Wie aktuell ist das »konzeptionelle Denken« der NS-Planer?

Der Gedanke einer fundamentalen Kontinuität des theoretischen und planerischen Denkens vom Dritten Reich in die bundesdeutsche Gegenwart hinein wird in diesem Buch nur sehr zurückhaltend vorgetragen. Aber er liegt, wie mir scheint, dem wissenschaftlichen Engagement dieser beiden Forscher zugrunde. Sozialwissenschaften oder Humanwissenschaften und bürokratische Planung, so geben sie zu verstehen, machen die Menschen, die Bevölkerung zu einem Faktor unter anderen Faktoren - gestern wie heute. Die Masse der Menschen sieht sich nach wie vor ausschließlich nach ihrer Leistungsfähigkeit eingestuft und behandelt. Man kann nicht einmal mehr sicher sein, daß der Mord ausgeschlossen bleibt - wie die sog. neue Euthanasie-Debatte zeigt. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse in der Biologie und neue medizinische Verfahren verschärfen und brutalisieren die gesellschaftlichen Maßstäbe für Gesundheit und Normalität... Und dabei haben wir die Welt, die Festung der reichen Industriegesellschaft noch nicht einmal verlassen.

Was mir für diese Sicht kennzeichnend zu sein scheint, ist ein geradezu absurder Mangel an Unterscheidungsvermögen. Sie unterscheidet nicht zwischen einem politischen System, in dem es eine Öffentlichkeit gibt, und einem politischen System, in dem es keine Öffentlichkeit gab. Die politischen Systeme und die politischen und rechtlichen Institutionen scheinen überhaupt wenig zu interessieren. Was interessiert, ist die Gewalt und der Imperialismus der modernen Wissenschaft und Planungsrationalität. Die Demokratie, der Rechtsstaat ist nur ein Kartenhaus, das bei der nächsten Regung dieses Giganten in sich zusammenfallen wird.

Man kann mit guten Gründen argumentieren, daß es keinen grundsätzlichen Unterschied gibt zwischen dem Utilitarismus der NS-Planer und dem Utilitarismus eines Peter Singer oder ähnlicher Philosophen. Gemessen an der Achtung vor dem einzelnen Menschen, wie Oliver Tolmein sie in den Texten Jean Amérys findet (»Geschätztes Leben«, 1990), verschwinden die Unterschiede tatsächlich. Aber man muß doch sehen, daß das finanzielle Kosten-Nutzen-Kalkül und die Politik der Zwei-Drittel-Gesellschaft sich im letzteren Fall eher verstecken. Der Sparplan und die Klassenmedizin verstecken und verkriechen sich hinter einer Ethik des Mitleids und der Leidvermeidung - was kein so schlechtes Zeichen ist. Oder um es weniger optimistisch zu formulieren: Das »konzeptionelle Denken« bleibt heute hinter der bürokratischen Praxis zurück. Ausgrenzung geschieht überall und jeden Tag, aber die konzeptionelle Rechtfertigung der Ausgrenzung ist noch immer tabu.

Aber einmal ganz abgesehen von der politischen Angst und Vorsicht der heutigen Technokratie - und die Angst ist, wie ich meine, durchaus berechtigt , diese Kontinuitätsthese unterscheidet auch nicht zwischen Staatsintervention und Nachfrage aus der Gesellschaft. Franz Christophs Formulierung vom »Tödlichen Zeitgeist« (1990) mag etwas hilflos sein, aber sie zielt immerhin auf die Verlagerung der Initiative: In Euthanasiefragen hat heutzutage die Gesellschaft die Führung oder ihre privilegierten Schichten, und nicht der Staat und seine Planer. Wenn es tatsächlich in absehbarer Zukunft zahlreiche Eltern geben sollte, die ihr behindertes Baby doch lieber umbringen lassen möchten, so werden sie diese Entscheidung jedenfalls aus freien Stücken treffen - aus der Tiefe ihrer emanzipierten Lebensauffassung heraus.

Konkret 08/91, S. 59

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Es tauft Leningrad in Sankt Petersburg um. Es hetzt den kroatischen Atheisten auf den serbischen Pornografen. Es entlohnt die nigerianische Nelkenstecklingspflanzerin mit fünfundzwanzig Pfennigen die Stunde. Nie war es so frech wie heute. Dazu kommen die hohen Ozonwerte, und der Jüngste ist man auch nicht mehr. Trotz alledem: Es will as usual nach Proletarierväter Art zusammengeschissen werden, das Kapital.

Kapital **Kapital**

Du bist nicht unser **Fall**

Du siebenhundertsiebenundsiebzigtausendsiebenhundertsiebenundsiebzig Untreuen Untiefen Unkräuter Unfälle Unglücke Unsummen Unrechte und Unverschämtheiten noch und noch säugende **Sau**

Hau

Ab du **Schmierige**

Ab du **Gierige**

Willst unser Herz und **Hirn**

Mit dir **infizirn**

Möchst daß wir die wo die paar Täg auf **Er'n**

Homohominihomomäßig verbringen wolln so **wer'n**

Wie **du**

Buuuuh

So **gierig**

Und so **schmierig**

Und so ohne jede Spur **Lyrik**

Möchst daß wir das Liebste verraten und **verkaufen**

An dich du von den Engeln der Verwesung umflogener **Scheißhaufen**

Möchst daß wir vermarkten und verwurschten

Die uns dereinst unter Schmerzen geschoben ins **Licht**

Die leibeigne Mottr aber da draus Kapital wird **nicht**

sssssssss

Deine von uns aus gern demoskopiebeglaubigten Menschheitsverseuchungserfolge mögen ruhig sein flächendeckend beziehungsweise ohne **Zahl**

Bei uns beißest du dir deine dolchartigen über einen **Kanal**

Durch welchen das das Opfer betäubende Rauschgift fließt verfügenden Fangzähne umsonst aus **Kapital**

Und noch was **Kapital**

Wag es nur nicht noch e i n **Mal**

Unsre Umwelt zu **zerstören**

Flamingo Blauwal **Koniferen**

Widrigen**falls**

Hetzen wir dir den Roten Naturschutz auf den **Hals**

Laß uns das eingangs Gesagte aufgreifend zum Schluß kommen **Kapital**

Du bist nicht unser **Fall**

Und bildest ein du dir Unsterblichkeit auch jede **Menge**

Es naht der Tag wo du von uns empfängst tödliche **Senge**

Ja wir Betriebsratsmitglieder der Ausbeutungs- und Entfremdungsentsorgungsanlage GLÜCKAUF und Teilhaber am VHS-Kursus Handarbeit/Metall schmieden in jedem freien Herzschlag den letzten Nagel für deinen **Sarg**

PS: Wir danken dem Sponsor dieser Kampfansage CREMOR, dem mit 0,2 Fettprozenten der Welt magersten **Quark**

***

Die einzige Entschuldigung, heranwachsende Nazis in eine Talkshow einzuladen, ist die Verlumptheit dieser Unterhaltungszuhälter.

***

Was donnerst du da einher auf dem dem Trottoir mit schnellem Farbstrich abgeknapsten, von den Wurzeln der Stadtplatane rissig aufgeworfnen, bierflaschensplitterübersäten handtuchschmalen Radweg? Was bretterst du, in lärmende Klamotten geworfnes, von einer Nichtigkeit zur andern unterwegsnes Nichts, mit fünfzehn Kilo exzellent verschweißtem Gestäng und achtzehn Gängen unterm Arsch im mörderischen Dreißigerschnitt daher? Was heißt dich, du von Ignoranz und dem Scheck deiner Alten aufgeblasener juveniler Stjupid, so zu rasen? Du Depp mit deiner Rennhelm-Walkman-Kombination auf gripsentleertem Schädel und dem Sixpack Hävimetalschrott im Stadtfahrtrucksack! Dreiviertel Meter breit ist dein Rammlenker, aber das langt dir nicht, du radwegbesitzanzeigendes Monster, drum stellst du die Ellbogen extra aus, du aller Wesen Leben in der Terrorspur deines Zweiradpanzers bedrohender Scheißkerl! O daß du dich derrennetest!

Aber auch dich säh ich gern ausgestopft im Museum der das göttliche Fahrrad als Werkzeug für irdische Fortbewegungsverbrechen mißbrauchenden Kreatur. Dich, du dumpfes Mädl auf dem Hollandrädl. Wie tapfer bekennerisch sind Ketten- und Speichenschutz behaucht mit »Atomkraft nein danke« und mit der weißen Friedenstaube auf blauem Grunde und sonst noch gestanzten Beschwörungen einer Welt, wo der Mensch dem Menschen ein Bussibär ist. Aber wie du dich, o du fischig glotzender Trampel, schlimmer als der todeswürdigste Porschechauvi tankst durch der Räder und Leiber Getümmel, wie du das greise Rentnerpaar und die Mutti und das am Ärmel bangende Kleinkind außernander reißest mit dem tyrannischen Dingdongwegweg und Klingelingmachtplatz deiner boxerfaustgroßen Schelle, das ist aufs allerentzückendste die ganz normale real existierende Drecksau. Aber es seid ja nicht nur ihr beiden, sondern eurer sind Tausende und Zehntausende, und ihr vermehrt euch sekündlich nach Maßgabe der Plage wie Waffen und Gülle und Dummheit und Lärm, und so jagt ihr, aufs groteskeröseste im Namen Ökos wie die moderne Rotte Tamerlan durch die eh schon verschissnen Städte, alles übern Haufen fahrend, was sich schwer tut mit Flucht. (Ich aber spring nit beiseit, sondern ich brems Euch aus und scheiß Euch zusammen).

Und lernt nur fein fleißig/ Und spitzet die Lauscher/ Und meldet euch tapfer/ Nach vorne zur Tafel/ Fröhlich winkt Mutter/ Bär ihren Kleinen/ Zu und zerdrückt wohl/ Auch ein klein Tränlein/ In Sorg um die Buben/ Tüt tüt da naht schon/ Wrrmm Wrrmm der Schulbus/ Und zwar um Stefan und Greg in die Bärenschule zu bringen, wo sie gescheit brummen und ordentlich aufhändenlaufen lernen sollen. Aber folgen die beiden Mutter Petz? Nein. Sie schwänzen die Bärenschule und gehen lieber, bitte anschnallen und Rauchen aufhörn, auf - Huuh

Jetzt einmal unter uns Zahlenden im Zirkus: Wollen wir, daß Bärenkinder auf Todestour gehn? Das eine mit zuviel Pfunden, das andre mit zuviel Filmgerät am Leib? Nein, wolln wir nicht. Wir wollen nicht, daß Bärenkinder mit Rosinen und Wasser auf Todestour gehn. Wir wolln auch nicht, daß sie hinterher den Pelz wechseln müssen. Wegen dem nichtrauskriegbaren Todestourgeruch drin. Bärenkinder wie der drollige Stefan und der nette Greg gehörn in die Bärenschule, um gescheit brummen und ordentlich aufhändenlaufen zu lernen. Und nicht als sinnlose Säcke an Bord von Versorgungsaeroplanen.

Konkret 08/91, S. 60

Corinne Schelbert

Wer hat Angst vor Madonna?

Anmerkungen zum »misogynen Müll«, den die männliche Filmkritik angesichts eines weiblichen Stars produziert, der ein ziemlich genaues Bewußtsein seiner Macht hat und diese gezielt einsetzt

Just in dem Moment, als in der deutschsprachigen Presse der Auftritt Madonnas bei den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes mit singulärer Bosheit kommentiert wurde, war die Intelligenz in den USA heftig damit beschäftigt, die Sängerin aufgrund des von ihr initiierten - und natürlich kontrollierten! - Enthüllungsfilms »Truth or Dare - In Bed With Madonna« zur Diva assoluta des Pop zu erklären und endgültig in die Showbusiness-Ewigkeit, ins Monroesche Reich der Sexgöttin ohne Fehl und Tadel zu befördern.

Und wieder einmal lag das trendsettende, tonangebende Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« so falsch wie nur möglich, obwohl es sich doch zunächst nur selber widersprach. Denn vor genau einem Jahr, anläßlich Madonnas erstem gelungenen Kinoauftritt in »Dick Tracy«, hatte es die Weisheit und Voraussicht besessen, neben den Hauptartikel noch einen Kommentar von Diedrich Diederichsen zu plazieren, der unzimperlich mit dem schönen und wahren Satz begann: »Madonna hat sich mehr misogynen Müll von Männern und ihren Magazinen anhören müssen als Marilyn Monroe, Marlene Dietrich und Mae West ... zusammen.« Dann servierte Diederichsen all diejenigen seiner Geschlechtsgenossen ab, welche die »Bilder sogenannter starker Frauen grundsätzlich nur dann mit Genuß« konsumieren, »wenn in ihrem Mythos eine Bestrafung für die Stärke (i.e. der 'Fall der Göttin') mit eingebaut ist«.

Des Musikkritikers Warnungen in den Wind schlagend schäumte jedoch im gleichen Blatt Willi Winkler über die »gigantische Selbstfeier« und »weitere Inszenierung des banalen Madonna-Mythos«, ereiferte sich im Stile der von Diederichsen heraufbeschworenen »Frauenfeindlichkeit der aufgeklärten Art« über das »bewegte Püppchen«, dieses »aufgeblasene Nichts« mit seiner »selbstbewußten Schaumschlägerei«, schwafelte, völlig im Bann seines negativen Wunschdenkens, eine transatlantische »Entthronisierung der Pop-Ikone« herbei und erklärte die in voller Celebrity-Blüte Stehende schlicht und ergreifend zum »verglühenden Star«.

Die dergestalt als erloschen und nichtig Vorgestellte wurde andernorts, diesmal in den Schweizer Medien, für ihre »Extrovertiertheit« und ihren »hart an der Grenze zur strafrechtlichen Bedeutung« sich bewegenden »Exhibitionismus« gescholten (was an die Bemerkung eines New Yorker Filmkritikers erinnerte, Madonna für ihren Narzißmus zu tadeln, sei etwa dasselbe, wie sich darüber zu beklagen, daß das Wasser naß ist). Natürlich hat der »Megastar« einmal mehr mit seiner erfolgreichen Idee, dem Publikum einen wie immer authentisch gearteten, schwarzweißen Blick hinter die Kulissen ihrer Welttournee von 1990 zu gestatten, »abgeräumt« (»Spiegel«) und dabei, was ansonsten jedem Rockstar selbstverständlich zugestanden wird, alles »manipuliert« und »kontrolliert«.

Aber, nicht wahr, - und hier kommt die »Moral Majority« unter der Filmkritiker-Camorra zum Zug , die »schlampige Unterwäscheherzeigerin« demonstriert aufs Übelste, wie sich »da ein Mensch an sein Publikum verliert«, wir müssen uns die »peinlichen Posen« in einer »mit Divahysterie gespickten Privatshow« (merke: keine weibliche Diva ohne hysterische Symptome!) gefallen lassen, einer, wie es dummdreist heißt, als wäre Unterschichtszugehörigkeit schon wieder ein Makel, die »aus dem Nichts kommt« und sich nun, der Diva zweiter Sündenfall, zur »gewieften Geschäftsfrau« mit »cleverer Selbstvermarktung« gemausert hat.

Das ist er nun, der »misogyne Müll von Männern«, und es braucht keine besonderen feministischen Verrenkungen, um zu sehen, woher der Wind bläst: Eine Sexgöttin, gerne, immer, aber bitte eine von Männern geschaffene und mythisierte, keine, die ihre Posen, Rollen und Accessoires selber erfindet und entwirft, die frech und arrogant und offensichtlich ohne große seelische Schäden häufige Partner-, ja sogar Partnerinnen-Wechsel vornimmt, weder von Drogen, Einsamkeit, Alzheimer, Brustkrebs oder sonst was Fatalem heimgesucht zu sein scheint, die putzmunter jeden Morgen wie ein Wall-Street-Banker ihre 20 Kilometer joggt und überhaupt ums Verrecken noch keine der üblichen Verschleißerscheinungen vom »life at the top« zeigen will.

»Je berühmter ich werde, desto kontroverser will ich sein«, vertraute Madonna unlängst in einem Interview - das selbstverständlich wieder hohe Wellen schlug - dem US-Schwulenmagazin »The Advocate« an. Die Frau, die auf der Bühne die Menschen immer wieder auffordert: »Express Yourself« (auch wenn die Fans sich dann bloß im Madonna-Outfit ausdrücken), hat ein ziemlich genaues Bewußtsein vonder Macht, welche der Ruhm verschafft,und setzt diese entsprechend gezielt ein.Solches wird ihr übel genommen. Was dem Mann Selbstsicherheit, ist der Frau Manipulation, anders ist für die Männer Madonnas Superstar-Status anscheinend nicht zu ertragen.

Das »Time«-Magazin verglich sie kürzlich in einem klugen und generösen Essay mit der Homerschen Circe. Darauf Madonna: »Auf der einen Seite könnte man sagen, daß ich Männer in Schweine verwandle, doch habe ich auch diese andere Seite in mir, was besagt, daß ich Männer zwinge, nein, nicht zwinge, ersuche, sich auf eine Weise aufzuführen, wie ihnen dies die Gesellschaft nicht zubilligt.« Madonna hat, dies beweisen die Skandale und Zensurmaßnahmen beim US-

Fernsehkanal MTV, die sexuelle (Rang-)Ordnung in den Musikvideos mit ihren das ganze Pop-Rock-Spektrum durchziehenden »Masters of the Street«, ihrem klaren Blick für Herrschaft und Unterwerfung, durcheinandergebracht. Zensur indiziert hier den Unterschied zwischen Manipulation und Provokation. Doch daß das auf dem Olymp sitzende Glamour-Girl auch noch seriöse, emanzipative Ideen im Kopf haben sollte, das ist den meisten (Männern) zu viel. Und das macht sie handkehrum Frauen sympathisch, die sich, wie ich, über ihre sorglose Mixtur aus Feminismus und Fetischismus, über ihren arrogant zur Schau gestellten »schlechten Charakter«, ihr Katholizismus- und Waisen-Getue, ihre pubertären S&M-Orgien öfter geärgert haben. Doch gegen Männer wie die hier zitierten muß man sie sofort, bedingungslos, kompromißlos in Schutz nehmen.

Corinne Schelbert schrieb in KONKRET 5/91 über Werner Schroeters Bachmann-Verfilmung »Malina«

Konkret 08/91, S. 61

Rainer Hachfeld

»Quatsch mit Soße«

Eine »beklemmende Bild- und Phantasiedichte« und »die Eindringlichkeit einer finsteren Metapher« hat der »Spiegel« dem Film »Europa« des dänischen Regisseurs Lars von Trier bescheinigt. Alles Tinnef. Der Film lohnt nicht mal, daß man sich über ihn ärgert

Da kommt Jean-Marie Barc als junger US-amerikanischer Deserteur 1945 nach Deutschland. Weildeutschstämmig, hat er einen Onkel, der ihn als Schlafwagenschaffneraspiranten bei der Mitropa oder DSG - im Film »Zentropa« - unterbringt. Im Sonderabteil des Erster-Klasse-Schlafwagens trifft er Barbara Sukowa, die die Tochter des Zentropa-Chefs ist und ihn nach Hause einlädt. Dorthin kommt auch Eddie Constantine in einer amerikanischen Offiziersuniform. Er spielt Schach mit einem Priester, während Jean-Marc und Barbara auf einer Modelleisenbahn bumsen und der Zentropa-Chef sich in der Badewanne mit einem Rasiermesser zerschnippelt. Zwischendurch erschießen zwei »Werwölfe« im Alter von sechs bis zehn Jahren den neugewählten Frankfurter OB im Zug. Dann wird Barbara Sukowa gekidnappt, und Jean-Marc Barr, der sie inzwischen geheiratet hat, soll den Zug in die Luft sprengen, damit sie wieder freikommt. Das klappt beinahe auch. Aber dann kriegt Jean-Marc doch Gewissensbisse und schaltet im allerletzten Moment (es ist immer der allerletzte) den Zündmechanismus aus. Kurz darauf verhaftet Eddie Constantine Barbara Sukowa und erklärt Jean-Marc Barr, daß die Entführung vorgetäuscht war. Barbara ist selbst eine Werwölfin. Jetzt fühlt sich Jean-Marc von allen Deutschen so verarscht wie ich mich schon lange von dem dänischen Regisseur dieses Films. Deswegen sprengt Barr den Zug samt Sukowa und Constantine jetzt doch in die Luft. Dann darf er als Wasserleiche am Grund eines Flusses bis ins Meer treiben. Dort ist Sonnenuntergang (oder -aufgang oder Vollmond) und Schluß.

So ein Quatsch braucht jede Menge Soße. Die besteht hier zum einen aus den bedeutungsschwanger deklamierten Hirnrissigkeiten einer Off-Stimme, die einige Aktionen des Hauptdarstellers anzählt (»ich zähle bis zehn, und du...«). Zum anderen sind’s die optischen Mätzchen, mit denen der Film aufgemotzt wurde und die die Cineasten in höchstes Lobgehudel ausbrechen lassen, was bis zur Begeisterung über das »kontrastreiche Schwarzweiß« geht - aber was ist Schwarzweiß sonst? Schwarzweiß sind die meisten Bilder, dann aber auch mal farbig und - was viele Kinofreaks offenbar fasziniert - teils-teils. Da ist zum Beispiel nur der Griff der Notbremse farbig, aber nicht »gefährlich rot«, wie mir eine Kritikerin einreden will, sondern rötlich verschmiert, daß es nach schlampiger Handcolorierung aussieht. Schon Jean Cocteau wußte solche Scherze effektvoller zu nutzen. Und wozu diese Farbspielchen gut sein sollen - der Dramaturgie, so hier eine zu finden sein sollte, nützen sie nichts - weiß wohl nur der Regisseur. Oder auch nicht. Er weiß ja nicht einmal, warum sein Film »Europa« heißt.

Rainer Hachfeld ist Karikaturist und Journalist. Er lebt in Berlin KONKRET 8/91 61

Konkret 08/91, S. 62

Dietrich Kuhlbrodt

Die Seele eines Truthahns, bspw.

Je überschießender, desto wahrer: »Time of the Gypsies«, der neue Film des jugoslawischen Regisseurs Emir Kusturica, zeichnet trotz allen Kunstaufwands ein gänzlich ungekünsteltes Bild vom Leben und von den Träumen der slowenisch-kroatischen Roma

»Gott kam auf Erden, sah die Zigeuner - und nahm den ersten Flug zurück«: Baba, die 1-Zentner-Oma (unvergeßlich: Llubica Adzovic), läuft in diesem bemerkenswerten jugoslawischen Film zu mythologischer Höchstform auf, wenn die Not am größten ist, beispielsweise das Haus von einem Kran auf den Haken genommen wurde, Blitze zucken und Regen auf das freigelegte Interieur prasselt. Mangels Anwesenheit höherer Mächte fordern Katastrophen - und die gehören zum Alltag der slowenisch-kroatischen Roma - lediglich dazu auf, sich der eigenen Macht zu versichern. Also hört man Baba zu, macht sich den eigenen Glauben und hebt die Grenzen zwischen Traum (»Fata Morgana«) und Wirklichkeit auf.

Wenn etwas Übernatürliches hoch am Himmel flattert, dann ist das natürlich nur der Truthahn des jungen Perhan, sein Spielgefährte, wir haben ihn längst kennengelernt. Beide hockten einander gegenüber, fixierten sich, und wenn der eine die Ellbogen hob, spreizte der andere die Flügel. Es war eine sehr intensive Beziehung gewesen, die leider damit endete, daß einer der beiden (der Truthahn) im Kochtopf schmorte. Wieder eine Katastrophe, diesmal von kannibalischem Format. Denn hatte nicht in diesem Geflügel ein Roma-Vorderer fortgelebt? Die Realität mußte darüber so außer Fassung geraten, daß sich mit Recht die Frage stellte, ob nicht wir eine Fata Morgana sind und die Wirklichkeit gottweißwo ist. Perhan, der Zigeunerjunge, kennt sich jedoch in dem unübersichtlichen Grenzgebiet zwischen Wirklichkeit und Traum aus, er bezieht daraus seine emotionale Stärke, während sein Vetter, auf Besuch aus Deutschland (»Deutschland ist meine Heimat«), sichmit einem Gastarbeitertraum zufriedengeben muß und nur noch imstande ist, im Schlaf Zahlen auf deutsch zu memorieren: 4 - 3 - 2 - 1, aber das zwölfmal hintereinander.

Höchste Zeit, die Filmfabel zu erzählen. Aber wer rekurriert schon aufs Libretto, wenn von einer Oper zu berichten ist? Denn den ebenso überwältigenden wie hoffnungsvollen Eindruck des Gesamtkunstwerks »Time of the Gypsies« machen Kunst und Metaphorik seiner Bild- und Ton-(Musik-)Sprache. Sie übertragen einen Energiestrom und lösen die Fesseln des alltäglichen Einerleis ... Der Kopf wird wieder frei zu neuen Taten ...

Und die Euphorie macht eine Bauchlandung. - Wie wär’s mit folgender Vita: Emir Kusturica, 1955 in Sarajewo geboren, war der jugoslawischen Öffentlichkeit zunächst nicht als Filmregisseur, sondern als Fußballprofi bekannt (übers Kicken in Ljubljana und Umgebung fand er auch Zugang zur einheimischen Roma-Welt der »Time of the Gypsies«). Als 21jähriger dreht er seinen ersten TV-Film über den spanischen Bürgerkrieg (»Guernica«). 1985 gewann er in Cannes die goldene Palme für seinen Film »Papa ist auf Dienstreise« (dessen Hauptdarsteller Davor Dujmovic spielt in »Time of the Gypsies« die Rolle des Truthahnfreundes Perhan). Hollywood winkte: Nominierung für den Golden Globe und für den Oscar. Doch Kusturica winkte ab: Er wurde Bass-Gitarrist der Punk-Gruppe »No Smoking«. Kusturica: »Ich will nicht nach einem industriellen Prinzip arbeiten. Mir bereitet etwas Schwierigkeiten, was anderen offensichtlich nicht so schwer fällt: einen Grund zu haben, einen Film zu drehen, und das kann ich nur, wenn es für mich ein dringendes Bedürfnis gibt. Bei ‘Time of the Gypsies’ war das der Fall«. - 1989 wurde diese Einstellung in Cannes mit dem Preis für die beste Regie (»Time of the Gypsies«) belohnt. Aber heute ist er doch in den USA. An der New Yorker Columbia Universität hat er einen Lehrauftrag für Filmregie angenommen, und mit Jerry Lewis, Faye Dunaway, Johnny Depp und Tom Waits dreht er gerade den Film »Arroteeth Halibut«. - Wir sind damit nicht weg von der Zeit der Zigeuner, sondern mittendrin, denn:

Perhan, der Zigeunerjunge, hat sich längst an Orson Welles ein Beispiel genommen. Vor einem Kinoplakat imitiert er die Haltung des genialen Zigarrenrauchers und pafft bald nicht minder eindrucksvoll. Er braucht Geld, um die Mitgift für die schöne Azra (Sinolicka Trpkova) aufzubringen. Hierfür ist das kapitalistische Ausland zuständig. Der unglücklich Verliebte verläßt die armselige, aber intakte Heimat und schließt sich einer in Mailand operierenden Kinderbande an, die von Ahmed Dzid (Bora Todorovic) - Goldkette, weißes Jackett, Hut - geführt wird. Wohnungseinbrüche, professionelle Bettelei, Babyhandel, Prostitution, Gewalt: Sind das die Roma im Ausland? Die Zigeuner-Gang beutet aus, wie sie ausgebeutet wird. Aber Perhan hat die Kraft behalten, sich die Wirklichkeit zurechtzurücken. Oder, wie man es altmodisch ausdrücken könnte, Wunder zu tun. In Rom spendet der Papst Segen - urbi et orbi. Doch was der kann, kann Perhan längst. Sozusagen truthahnmäßig herbeifixiert, trifft er neben dem Brunnen, in welchem gerade die Touristenmünzen zusammengefegt werden, seine 13jährige Schwester (die ebenso alte Elvira Sali macht aus den wenigen Szenen eine Hauptrolle), die er belogen und verraten hatte. Zeit zur Umkehr. Perhan, vier Jahre älter und inzwischen selbst Gangsterboß, bricht seine einträgliche, aber verräterische Karriere ab. Die Zeit der Anpassung ist vorbei, denn »seit ich mich selbst zu belügen begann, glaubte ich keinem Menschen mehr«. Jetzt glaubt er wieder an Gabel und Messer, die er durch schiere Willenskraft auf Reisen schicken konnte. Damals fand Oma Baba diese Kunst zwar schön, aber unnütz. Jetzt trifft das telekinetische Besteck die Halsschlagader eines Oberschurken.

Ja, was in diesem wundersam durchkomponierten Erziehungsroman zu Tränen rührt und zum Lachen reizt, ist der Glaube an die Unfehlbarkeit der auf die Reise geschickten Gabel. Selbst im Tod kann der Zigeunermensch noch erhöht werden, nämlich ca. drei Fuß über dem Erdboden schweben, - wenn es denn einer will. Selbst der Truthahn schafft diese Höhe, und das Geflügel, das aller Orten durch den Film huscht, macht vor, wie man abhebt. In »Time of the Gypsies«, in dem Opfer nicht erniedrigt, sondern erhöht werden, herrscht infolgedessen eine biologisch begründete Euphorie. Diese wird freilich nicht von den französischen Roma- und Sinti-Verbänden geteilt, die dem Film mangelnde Repräsentanz vorwarfen. Ein Zigeuner, der dort in die Gesellschaft integriert ist, das mag sein, »ist so nicht«. Aber wie geht man mit Kräften und Emotionen um, die nicht integrierbar sind und deren man nicht verlustig gehen möchte? Kusturicas dokumentarisch gesättigtes Epos führt uns auf verlockende Weise vor, wie Nicht-Integrierbares - sagen wir: eine Utopie - nicht nur gewünscht, sondern gelebt werden kann. Freilich benötigen wir hierfür über eine schlüssige Beweisführung und wissenschaftliche Argumentation hinaus etwas mehr, nämlich ein Bild oder ein Lied, in dem wir expressiv werden können. Die magischen Realismen des Films »Time of the Gypsies« sind da ein Angebot. Perhan und seine Sippe sind auf Du und Du mit etwas, was uns unbekannt ist - mit der Seele eines Truthahns zum Beispiel. Das scheint mir viel einladender zu sein, als die Forscherdistanz einzuhalten - etwa gegenüber Schamanen in einem fremden Land.

Wenn Perhan, statt die Lage zu analysieren und den Handlungsbedarf zu eruieren, in der Stunde höchster Not zum Akkordeon greift, dann entgeht er der Verzweiflung im Lied. Der Film ist in diesen Szenen Musik, so wie er in jenen poetischen Bildern seinen stärksten Ausdruck findet, die vorsätzlich die Grenzen des Dokumentarspiels verlassen. Dann öffnet sich der Horizont vor dem Schlamm und Schnee der armseligen Häuser, und auf dem Fluß treibt eine magische Prozession züngelnder Flammen, während die Gläubigen sich rituell im Fluß waschen. - Gewiß, die Roma kamen aus Indien. Die Kraft dieser Bilder besteht jedoch darin, daß sie dies nicht zum Ausdruck bringen, sondern schlicht expressiv sind. So beschränken sie sich nicht darauf, Aussagen zu treffen; mit ihrem offensichtlichen Überschuß laden sie zum Spiel ein, das gesellschaftliches Leben einübt.

Was also lehrt uns dieser Film? Erstens, daß das Verdikt über »Verfall und Ende« unseres öffentlichen Lebens (Sennett) nicht unabänderlich ist. Zweitens, daß die Befolgung von Lehren nicht das Mittel ist, sich der eigenen Expressivität wieder zu versichern. Es ist daher zwar unangebracht, sich in Spekulationen über die gesellschaftliche und ästhetische Funktion dieses Films zu verbeißen. Aber wie sollte man sonst - in Worten - zum Ausdruck bringen, daß »Time of the Gipsies«, der sich mit einer marginalen Gruppe beschäftigt, durch Bilder und Töne etwas grundsätzlich Neues entwirft, das allgemein gültig zu werden verspricht?

Kusturica, der zusammen mit Gordan Mihic das Drehbuch für »Time of the Gypsies« schrieb, vermeidet strikt jede essayistische Reflexion. Er beklagt nicht die emotionale Depravation des slowenischen Gastarbeiters, der deutsch träumt und daher nur noch rückwärts zählen kann. Er läßt statt dessen die Roma-Oma sagen: »Laß mich träumen«, wenn jeder Deutsche ihr sofortiges Handeln anempfehlen würde, und dann kommt der Roma-Traum, der alles andere als regressiv ist und der eine Wirklichkeit schafft. Was also passiert, wenn Danira, die verkrüppelte Dreizehnjährige, im Hospital von Ljubljana träumt: »Beine wie von Marilyn Monroe«? Die Antwort kommt etliche Sequenzen später, sie lautet: »Die Frau mit dem Silberzahn ist Opfer des Wolfes«, und das ist überhaupt keine Antwort, sondern ein zweiter Traum. Daß geträumt und daraus Kraft geschöpft werden kann, ist die Antwort des Films. - Um naheliegenden Mißverständnissen vorzubeugen: Das Traumbild (im Jugoslawischen: Fata Morgana) hat durchaus nichts mit bürgerlichem Eskapismus zu tun. Wenn, sagen wir, der Schleier der unglücklichen Braut mit rätselhaftem Eigenantrieb durch die Bilder gleitet, könnte man zwar das poetische Zuviel mit heimischer Sentimentalität füllen. In der Wiederholung dieses Bildes manifestiert sich jedoch gleichzeitig eine vitale und ungezügelte Emotionalität, die sich von dramaturgischen Standards nicht bremsen läßt. Wenn geschluchzt wird, dann hemmungslos, und wenn das komisch ist, darf gelacht werden, ebenso hemmungslos. Tränen und Gelächter sind nicht nur erlaubt: Sie sind die äußersten Grenzen dieser trotz allen Kunstaufwandes gänzlich ungekünstelten Veranstaltung, die »Time of the Gipsies« heißt.

Wenn man von diesem Film sagen kann, daß seine Bilder und Töne im Gedächtnis überdauern werden, so liegt dies daran, daß sie nicht frei flottieren, sondern eine menschlich und gesellschaftlich definierte Basis haben. Regisseur Kusturica, der neun Monate lang mit den slowenisch-kroatischen Roma zusammenlebte und in dieser Zeit mit den Laiendarstellern dokumentarisches Material drehte, brauchte anschließend noch einmal sechs Monate, um in der Film-Montage die Struktur der Inszenierung zu finden. Doch »Time of the Gypsies« blieb - je überschießender, desto wahrer - die Geschichte der Zigeuner aus Kusturicas Geburtsstadt, über die die Zeitungen berichtet hatten.

Dietrich Kuhlbrodt plädierte in KONKRET 4/91 für die öffentliche Vorführung des Veit Harlan-Films »Jud Süß«

Konkret 08/91, S. 64

Diedrich Diederichsen

DER ANHANG

1. RuckZuck, Tele 5

Unter den vielen aufregenden, täglichen, mitreißenden, heiteren, kreischenden, eifrigen Spielshows, mit denen die Privatsender um die Gunst von Hausfrauen, Spätaufstehern, Arbeitslosen und anderen relevanten Nichtsnutzen, Konsumenten und Meinungsbildnern wetteifern, gewinnt, noch vor »Riskant« mit Hans Jürgen Bäumler und seinem sympathischen Zufallsgenerator »Zuffi« (der natürlich auch nicht zwischen »katalanischen« und »katalaunischen« Feldern unterscheiden kann, wo eine stattgefundene Keilerei zu kennen, von den Kandidaten verlangt wird), die Sendung »Ruck-Zuck« mit Alfred Sohn-Rethel (oder so ähnlich). Dieser wunderbar schlüpfrige, stets angeschickerte, verrutschte Zwerg kommandiert seine Kandidaten-Trupps - immer fünf Jungs gegen fünf Mädchen - mit der grimassierendsten Grandezza, dem wildesten Witz und dem holprigsten Humor, immer hüpfend, wackelnd, in bedrohlicher Schräglage und mit schwer beschädigter, aber immer wieder nochmal knapp der Gravitation abgerungener Souveränität, bis zu zweimal am Tag, so daß allein sein physisches Pensum uns Respekt abnötigt. In seiner Sendung wird gleichnishaft inszeniert, wie mit Unterhaltung - und zwar im weitesten Sinn - im Zeitalter ihrer bald entropischen, elektronischen Inflation noch (ökonomische und inhaltliche) Steigerungsraten zu erzielen sind: immer tiefere Blicke bei immer geringeren Kosten. Es geht nicht darum, etwas zu wissen, sondern darum, richtig zu assoziieren, in wenigen Sekunden einen Begriff - über Assoziationen - zu umschreiben oder die zu erwartenden Assoziationen der Teamgefährten zu berechnen. Mit den Hobbys und Fachgebieten von Kandidaten, die früheren Spiel- und Unterhaltungssendungen genügten, gibt sich eben niemand mehr zufrieden, wir wollen Unbewußtes und andere Hüllen fallen sehen als bei »Tutti Frutti« (Hugo Egon Balder saß neulich mit dem »Alles Nichts Oder«-Troß seltsam abgespannt im Speisewagen und riß von hinter seiner Sonnenbrille - 74er Rockermodell - säuische Witze, bis die kroatischen Kellner erröteten). Das läuft nach einer Methode, die aufs Kurioseste Psychoanalyse und Akkordarbeit verbindet, sich zur gemächlichen Innerlichkeit, zu dem, was konventionelle Kicks- und Kulturproduktion ans Studiolicht zu fördern in der Lage ist, tatsächlich verhält wie Assembly Line zu Manufaktur.

Besonders lustig wird's, wenn die Psychoanalyse sich an das sozusagen »politische« Unbewußte heranmacht. Was wird ihren durch Kopfhörer am Mithören gehinderten Partnerinnen wohl zu »Deutschland« einfallen, fragt Schulz-Jacobsen oder Schmalze-Rohr seine Kandidatin (Sie haben 20 Sekunden Zeit: Ruck! Zuck!): »Land«, »Menschen«, »Bayern«, versucht die Gruppensprecherin abzuwiegeln. Aber die Analyse kommt gnadenlos zu richtigen Ergebnissen, da hilft kein Charakterpanzer: Nur »Bayern« kam tatsächlich, sonst nur »DM«, »Geld«, »Karriere«, »Industrie«. Und nochmals »Geld«, und nochmal »Mark«. Genau, denn das Beste ist die Bezahlung. Man braucht eine Weile, bis man herausfindet, was die Kandidatinnen - meistens gewinnt die Frauenriege, sie haben ein weniger rational verpanzertes Innenleben - wirklich mit nach Hause nehmen, weil man vor lauter Jubel die Beträge nicht versteht. Neulich waren es für fünf Personen, die viermal hintereinander gewonnen haben, insgesamt 6.100 DM. Pro Person also ca. 1000 Mark für vier ganze Tage Arbeit, pro Tag also DM 250, pro Stunde, schätze ich, rechnet man die übliche Warterei vor Kameras und in Schminkräumen dazu, 25 DM. Und das nur im Erfolgsfalle (Verlierer werden mit neuen Spielen der Firma Parker abgespeist), viermal hintereinander. Was die Ausgaben pro Person und Stunde für »Grundy TV«, die das Ganze produzieren, auf maximal 12 Mark reduziert, plus Schnöpske für Werner Schmitt-Roluff. Dafür geht zwar niemand mehr putzen, aber am Fließband vor der Kamera assoziieren gerne. Prototypisch für die Sorte Arbeit, der in den zukünftigen Freizeit-, Dienstleistungs- und Kulturgesellschaften Plätze freigehalten werden. »Arbeit Macht Frei!« mit Alexander Schalck-Strawinsky läuft nicht nur morgens um 11 oder so, sondern nachts wird außerdem die erste Staffel von 1986 wiederholt. (Voll lustig die Multi-Kulti-Variante im Belgischen Fernsehen, wo Ländermannschaften von ausländischen Gästen gegeneinander antreten. Neulich mußten je vier Vertreter aus dem Senegal und der Elfenbeinküste die deutsche Hauptstadt erraten.)

2. Peter Bagge, Hate 9 5, Fantagraphics Books, Import

Neben den Brothers Hernandez und Chester Brown gehört Peter Bagge seit den mittleren 80ern zu den wichtigsten neuen amerikanischen Underground-Zeichnern. In seiner ersten Serie »Neat Stuff« - die ersten Bände sind gerade wieder aufgelegt worden, ebenfalls bei Fantagraphics - gab es noch verschiedene, in getrennten Welten lebende Figuren: den sympathischen, reaktionären Sportreporter und Brenda-Lee-Fan Studs Kirby, die anarchistische, sadistische Girly Girl (»I'm so happy cuz i'm so stupid«), das resigniert-snobistische, unterbezahlte Intellektuellen-Pärchen, die Leeways, das Muttersöhnchen Junior und vor allem die Bradleys. Eine radikalisierte Version von bzw. Vorgänger der Simpsons: religiöse Mutter, lower-middle-class-Vater, der nur fernsieht, anorexische Teenage-Tochter, stumpfsinnig-gewalttätiger kleiner Bruder - kehrt in »Hate 9 4« als psychotischer Rassist zurück - und Buddy Bradley, der älteste Sohn. Ein zynischer, meist

introvertierter, aber schlagfertiger typischer US-Underground-Charakter, der sich für die »Sixties« interessiert und CD-Player verabscheut und dessen weiteres Schicksal, nach der Einstellung von »Neat Stuff«, in den Zentren der US-Subkultur in »Hate« nun seit fünf Nummern von Jersey City über New York, Hoboken bis Seattle weiterverfolgt wird. Darin, in der Story »Guys, Gals, Gays, ...and Buddy Bradley« nochmal eine Illustration dessen, was ich in der letzten Nummer mit dem schimmerlosen Rechthaben neuer Friedensbewegungsfraktionen meinte:

In der Wohnung eines älteren Comic-, Platten- und Zeitschriften-Sammlers, wo sich Buddy und sein Freund Stinky nach rarem Stoff umgesehen haben, bis sie mit ihm in Streit über Wert und Unwert von Fifties-Zeichnern wie Harvey Kurtzman und Walt Kelly, jüdischen und amerikanischen Humor und schließlich alten und neuen Helden (»Lisa Suckdog«) geraten sind:

Comicsammler (dicker Freak): »Hey, why don't the two of you do something constructive with all your youthful energy besides squabling with each other, like, say, defending U.S. interests in the Persian Gulf...«

Stinky: »What?! No way! No blood for oil, man!«

Comicsammler: »Oh, I see, so I take it you were both actively involved with the peace movement.«

Buddy: »I had no intention of either fighting *or* protesting... I simply drank more beer und read more comic books. That was my response to the 'Gulf Crisis`«.

Stinky: »I was'nt gonna protest either, 'til I saw how many cute chicks were in the peace marches - then I went to demonstrations all the time!«

Comicsammler: »So pussy was more important to you than peace, huh? But what if the war was'nt over oil? What if the world's beer supply was threatened? Or comic books, or...«

Buddy: »Or the world's pussy supply?«

Stinky: »Shit, man, I'd fight for pussy, but that's where I draw the line!!!«

Buddy: »Then we could tell our grandchildren that we fought in the Great Pussy Wars...«

Man könnte zwar einwenden, daß so eben gerade Amerikaner reden und keine Deutschen denken, aber die gals und guys, die in meiner neighbourhood blöde weiße Laken aus dem Fenster gehängt haben, waren eben auch eher solche unzuverlässigen Vertreter und infantil-wirrköpfigen Pussy Warriors wie Buddy und Stinky. Leute, die noch weniger als meine Generation, die schon einen sehr sekundaristischen Zugang zu Politik hatte, sich keinerlei Illusion hingeben über Wirkung und Wirklichkeit irgendwelcher Inhalte irgendwelcher Einsprüche, aber sehr abgestoßen und empört sein können. Bevor sie sich wieder ihren Comics zuwenden.

3. N.W.A., Efil4Zaggin, BMG-Ariola

Wie heißt es doch gleich zu Beginn: »The motherfuckin saga continues.« Easy E. von N.W.A., denen noch vor zwei Jahren das FBI mehr als auf den Fersen war und sie von der Bühne holte, wenn sie ihr »Fuck Tha Police« aufführten, nahm neulich nach Entrichtung einer angemessenen Spende an einem Wahlkampf-Fundraising-Abendessen der kalifornischen Republikaner teil, nachdem er noch am Nachmittag im Studio an einem Remix von »Fuck Tha Police« gearbeitet hatte, gemeinsam mit dem bekanntesten schwarzen Opfer von L.A.-Polizeiwillkür als Gastvokalist. Auf diesen »Widerspruch« nach dem Essen von liberalen Journalisten angesprochen, erwiderte Easy E., der sich bis heute nachdrücklich seiner Gang- und Drogendealer-Vergangenheit rühmt: »Wieso, da waren doch eh nur crooks und Gangster wie ich.« Auf der neuen N.W.A. gibt es keinen einzigen Rückzieher, alles, was diese Band in Verruf gebracht hatte - Gewaltverherrlichung, Sexismus, Four-Letter-Words und alle die anderen Verletzungen der bekannten Paragraphen aus dem Gesetzbuch des demokratischen Anstands , wird ebenso exzessiv weiterbetrieben wie die Musik, die, teilweise von »richtigen« Musikern gemacht (also ohne die im HipHop üblichen Samples), immer besser wird und der inhaltlichen Brutalität und Kindsköpfigkeit etwas Passendes gegenüberstellt, was eben nicht jener Brachialität gleicht, die sich kleinbürgerliche, weiße »harte« Kindsköpfe immer wünschen und in tollen Konkurrenzkämpfen zu steigern versuchen (vgl. etwa **Cancer, Death Shall Rise, Flametrader/Semaphore**), sondern eine immer entspanntere Funkyness, wie sie dem Gangsta zukommt, der seine Schäfchen mittlerweile legal ins Trockene bringt. N.W.A. lehnen mit Witz jedes Angebot der Kultur ab, zu ihren Werten überzulaufen, obwohl ihnen doch von den Jacques Langs und Björn Engholms dieser Welt alle Pranken entgegengestreckt werden. Stattdessen nehmen sie das Selbstverwirklichungsangebot wörtlich: Wer allen Grund hat, ein Arschloch geworden zu sein, darf sich nicht nur wie eines benehmen, alle Aspekte der Arschlöchigkeit genüßlich steigern, sondern seine Lebensweise auch predigen, für die hier das illusionslose »Nigga« steht: »Don't you wanna be a nigga too?«, fragen sie und übertreffen damit noch ihr altes Maxi-Cover, wo sie sich von einem rothaarigen Weißen, »Wall Street Journal« lesend, die Schuhe putzen ließen. Mit so einem Bild kann man immer noch mehr Amerikaner erschrecken als mit einer »unpatriotischen« Einstellung zum Golf-Krieg. Und an die anderen mehr Platten verkaufen als jeder andere HipHop-Act. Die Anfangsverkäufe von »Efil4Zaggin« waren, trotz Beschlagnahmung großer Quantitäten in England, die größten

ever. Volles Widerspruchsrecht haben natürlich Leute wie die feministischen schwarzen Kommunistinnen der RCP (wie natürlich alle Community-Arbeiter), die gegen den Sexismus und das Bitches-Gerede von N.W.A. letztes Jahr die Broschüre »You’re not fighting the Power when you’re dissin a sister« herausgaben, aber die Community-, bzw. Szene-interne Bewertung und Codierung, die autorbezogenen und biographistischen Lesarten und schließlich die Welt-/Europa-Bedeutung bilden heute genauso höchstens noch zufällig Überschneidungen, wie ... schon ‘66, als die Rolling Stones in einem Godard-Film cool waren, aber die King-Mob-Gruppe ebenso cool, als sie die Ermordung aller Superstars ihrer Art forderte.

Konkret 08/91, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Seit ihm zugetragen wurde, daß man ihn für einen der pfiffigeren deutschen Reaktionäre hält, fühlt der Johannes Gross sich zu Aphorismen und manchnal gar zu Sprachkritik berufen. Davon kann freilich, wie das Beispiel lehrt, keine Rede sein:

»Deutschland ist größer geworden.« Aber nein. Eine Wiedervereinigung stellt ein geteiltes Ganze wieder her, aber vergrößert es nicht.

Um den Deutschen ein Falsches aufzuschwätzen, bringt Gross ihnen das Falsche bei. Mit unbestimmtem Artikel heißt das Ganze ein Ganzes, das Dicke ein Dickes, das Dumme ein Dummes, das Gross-Deutsche ein Großdeutsches. Zur Rettung des erwähnten Rufs möge der Autor sich wieder der sarkastischen Betrachtung französischer Krawattenmode zuwenden. Davon versteht vielleicht er etwas, und wichtiger: ich gewiß nichts.

Wo man lebt und wen es nicht alles noch gibt, erfährt man bei Lektüre der Leserbriefe an die »Frankfurter Allgemeine«:

Die Formulierung, daß der Kaiser »Hals über Kopf« die »kaiserlichen Wohnungen in Berlin und Potsdam verlassen« habe, kann so nicht stehenbleiben. Der Kaiser begab sich aus seinem Hauptquartier damals in Spa/Belgien unmittelbar in das neutrale Holland . Der Kaiser hat auch keine »Flucht ins Ausland« begangen, sondern sich auf Rat seiner militärischen Umgebung, insbesondere von Feldmarschall von Hindenburg, ins Exil begeben.

Dr. Friedrich- Wilhelm von Seydlitz-Kurzbach, Ulm

Daß der Kaiser sich einfach begab, anstatt höchstselbst zu belieben, ihre Majestät unmittelbar zu begeben zu geruhen, muß eine Reverenz an das Ende des 20. Jahrhunderts sein, unter welcher der Dr. von Seydlitz-Kurzbach schwer gelitten haben dürfte, bevor er seinen Friedrich-Wilhelm unter den Brief setzte.

Der britische Wohnungsbauminister Sir George Young soll gesagt haben:

Obdachlose – das ist die Art von Leuten, über die man steigen muß, wenn man aus der Oper kommt.

Ein Filou, gewiß – und doch: welcher Obdachlose zöge nicht vor, von Sir George die Opernhaustreppe hinabgetreten, statt von unserem Bruder Norbert mit einer tränennassen »Bild«-Zeitung mitleidsvoll zugedeckt zu werden.

Blüm war freilich eh verhindert denn er mußte auf Schloß Wotersen zusammen mit Nikolas Graf Bernstorf, Kurt Biedenkopf Prinzessin Elisabeth (Sachsen und Weimar), Irene und Gert Schulte-Hillen (Gruner + Jahr) und Freya Barschel (Villeroy & Boche) das 6. Schleswig-Holstein-Musik-Festival eröffnen, wobei zuerst Justus Frantz am Klavier Variationen aus American Express op. 560 SE vortrug und sodann – aber das glaubt wieder kein Schwein, wenn ich es nicht wörtlich zitiere:

Der litauische Ministerpräsident Vytautas Landsbergis gedachte mit schwermütigen Klavierakkorden der gefallenen Freiheitskämpfer.

Und immer noch glaubt's keiner – bis auf den berühmten Schriftsteller H.C. Buch. Und der summt mit.

Apropos berühmte Schriftsteller. Im Literarischen Colloquium Berlin traf sich auf Einladung von Uwe Kolbe, Hans Joachim Schädlich und Hans Christoph Buch die Kreme jener deutschen Dichter, die unter der Teilung ihres Vaterlandes so erfolgversprechend gelitten hatten: außer den bedeutenden Gastgebern selbst der Gerald Zschorsch, der Bert Papenfuß-Gorek, der Sascha Anderson, die Elke Erb, der Adolf Endler undsofort, alles Leute, die noch im Oktober 1989 von jedem Bürgerfeuilleton unter die großen Hoffnungen der deutschen Literatur gerechnet wurden. Und wieder, wie in den Leidensjahren zuvor, mußten Stasi und Parteipresse alles verleumden:

Wie in jenem Berliner »Dichterverein«, aus dem im Rückblick vor allem Theodor Fontane herausragt, wolle man sich ja weniger politisch als vielmehr literarisch verständigen, meinte wenigstens Hans Christoph Buch. Was der vielversprechenden Ankündigung folgte, erinnerte dann allerdings kaum mehr an die auf gerufenen Vorbilder. Der literarische Mittelstand blieb unter sich... Kunstgewerbe mit absehbaren Pointen...

Es war aber nicht der Hermann Kant, der dem Dichterverein im »Neuen Deutschland« die stalinistischen Leviten las, sondern ein Thomas Rietzschel, der im Feuilleton der »FAZ« den Protégés von gestern über Nacht den Mauerbonus strich und die Lieferung von Ware in Friedensqualität anmahnte, zu der aber die besten Dichtervereinsdichter nicht taugen. Auch nicht der Sascha Anderson,

der nach wie vor Aufmerksamkeit erzwingt mit dem rebellischen Auftreten des Aussteigers, vor dem einst die Genossen erschrecken mußten. Seine lyrischen Brocken aber, die wir vorzeiten als ein System geheimer Zeichen lasen, erweisen sich nun als poetische Bedeutungsfetzen, die in keinen Zusammenhang rücken wollen.

»Vorzeiten« war nicht das Diluvium, nicht die roaring twenties und nicht die siebziger Jahre, sondern vorgestern, Herbst 1989, als die Genossen noch erschraken und die Kameraden des »FAZ«-Feuilletons sich gegen ein geringes Honorar dienstverpflichtet hatten, im Kampf gegen das Böse Sascha Andersons literarischen Quark aus der Mark als System geheimer Zeichen zu lesen. (Wer war das eigentlich, der vor zwei Jahren die Schreiberei des rebellischen Aussteigers anhand eines Leserbriefs von Anderson an die »FAZ« als »Quark aus der Mark« diagnostiziert hatte? Nein, wirklich, das war ich selber? Tut mir leid – wenn ich das gewußt hätte, hätte ich es bestimmt nicht erwähnt.)

So etwas wie ein verkehrter Hans Christoph Buch ist der Peter Schütt. Als der eine sich zum glühenden Antikommunisten mauserte, wurde der andere glühender Kommunist. Und beide taten es aus denselben Gründen – einem guten: für Geld, und zwei noch besseren: aus Mangel an Charakter und Talent. Und wie das Untalent Buch kriegt jetzt der Endreimer Schütt zur Pleite den Hohn, wie Buch kriegt ihn Schütt im Feuilleton der »FAZ«, dessen Redakteur Schirrmacher den katholischen Kommunisten für ein paar Mark seine intimsten neueren Überzeugungen aufschreiben ließ, um ihren Abdruck mit den Sätzen einzuleiten:

Eine einflußreiche Figur in der DKP war jahrelang der Lyriker Peter Schütt. Wir haben ihn gebeten, einen Bericht über seine Zeit als Schriftsteller in der DKP zu verfassen: wie es dazu kam, wie es war und wie es endete. Seine Darstellung, die gewiß auch von den Opportunitäten des Tages geleitet ist und die Schulung im Kaderdenken der Partei nicht verleugnen kann, ist zugleich ein Zeitdokument.

Soll heißen: Keine Angst, liebe Abonnenten, auch wir haben bemerkt, daß dieser Herr weniger Kommunist und Lyriker war und ist als Schleimscheißer, und daß er hier im Feuilleton vorkommt, soll gewiß nicht wieder vorkommen.

Der Klaus Liedke, den sie als Chefredakteur bei der Illustrierten »Stern« nicht mehr brauchen konnten, darf jetzt, wie viele westliche Frühpensionäre, in der Zone wirken, als Chefredakteur der G + J-Illustrierten »Extra«, deren »liebe Leserinnen und Leser« er jede Woche anspricht als sei er das Sternchen vom Nannen:

Bei all den täglichen Schreckensmeldungen über Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Ausländerhaß in den neuen Bundesländern gab es in der vergangenen Woche ein paar Nachrichten, die hoffen lassen. Da ist zunächst die Wahl in Rheinland-Pfalz. Hier hat sich Demokratie von ihrer schönsten oder, wie der Philosoph Karl Hopper meint, wichtigsten Seite gezeigt: Das Volk hat seine Regierung abgewählt,

ganz so, als sei das Volk der Verlagsvorstand und die Regierung der Chefredakteur. Der Philosoph aber, der dieses Prinzip easy bzw. klasse findet, heißt nicht Karl Hopper, sondern Dennis.